

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 27/2021

8. Juli 2021

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung über einen Aufruf zur Interessenbekundung zur Förderung von „Orten der Demokratie“ nach der Förderrichtlinie Orte des Gemeinwesens – FRL Orte vom 22. Juni 2021 835

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus und des Sächsischen Staatsministerium des Innern über die Verkehrserziehung (VwV Radfahrausbildung) vom 25. Mai 2021 838

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über Leistungen im Jahr 2021 zum Ausgleich für entgangene Elternbeiträge bei Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen aufgrund der COVID-19-Pandemie (VwV Ausgleich entgangene Elternbeiträge 2021) vom 24. Juni 2021 842

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über die Erteilung einer Erlaubnis für den Betrieb einer Jugendhilfeeinrichtung (VwVERl-JugHiE) vom 18. Juni 2021 870

Gemeinsame Förderrichtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zur Förderung von Maßnahmen zum Aufbau von Sozialen Orten und Orten der Demokratie als Orte des Gemeinwesens (Förderrichtlinie Orte des Gemeinwesens – FRL Orte) vom 22. Juni 2021 874

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über einen Aufruf zur Interessenbekundung zur Förderung von Sozialen Orten nach der FRL Orte vom 22. Juni 2021 878

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zum Modell-Förderprogramm „Koordination der beruflichen Anerkennung von ausländischen Gesundheitsfachkräften im Freistaat Sachsen“ vom 18. Juni 2021 883

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über die Berechnungswerte für das Jahr 2021 gemäß § 8 der Pauschalförderungsverordnung vom 30. März 2021 885

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der Satzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal zur vierten Änderung der Verbandssatzung Gz.: 20-2217/9/2 vom 24. Juni 2021 886

Satzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal zur 4. Änderung der Verbandssatzung 886

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Sächsischen Oberbergamtes über die Feststellung des Nichtbestehens der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben „Planänderung für den Kies-sandtagebau Zschepplin“ nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 24. Juni 2021 833

Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen über die Genehmigung der Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Malschwitz und der Gemeinde Hochkirch über die zeitweilige Übertragung von Aufgaben des Personenstandswesens vom 8. Juni 2021 891

Zweckvereinbarung über die zeitweilige Übertragung von Aufgaben gemäß Personenstandsgesetz (PStG)	891	Bekanntmachung des Landratsamtes Zwickau über die Genehmigung der Ersten Änderung vom 1. April 2021 der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft Meerane-Schönberg vom 13. Oktober 2016 vom 16. Juni 2021	902
Bekanntmachung des Landratsamtes Mittelsachsen über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Gewerbe- und Industriegebiet Freiberg Ost vom 20. Mai 2021 ...	893	Erste Änderung vom 1. April 2021 der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft Meerane-Schönberg vom 13. Oktober 2016	902
Verbandssatzung des Zweckverbandes Gewerbe- und Industriegebiet Freiberg Ost	893		

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung über einen Aufruf zur Interessenbekundung zur Förderung von „Orten der Demokratie“ nach der Förderrichtlinie Orte des Gemeinwesens – FRL Orte

Vom 22. Juni 2021

1. Vorbemerkung

Im Koalitionsvertrag 2019 bis 2024 „Gemeinsam für Sachsen“ wurde vereinbart, „Soziale Orte“ und „Orte der Demokratie“ zu etablieren. Erreicht werden soll dadurch eine Stärkung des Gemeinwesens und der Demokratiearbeit sowie die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Die Vorhaben werden im jeweils zuständigen Fachministerium umgesetzt, aufgrund des Sachzusammenhangs aber in einer gemeinsamen Förderrichtlinie (FRL Orte) dargestellt. Die Richtlinie umfasst somit das Landesprogramm „Soziale Orte“ (umgesetzt durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt – SMS) und das Landesprogramm „Orte der Demokratie“ (umgesetzt durch das Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung – SMJusDEG).

Das Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung ruft mit dieser Bekanntmachung zur Interessenbekundung für das Landesprogramm **Orte der Demokratie** (Teil B der FRL Orte vom 21. Juni 2021, SächsABI S. 874) auf.

Für das Landesprogramm Soziale Orte (Teil A der FRL Orte) erfolgt eine gesonderte Bekanntmachung durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt (SMS).

„Orte der Demokratie“ sollen das demokratische Gemeinwesen insbesondere im ländlichen Raum stärken. Durch die Zuwendung sollen vornehmlich lokale Gruppen darin unterstützt werden, Orte der Demokratie und des demokratischen Austauschs zu schaffen, fortzuführen oder auszubauen (vergleiche Koalitionsvertrag S. 111).

2. Anlass der Förderung

Der demografische Wandel verändert den Freistaat: Seit der Wende haben fast 700 000 Einwohner/-innen das Land verlassen, darunter vor allem Frauen und Menschen mit höherem Bildungsgrad. Diese Abwanderung betrifft vor allem ländliche Räume und Kleinstädte.

Auch wenn viele Vereine und Initiativen auch in sächsischen Klein- und Mittelstädten aktiv sind, sind die Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher, kultureller und politischer Teilhabe in Teilen geringer als in den Großstädten.

Auch im Bereich der Digitalisierung geraten Gebiete außerhalb der Ballungszentren in Rückstand, obwohl gerade hier digitale Möglichkeiten eine stärkere Beteiligung an demokratischen Prozessen und Austausch, an Kultur- und Bildungsangeboten, in überregionalen Netzwerken sowie ein insgesamt nachhaltigeres zivilgesellschaftliches Engagement stärken könnten.

Im Rahmen der strategischen Bekämpfung von Demokratie- und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, insbesondere von Rechtsextremismus als aktuell größter Bedrohung im Freistaat Sachsen, ist die Stärkung und Erweiterung der politischen Erwachsenenbildung eine wesentliche Maßnahme. Die Stärkung demokratischer Prozesse und gelebter politischer Bildung als nachhaltig wirkende Strategie wird jedoch noch nicht flächendeckend umgesetzt.

Als „Orte der Demokratie“ sollen daher Räume des Austauschs, des Lernens, des Ausprobierens und des konstruktiven Streitens gefördert werden – Räume gelebter demokratischer Kultur. Diese Räume sollen nicht ausschließlich vom Projektträger selbst genutzt, sondern von diesem betrieben und gestaltet werden, um eine Nutzung durch verschiedene Gruppen zu ermöglichen. Das politikdidaktisch qualifizierte Personal an den „Orten der Demokratie“ kann deren Prozesse des Diskutierens, Aushandelns und Streitens begleiten und Methoden vermitteln, mit denen demokratische (Streit-) Kultur ausprobiert, vertieft und gefestigt werden kann.

Breite Teile der Bevölkerung haben somit die Möglichkeit, ihre demokratischen Instrumente und Kompetenzen zu erweitern und zu vertiefen, um vor Ort einen Dialog auch mit gegensätzlichen und teils verhärteten Positionen zu erreichen. Durch eine Stärkung dieser Kompetenzen wird die Selbstwirksamkeit der lokalen Bevölkerung gestärkt, das Zusammenleben vor Ort selbstbestimmt und nachhaltig mitgestalten zu können.

3. Grundlage der Förderung

Die Zielstellung, die inhaltlichen Kriterien sowie die formalen Voraussetzungen sind der Förderrichtlinie Orte des Gemeinwesens – FRL Orte Richtlinienenteil 2, Teil B: Landesprogramm Orte der Demokratie, zu entnehmen. Weitere Informationen finden sich auf der Homepage www.demokratie.sachsen.de.

4. Fördergegenstand

Gefördert werden Maßnahmen, die der Gestaltung und dem Ausbau von „Orten der Demokratie“ dienen. „Orte der Demokratie“ werden insbesondere durch die folgenden Merkmale charakterisiert:

- a) Sie dienen der Begegnung, dem Austausch und der Vernetzung gemischter Zielgruppen untereinander und miteinander. Gemischte Zielgruppen zeichnen sich durch hohe Heterogenität aus und bilden die Gesellschaft vor Ort in möglichst großer Breite ab.
- b) Sie ermöglichen Diskussionen, Debatten und Meinungsbildung zu den vor Ort relevanten Themen.
- c) Es werden gemischte Zielgruppen begleitet und unterstützt, um Methoden und Praktiken der politischen Debatte und Meinungsbildung zu erproben, anzuwenden und zu vertiefen, um so demokratische Kompetenzen zu erweitern.
- d) Sie stehen als Orte für demokratiebezogene Maßnahmen zur Verfügung. Die geschaffenen Räume stehen nach Möglichkeit auch anderen Nutzer/innen und Nutzergruppen für deren selbstorganisierte Prozesse demokratischer Praxis zur Verfügung.
- e) Sie sind an den lokalen und gemeinwesenorientierten Erfordernissen ausgerichtet und in lokale oder regionale Netzwerke eingebunden.

5. Wer wird gefördert?

Zuwendungsempfänger können sein

1. gemeinnützige Vereine, Verbände und gemeinnützige Gesellschaften, die juristische Personen des Privatrechts sind
2. juristische Personen des öffentlichen Rechts außerhalb der Staatsverwaltung des Freistaates.

6. Wie wird gefördert?

- a) Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilsfinanzierung in Form eines Zuschusses gewährt. Maßnahmen können mit einer maximalen Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt werden.
- b) Die maximale Zuwendungshöhe beträgt grundsätzlich 100 000 Euro pro Jahr. Der Fördersatz beträgt bis zu 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben, in begründeten Ausnahmefällen bis zu 100 Prozent. Bezüglich der Vollfinanzierung hat der Zuwendungsempfänger nachzuweisen, dass die Erbringung des Eigenanteils wegen fehlender Eigenmittel unmöglich und die Erbringung von unbaren Leistungen unzumutbar ist.
- c) Zuwendungsfähig sind projektbezogene Personal- und Sachausgaben.
- d) Investitionen können gefördert werden, wenn sie zur Gestaltung eines Ortes der Demokratie zwingend notwendig sind. Darüber entscheidet die Bewilligungsbehörde. Zuwendungsfähig sind grundsätzlich Instandsetzung, Modernisierung und Erneuerung (Umbau beziehungsweise Ausbau) von Gebäuden sowie notwendige Ausstattung für den Ort der Demokratie, insbesondere die für Digitalisierungsprozesse notwendige technische Ausstattung bis zu einer Höhe von 100 000 Euro je Maßnahme, jedoch nicht mehr als 35 Prozent der Gesamtzuwendung.
- e) Der Eigenanteil im Projekt kann durch projektbezogene unbare Leistungen des Zuwendungsempfängers erbracht werden. Diese können als Arbeitsleistungen in Form von unbezahlten freiwilligen Arbeitsstunden

erfolgen; die Stundenbewertung entspricht der Höhe des jeweils gültigen Mindestlohns gemäß § 1 Absatz 2 des Mindestlohngesetzes vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 10. Juli 2020 (BGBl. I S. 1657) geändert worden ist. Der Wert der unbaren Leistungen darf 5 000 Euro pro Maßnahme und Zuwendungsempfänger nicht übersteigen. Der Wert der unbaren Leistungen muss im Einzelnen in der Antragstellung und im Verwendungsnachweisverfahren dargestellt werden.

7. Verfahren

Das Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung fordert potentielle Zuwendungsempfänger auf, ihr Interesse an einer Förderung durch das Landesprogramm „Orte der Demokratie“ (FRL Orte, Teil 2 Abschnitt B) mittels eines Projektkonzepts zu bekunden.

7.1 Die Interessenbekundung auf Grundlage dieser Bekanntmachung ist

bis zum 23. August 2021

vollständig und von einer zeichnungsbefugten Person unterschrieben ausschließlich elektronisch an die Bewilligungsbehörde, Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, zu senden: poststelle@smj.justiz.sachsen.de
Betreff: IBV Orte der Demokratie

Ein verspäteter Eingang der Interessenbekundung führt zum Ausschluss aus dem laufenden Verfahren. Individuelle Fristverlängerungen oder das Nachreichen von Unterlagen sind ausgeschlossen.

Auskünfte erteilt das Fachreferat V.1, Herr Franz Knoppe franz.knoppe@smj.justiz.sachsen.de

7.2 Für die Interessenbekundung sind die Vorlagen der Bewilligungsbehörde zu verwenden. Die entsprechenden Formulare sind unter www.demokratie.sachsen.de sowie unter <https://www.foerderung.sachsen.de> (Stichwort „Orte der Demokratie“) abrufbar oder können bei der Bewilligungsbehörde angefordert werden. Das Konzept muss die Gesamtzielsetzung und die vorgesehenen einzelnen Bestandteile der Maßnahme beschreiben sowie einen vorläufigen Zeitplan und eine vorläufige Ausgabenplanung enthalten. Bereitgestellt werden dafür folgende Vorlagen:

7.2.1 Trägerinformationsblatt

7.2.2 Formblatt „Projektangaben“

7.2.3 Vorlage Kosten- und Finanzierungsplan

7.3 Es besteht kein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung. Die Gewährung von Zuwendungen erfolgt unter Berücksichtigung der vorhandenen Haushaltsmittel.

7.4 Die Auswahl der zu fördernden Projekte erfolgt in einem zweistufigen Auswahlverfahren. Die im ersten Schritt eingereichten Interessenbekundungen werden bewertet. Auf Basis dieser Bewertung werden ausgewählte Maßnahmenträger aufgefordert, einen formalen Antrag bei der Bewilligungsbehörde einzureichen. Vor der Entscheidung zur Aufforderung zur Antragstellung wird den kommunalen Behörden Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme gegeben. Mit Aufforderung zur Antragstellung wird die Frist zur Einreichung des Antrags festgesetzt.

7.5 Kriterien für Bewertung und Gewichtung

Die transparente Bewertung richtet sich an formalen und inhaltlichen Kriterien aus, die folgendermaßen gewichtet werden:

- Inhaltliches Konzept: Klarheit und Stringenz der Beschreibung der Ziele und adäquater Maßnahmen, Breitenwirksamkeit der Zielgruppen, Kenntnisse von Methoden politischer Bildung, Darstellung der Notwendigkeit eines Ortes der Demokratie mittels einer Ist-Stand-Analyse, digitale Methodenkompetenz, Kenntnisse narrativer Ansätze 50 Prozent
- Vernetzungspotenzial: zielgruppenübergreifende Vernetzungskompetenz, Akzeptanz vor Ort, Einbindung marginalisierter Perspektiven, Einbindung und Aktivierung von ehrenamtlichem Engagement 30 Prozent

- Eignung des Trägers sowie des vorgesehenen Personals, Angemessenheit des Finanzierungskonzepts, Weiterentwicklungs- und Verstärkungspotenzial, Potenziale für Öffentlichkeitsarbeit und Außenwirkung 20 Prozent

Für die Förderentscheidung wird darüber hinaus auch eine möglichst breite regionale Verteilung der Projekte sowie eine Trägervielfalt angestrebt.

- 7.6** Im Falle einer Aufforderung zur formalen Antragstellung (Phase 2) besteht die Möglichkeit, benötigte Zusatzleistungen während der Antragsphase vergütet zu bekommen. Dafür muss bereits mit Einreichung der Interessenbekundung ein Angebot für die Vergabe dieses Auftrags eingereicht werden. Die Höhe des Angebotes darf 3 500 Euro netto nicht überschreiten. Ein Vordruck sowie weiterführende, erläuternde Informationen finden sich auf der Website der Bewilligungsbehörde, www.demokratie.sachsen.de. Die Angebotsfrist endet am 23. August 2021.

Dresden, den 22. Juni 2021

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
Katja Meier
Staatsministerin

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus und des Sächsischen Staatsministerium des Innern über die Verkehrserziehung (VwV Radfahrausbildung)

Vom 25. Mai 2021

I. Zielgruppe und Zweck

1. Die Durchführung des praktischen Teils der Radfahrausbildung erfolgt im Rahmen der schulischen Verkehrserziehung gemäß Lehrplan Grundschule Sachunterricht Klassen 1 bis 4 und Lehrplan Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen Deutsch – Heimatkunde/ Sachunterricht Klassen 1 bis 4, in Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen anlassbezogen auch in Klassen 5 und 6.
2. Im Freistaat Sachsen sind stationäre und mobile Jugendverkehrsschulen eingerichtet, die dazu dienen, das Verhalten von Kindern als Fußgängerin und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer im öffentlichen Straßenverkehr zu schulen.
3. Eigentümer beziehungsweise Betreiber der Jugendverkehrsschulen sind in der Regel die örtlichen Verkehrswachen.
2. Der Schulträger ist für die ordnungsgemäße Vorbereitung des Verkehrsübungsplatzes, einschließlich des Parcours, verantwortlich. Der Übungsplatz muss eine ebene und hindernisfreie Fläche sein. Die Größe von 30 m x 40 m ist in der Regel erforderlich. Es muss sich um einen festen, markierbaren Untergrund handeln (Anlage).
3. Sanitäre Einrichtungen müssen in unmittelbarer Nähe des Übungsplatzes zur Verfügung stehen.
4. Zur Gewährleistung einer ganzjährigen kontinuierlichen praktischen Radfahrausbildung wird dem Schulträger auch die Nutzung von Sporthallen/Mehrzweckhallen, soweit diese für die Radfahrausbildung geeignet sind, empfohlen.
5. Der Schulträger finanziert die Beförderung der Schülerinnen und Schüler zu den jeweiligen Standorten der Jugendverkehrsschulen und regelt diese im Einvernehmen mit der Schule.

II. Bestandteile der Radfahrausbildung

Die Radfahrausbildung besteht aus Übungen und einer Abschlusskontrollfahrt. Sie wird in der Regel im Klassenverband durchgeführt.

III. Durchführung

Die Verkehrserziehung in der Primarstufe und die Übungen sowie die Abschlusskontrollfahrt in der Jugendverkehrsschule sind aufeinander abzustimmen. Notwendige Freiräume für die theoretische Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler sind einzuplanen. Ein erfolgreiches Arbeiten in der Jugendverkehrsschule erfordert einen mindestens zweimaligen Besuch mit insgesamt zehn Unterrichtseinheiten (à 45 Minuten) während des gesamten Zeitraums des 4. Schuljahres. In den Schulen mit Förderschwerpunkt Lernen findet die praktische Ausbildung in Abstimmung mit der jeweiligen Schule statt.

IV. Pflichten des Schulträgers und der Schule

1. Schulträger und Schule sind für die Schaffung der materiellen und organisatorischen Voraussetzungen verantwortlich.

V. Vereinbarung zwischen den Beteiligten

Die Festlegung für den fahrberechtigten Personenkreis sowie die Festlegungen über den Betrieb, die Unterhaltung und die Kostenregelung für die mobilen Jugendverkehrsschulen erfolgen in den örtlichen Vereinbarungen zwischen den Schulträgern, den Polizeidirektionen und den Eigentümern beziehungsweise Betreibern der Jugendverkehrsschulen.

VI. Jahresbelegungsplan

Für jede Jugendverkehrsschule ist ein Jahresbelegungsplan aufzustellen. Verantwortlich dafür sind die jeweiligen Standorte des Landesamtes für Schule und Bildung in Abstimmung mit den zuständigen Polizeidirektionen und den Eigentümern beziehungsweise Betreibern der Jugendverkehrsschulen.

VII. Aufsicht

Der praktische Unterricht steht unter der Aufsicht der Lehrkraft. Die Ausbildung erfolgt durch besonders geschulte Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte.

Für die Aufsicht der nicht aktiv handelnden Schülerinnen und Schüler ist ausschließlich das Personal der Schule verantwortlich.

VIII. Durchführungsort

Die praktische Radfahrausbildung erfolgt auf Übungsplätzen beziehungsweise in geeigneten Hallen und nicht im öffentlichen Verkehrsraum.

IX. Beschaffenheit der Fahrräder

Fahrräder müssen den verkehrsrechtlichen Bestimmungen entsprechen. Dies ist vor jeder praktischen Verkehrsunterrichtsstunde durch die Aufsicht führende Lehrkraft im Einvernehmen mit den Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten zu prüfen. Während der praktischen Ausbildung ist das Tragen eines Fahrradhelms sowie von festem Schuhwerk Pflicht. Die Verwendung von privaten Fahrrädern der Schülerinnen und Schüler ist möglich.

X. Information der Erziehungsberechtigten

1. Die Erziehungsberechtigten sind vor der Radfahrausbildung von der Schule schriftlich mit Rückbestätigung von Zielen, Inhalten und Organisationsform des Ausbildungsprogramms in Kenntnis zu setzen.
2. Den Schülerinnen und Schülern wird die Teilnahme an der praktischen Radfahrausbildung mit Hinweisen für die Eltern zur Kenntnisnahme gegeben. Dafür wird der Fahrradpass der Polizei Sachsen verwendet.

XI. Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus und des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über den Einsatz von Jugendverkehrsschulen in der schulischen Verkehrserziehung vom 17. März 1999 (SächsABl. S. 462), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. Sdr. S. S 385), außer Kraft.

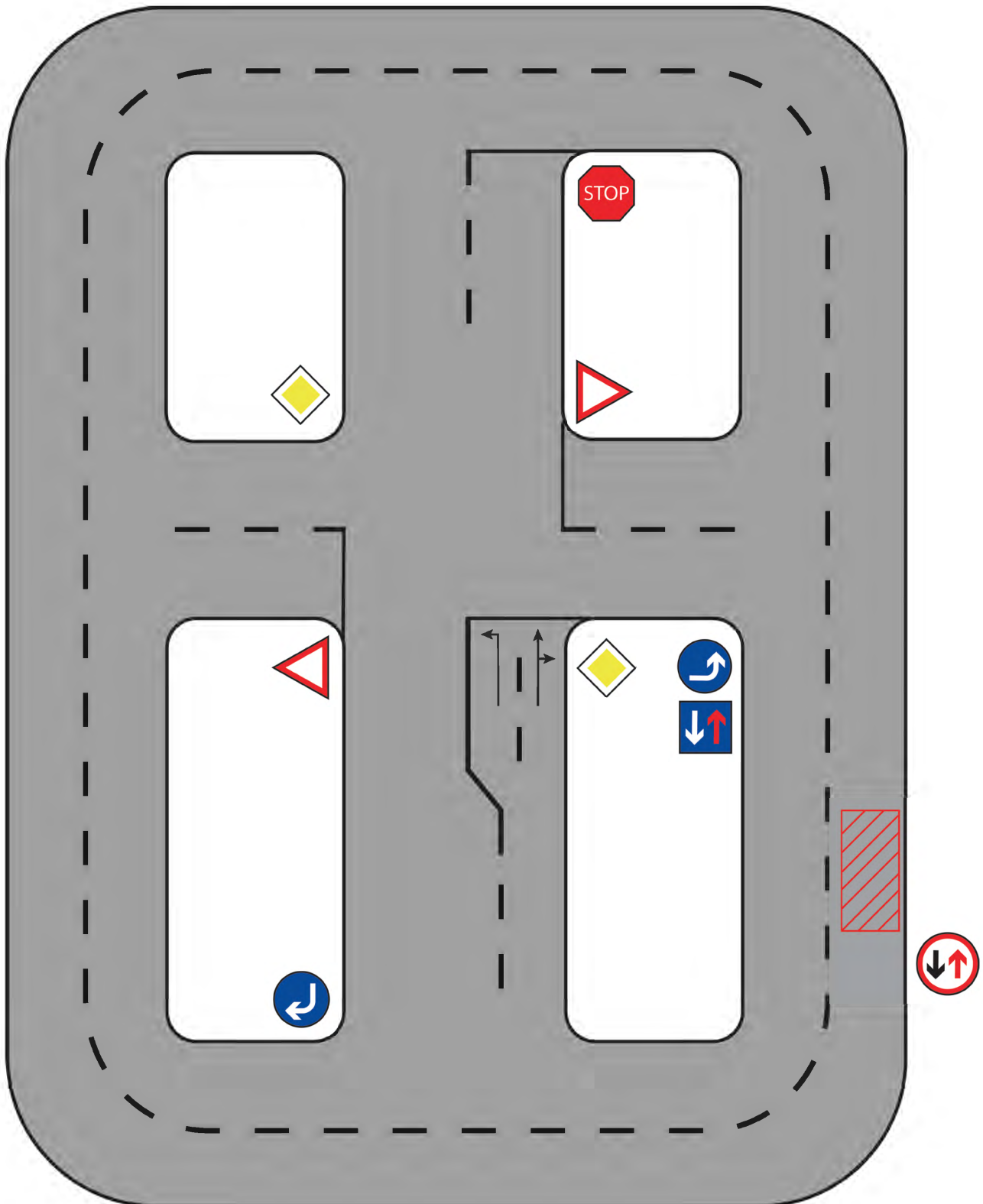
Dresden, den 25. Mai 2021

Der Staatsminister für Kultus
Christian Piwarz

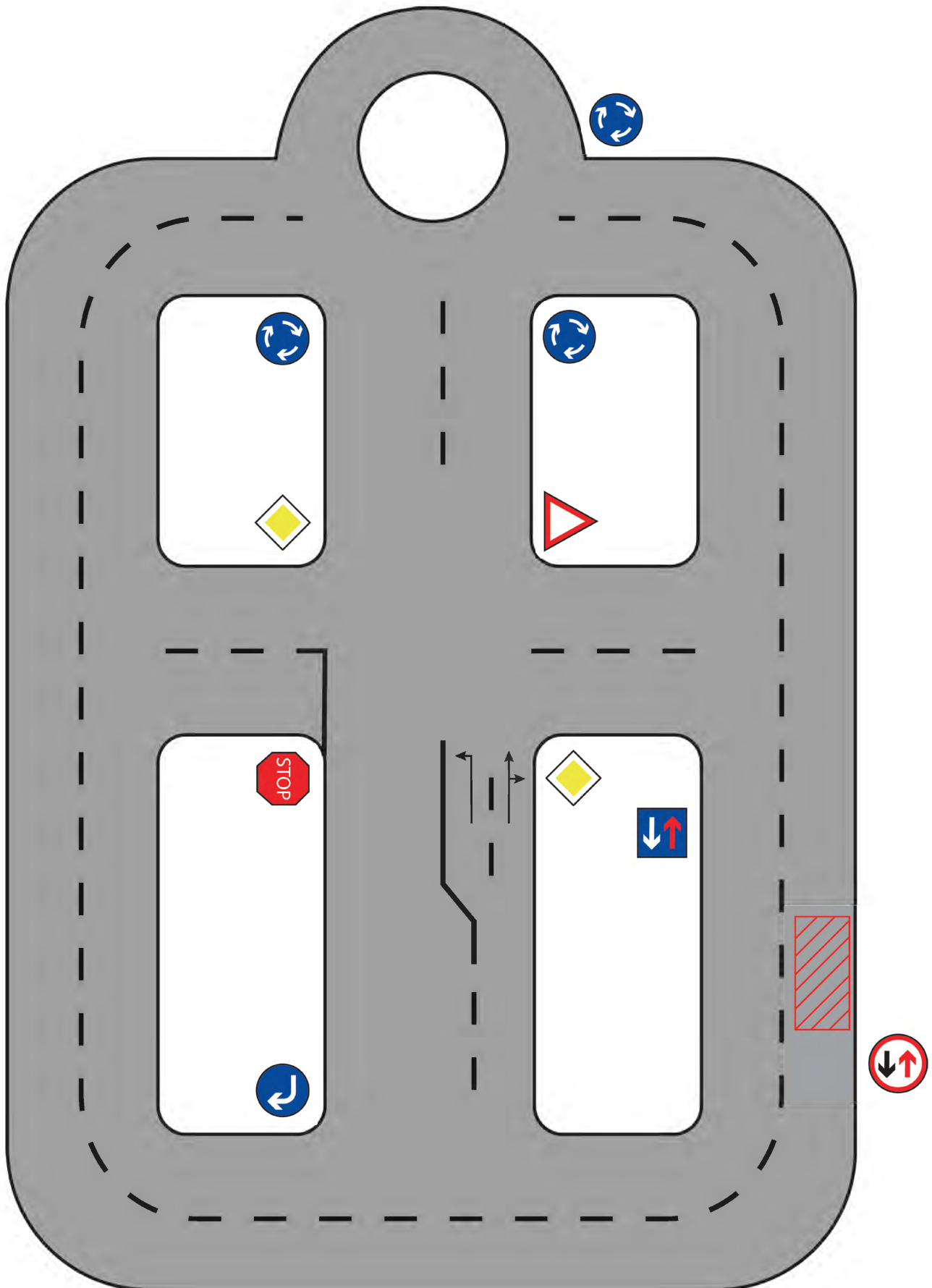
Der Staatsminister des Innern
Prof. Dr. Roland Wöller

Anlage
(zu Ziffer IV Nummer 2)

Anlage zur VwV Radfahrausbildung



Anlage zur VwV Radfahrausbildung



**Verwaltungsvorschrift
des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus
über Leistungen im Jahr 2021 zum Ausgleich für entgangene
Elternbeiträge bei Kindertageseinrichtungen und
Kindertagespflegestellen aufgrund der COVID-19-Pandemie
(VwV Ausgleich entgangene Elternbeiträge 2021)**

Vom 24. Juni 2021

I.

Regelungszweck und Rechtsgrundlagen

Der Freistaat Sachsen gewährt aus Gründen der staatlichen Fürsorge

1. Zuweisungen auf der Grundlage von §§ 22 und 22c Absatz 1 Nummer 4 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. April 2021 (SächsGVBl. S. 487) und nach Maßgabe dieser Verwaltungsvorschrift sowie
2. Zuschüsse in Form von Billigkeitsleistungen im Sinne des § 53 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und nach Maßgabe dieser Verwaltungsvorschrift.

Die Leistungen dienen dem Ausgleich oder der Milderung von finanziellen Schäden, die durch die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie vom 14. Dezember 2020 bis zum 14. Februar 2021 sowie danach innerhalb des Jahres 2021 entstanden sind, soweit aus Gründen des Infektionsschutzes durch ein Gesetz oder eine Rechtsverordnung oder aufgrund eines Gesetzes oder einer Rechtsverordnung Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen in einem Landkreis oder einer Kreisfreien Stadt oder Teilen davon allgemein geschlossen waren und Eltern innerhalb dieses Zeitraums keinen Elternbeitrag entrichtet haben. Die Schließung einzelner Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflegestellen, insbesondere als Quarantänemaßnahmen durch örtliche Gesundheitsämter, ist nicht erfasst. Sofern der Bund den Gemeinden und Landkreisen für das Jahr 2021 einen Ausgleich der nicht erhobenen oder erstatteten Elternbeiträge gewährt, erfolgt in diesem Umfang kein Ausgleich.

II.

Gegenstand der Leistungen

Gegenstand der Leistungen sind Zuweisungen und Zuschüsse zum Ausgleich von Mindereinnahmen der Träger der Kindertagesbetreuungsangebote bei den Elternbeiträgen im Zeitraum der Schließung. Die Zuweisungen und Zuschüsse dienen der Sicherstellung der Finanzierung der Personalkosten der Kindertagesbetreuungsangebote und der Aufrechterhaltung ihrer Betriebsfähigkeit.

III.

Empfänger der Leistungen

1. Empfänger der Zuweisungen nach Ziffer I Nummer 1 sind
 - a) Gemeinden als Finanzierungsverantwortliche von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespfle-

gestellen nach dem Gesetz über Kindertageseinrichtungen, die in die Bedarfsplanung der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe aufgenommen sind und

- b) öffentliche Schulträger als Finanzierungsverantwortliche für Einrichtungen nach der Sächsischen Förderschülerbetreuungsverordnung vom 19. Juni 2008 (SächsGVBl. S. 494), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 13. Mai 2019 (SächsGVBl. S. 329) geändert worden ist.

2. Empfänger der Zuschüsse nach Ziffer I Nummer 2 sind Träger von Kindertageseinrichtungen nach dem Gesetz über Kindertageseinrichtungen, die nicht in die Bedarfsplanung der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe aufgenommen sind.

IV.

Voraussetzungen

1. Leistungsempfänger nach Ziffer III Nummer 1 Buchstabe a haben im Antrag zu erklären, dass
 - in der Gemeinde im jeweiligen Schließzeitraum oder für einen entsprechenden Zeitraum danach für Kinder ohne Notbetreuung Elternbeiträge nicht erhoben wurden oder werden,
 - die Zuweisung unverzüglich an freie Träger von Kindertageseinrichtungen und an Kindertagespflegepersonen im Rahmen der Finanzierungsleistungen entsprechend der dort abgeschlossenen Betreuungsverträge weitergereicht wird, soweit nicht bereits Vorleistungen erbracht wurden.
2. Leistungsempfänger nach Ziffer III Nummer 1 Buchstabe b haben im Antrag zu erklären, dass
 - im jeweiligen Schließzeitraum oder für einen entsprechenden Zeitraum danach für Kinder ohne Notbetreuung Elternbeiträge nicht erhoben wurden oder werden,
 - die Zuweisung unverzüglich an Einrichtungen, die sich nicht in Trägerschaft eines öffentlichen Schulträgers befinden, im Rahmen der Finanzierungsleistungen entsprechend der dort abgeschlossenen Betreuungsverträge weitergereicht wird, soweit nicht bereits Vorleistungen erbracht wurden.
3. Leistungsempfänger nach Ziffer III Nummer 2 haben im Antrag zu erklären, dass im Umfang des bewilligten Zuschusses im jeweiligen Schließzeitraum oder danach, spätestens jedoch zwei Monate nach Auszahlung des Zuschusses, für Kinder ohne Notbetreuung Elternbeiträge gemindert wurden oder werden.

V.

Art, Umfang und Höhe der Leistungen

1. Die Leistung wird als nicht rückzahlbare Zuweisung oder nicht rückzahlbarer Zuschuss gewährt.
2. Schließzeitraum 14. Dezember 2020 bis 14. Februar 2021
 - a) Leistungsempfänger nach Ziffer III Nummer 1 Buchstabe a
 Maßstab der Bemessung der Zuweisung für Leistungsempfänger nach Ziffer III Nummer 1 Buchstabe a ist die Anzahl der aufgenommenen Kinder im Gemeindegebiet, für die am 1. Januar 2021 ein Betreuungsvertrag bestand, berechnet auf eine neunstündige Betreuungszeit in der Krippe, im Kindergarten und in der Kindertagespflege und berechnet auf eine sechsstündige Betreuungszeit im Hort. Betreuungszeiten über neun Stunden werden nicht berücksichtigt. Gilt für Kinder im Schulvorbereitungsjahr ein abweichender Elternbeitrag, sind die Anzahl der neunstündig betreuten Kindergartenkinder vor dem Schulvorbereitungsjahr und die Anzahl der neunstündig betreuten Kindergartenkinder im Schulvorbereitungsjahr getrennt auszuweisen. Für die so ermittelte Anzahl von Kindern wird jeweils eine Zuweisung gewährt in zweifacher Höhe des in der Gemeinde am 1. Januar 2021 für das jeweilige Angebot geltenden einheitlichen monatlichen Elternbeitrages nach § 15 Absatz 2 des Gesetzes über Kindertageseinrichtungen für neun Stunden beziehungsweise sechs Stunden im Hort, abzüglich
 - der Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 15 Absatz 5 des Gesetzes über Kindertageseinrichtungen im Umfang des zweifachen Monatsbetrages für den Januar 2021 und
 - der im Schließzeitraum von den Eltern gezahlten Beiträge für Kinder in Notbetreuung. Sollten im Schließzeitraum für die Notbetreuung auf der Grundlage einer kommunalen Entscheidung grundsätzlich keine Elternbeiträge erhoben worden sein, ist der nicht erhobene Elternbeitrag dennoch als Beitragseinnahme anzusetzen.
 - b) Leistungsempfänger nach Ziffer III Nummer 1 Buchstabe b
 Maßstab der Bemessung der Zuweisung für Leistungsempfänger nach Ziffer III Nummer 1 Buchstabe b ist die Anzahl der Kinder in Einrichtungen nach § 1 Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 2 der Sächsischen Förderschülerbetreuungsverordnung im Zuständigkeitsbereich des Schulträgers, für die am 10. September 2020 ein Betreuungsvertrag bestand, differenziert nach fünfstündiger und sechsstündiger Betreuungszeit. Betreuungszeiten über neun Stunden werden nicht berücksichtigt. Für die so ermittelte Anzahl von Kindern wird jeweils eine Zuweisung gewährt in zweifacher Höhe des am 1. Januar 2021 geltenden monatlichen Elternbeitrages nach § 9 Absatz 1 der Sächsischen Förderschülerbetreuungsverordnung für fünf beziehungsweise sechs Stunden, abzüglich
 - der Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 9 Absatz 2 der Sächsischen Förderschülerbetreuungsverordnung im Umfang des zweifachen Monatsbetrages für den Januar 2021 und
 - der im Schließzeitraum von den Eltern gezahlten Beiträge für Kinder in Notbetreuung. Sollten im Schließzeitraum für die Notbetreuung auf der Grundlage einer kommunalen Entscheidung grundsätzlich keine Elternbeiträge erhoben worden sein, ist der nicht erhobene Elternbeitrag dennoch als Beitragseinnahme anzusetzen.
3. Schließzeiträume ab dem 15. Februar und bis zum 31. Dezember 2021
 - a) Leistungsempfänger nach Ziffer III Nummer 1 Buchstabe a
 Maßstab der Bemessung der Zuweisung für Leistungsempfänger nach Ziffer III Nummer 1 Buchstabe a ist die Anzahl der aufgenommenen Kinder im Gemeindegebiet, für die am 1. April 2021 ein Betreuungsvertrag bestand, berechnet auf eine neunstündige Betreuungszeit in der Krippe, im Kindergarten und in der Kindertagespflege und berechnet auf eine sechsstündige Betreuungszeit im Hort. Betreuungszeiten über neun Stunden werden nicht berücksichtigt. Gilt für Kinder im Schulvorbereitungsjahr ein abweichender Elternbeitrag, sind die Anzahl der neunstündig betreuten Kindergartenkinder vor dem Schulvorbereitungsjahr und die Anzahl der neunstündig betreuten Kindergartenkinder im Schulvorbereitungsjahr getrennt auszuweisen. Für die so ermittelte Anzahl von Kindern wird je Schließtag jeweils eine Zuweisung gewährt in Höhe eines Zwanzigstels des in der Gemeinde am 1. April 2021 für das jeweilige Angebot geltenden einheitlichen monatlichen Elternbeitrages nach § 15 Absatz 2 des Gesetzes über Kindertageseinrichtungen für

neun Stunden beziehungsweise sechs Stunden im Hort, abzüglich

- der Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 15 Absatz 5 des Gesetzes über Kindertageseinrichtungen je Schließtag im Umfang von einem Zwanzigstel des Betrages im Monat April 2021 und
- der im Schließzeitraum von den Eltern gezahlten Beiträge für Kinder in Notbetreuung. Sollten im Schließzeitraum für die Notbetreuung auf der Grundlage einer kommunalen Entscheidung grundsätzlich keine Elternbeiträge erhoben worden sein, ist der nicht erhobene Elternbeitrag dennoch als Beitragseinnahme anzusetzen.

Schließtage im Sinne dieser Vorschrift sind die Wochentage von Montag bis Freitag einschließlich von Feiertagen, die auf diese Tage entfallen. Für Schließzeiträume ab dem 1. September 2021 gelten abweichend die Kinderzahlen und Elternbeiträge am 1. September 2021 sowie die Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe für den Monat September 2021. Hat sich der in der Gemeinde geltende Elternbeitrag nach dem Stichtag der Beitragsbemessung verändert, gelten abweichend der neu festgelegte Elternbeitrag sowie die Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe im Schließzeitraum.

b) Leistungsempfänger nach Ziffer III Nummer 1 Buchstabe b

Maßstab der Bemessung der Zuweisung für Leistungsempfänger nach Ziffer III Nummer 1 Buchstabe b ist die Anzahl der Kinder in Einrichtungen nach § 1 Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 2 der Sächsischen Förderschülerbetreuungsverordnung im Zuständigkeitsbereich des Schulträgers, für die am 10. September 2020 ein Betreuungsvertrag bestand, differenziert nach fünfstündiger und sechsstündiger Betreuungszeit. Betreuungszeiten über neun Stunden werden nicht berücksichtigt. Für die so ermittelte Anzahl von Kindern wird je Schließtag jeweils eine Zuweisung gewährt in Höhe eines Zwanzigstels des am 1. April 2021 geltenden monatlichen Elternbeitrages nach § 9 Absatz 1 der Sächsischen Förderschülerbetreuungsverordnung für fünf beziehungsweise sechs Stunden, abzüglich

- der Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 9 Absatz 2 der Sächsischen Förderschülerbetreuungsverordnung je Schließtag im Umfang von einem Zwanzigstel des Betrages im Monat April 2021 und
- der im Schließzeitraum von den Eltern gezahlten Beiträge für Kinder in Notbetreuung. Sollten im Schließzeitraum für die Notbetreuung auf der Grundlage einer kommunalen Entscheidung grundsätzlich keine Elternbeiträge erhoben worden sein, ist der nicht erhobene Elternbeitrag dennoch als Beitragseinnahme anzusetzen.

Schließtage im Sinne dieser Vorschrift sind die Wochentage Montag bis Freitag einschließlich von Feiertagen, die auf diese Tage entfallen. Für Schließzeiträume ab dem 1. September 2021 gelten abweichend die Elternbeiträge am 1. September und die Kinderzahlen am 10. September 2021 sowie die Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe für den Monat September 2021. Hat sich der geltende Elternbeitrag nach dem Stichtag der Beitragsbemessung verändert, gelten abweichend der neu festgelegte Elternbeitrag sowie

die Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe im Schließzeitraum.

- c) Leistungsempfänger nach Ziffer III Nummer 2
- Maßstab der Bemessung des Zuschusses für Leistungsempfänger nach Ziffer III Nummer 2 ist die Anzahl der Kinder in der Kindertageseinrichtung, für die am 1. April 2021 ein Betreuungsvertrag bestand, berechnet auf eine neunstündige Betreuungszeit in der Krippe und im Kindergarten sowie auf eine sechsstündige Betreuungszeit im Hort. Betreuungszeiten über neun Stunden werden nicht berücksichtigt. Gilt für Kinder im Schulvorbereitungsjahr in der Standortgemeinde ein abweichender Elternbeitrag, sind die Anzahl der neunstündig betreuten Kindergartenkinder vor dem Schulvorbereitungsjahr und die Anzahl der neunstündig betreuten Kindergartenkinder im Schulvorbereitungsjahr getrennt auszuweisen. Für die so ermittelte Anzahl von Kindern wird je Schließtag jeweils ein Zuschuss gewährt in Höhe eines Zwanzigstels des in der Standortgemeinde am 1. April 2021 für das jeweilige Angebot geltenden monatlichen Elternbeitrages nach § 15 Absatz 2 des Gesetzes über Kindertageseinrichtungen für neun beziehungsweise sechs Stunden im Hort, abzüglich

- der Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 90 Absatz 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch je Schließtag im Umfang von einem Zwanzigstel des Betrages im Monat April 2021 und
- der im Schließzeitraum von den Eltern gezahlten Beiträge für Kinder in Notbetreuung, ohne Einbeziehung von Elternbeiträgen, die den in der Standortgemeinde für das jeweilige Angebot festgesetzten Elternbeitrag übersteigen.

Schließtage im Sinne dieser Vorschrift sind die Wochentage Montag bis Freitag einschließlich von Feiertagen, die auf diese Tage entfallen. Für Schließzeiträume ab dem 1. September 2021 gelten abweichend die Kinderzahlen und Elternbeiträge am 1. September 2021 sowie die Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe für den Monat September 2021. Hat sich der in der Standortgemeinde geltende Elternbeitrag nach dem Stichtag der Beitragsbemessung verändert, gelten abweichend der neu festgelegte Elternbeitrag sowie die Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe im Schließzeitraum.

VI. Verfahren

1. Antragstellung

- a) Die Leistung erfolgt auf Antrag (siehe Anlagen) bei der Bewilligungsbehörde.
- b) Der Antrag für den Schließzeitraum vom 14. Dezember 2020 bis 14. Februar 2021 nach Ziffer V Nummer 2 ist bis spätestens zum 1. August 2021 zu stellen.
- c) Anträge nach Ziffer V Nummer 3 für Schließzeiträume ab dem 15. Februar bis zum 31. Mai 2021 sind bis spätestens zum 1. September 2021 zu stellen. Mehrere Schließzeiträume können in einem Antrag zusammengefasst werden.
- d) Anträge für Schließzeiträume ab dem 1. Juni 2021 können mehrere Schließzeiträume umfassen, insgesamt jedoch nicht mehr als acht aufeinanderfolgende Kalenderwochen. Ist der Schließzeitraum noch nicht beendet, ist ab der neunten Kalenderwoche ein neuer Antrag zu stellen. Ein Antrag ist

jeweils spätestens 12 Wochen nach dem Ende des Kalendermonats zu stellen, in dem der Zeitraum endet, für den Leistungen beantragt werden.

- e) Antragsteller nach Ziffer III Nummer 1 Buchstabe a Für kreisangehörige Gemeinden als Leistungsempfänger nach Ziffer III Nummer 1 Buchstabe a ist Bewilligungsbehörde der Landkreis, für Kreisfreie Städte die Landesdirektion Sachsen. Für die Antragstellung sind für kreisangehörige Gemeinden die Formulare nach Anlage 1 a und 1 b zu nutzen und für Kreisfreie Städte die Formulare nach Anlage 2 a und 2 b. Die zur Bemessung des Zuschusses nach Ziffer V Nummer 2 Buchstabe a und nach Nummer 3 Buchstabe a erforderlichen Daten sind, unter Berücksichtigung der Erläuterungen im Antragsformular, anzugeben.
- f) Antragsteller nach Ziffer III Nummer 1 Buchstabe b Bewilligungsbehörde für Leistungsempfänger nach Ziffer III Nummer 1 Buchstabe b ist die Landesdirektion Sachsen. Für die Antragstellung sind die Formulare nach Anlage 3 a und 3 b zu nutzen. Die zur Bemessung des Zuschusses nach Ziffer V Nummer 2 Buchstabe b und Nummer 3 Buchstabe b erforderlichen Daten sind, unter Berücksichtigung der Erläuterungen im Antragsformular, anzugeben.
- g) Antragsteller nach Ziffer III Nummer 2 Bewilligungsbehörde für Leistungsempfänger nach Ziffer III Nummer 2 ist die Landesdirektion Sachsen. Für die Antragstellung sind die Formulare nach Anlage 4 a und 4 b zu nutzen. Die zur Bemessung des Zuschusses nach Ziffer V Nummer 2 Buchstabe c und Nummer 3 Buchstabe c erforderlichen Daten sind, unter Berücksichtigung der Erläuterungen im Antragsformular, anzugeben.

2. Bewilligung und Auszahlung

- a) Die Entscheidung ergeht schriftlich. Für das Verfahren, insbesondere für die Bewilligung und die Auszahlung sowie die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Bescheides und die Rückforderung gilt das Gesetz zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für

den Freistaat Sachsen vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, soweit nicht in dieser Verwaltungsvorschrift oder dem Bescheid Abweichungen zugelassen worden sind.

- b) Die Auszahlung soll spätestens zwei Monate nach Eingang der vollständigen und bewilligungsfähigen Antragsunterlagen bei der Bewilligungsstelle (Datum Posteingangsstempel) erfolgen.

VII.

Auskunfts- und Prüfungsrechte

Die Antragsteller sind verpflichtet, die der Antragstellung zu Grunde liegenden Daten nachvollziehbar zu dokumentieren und die hierzu erforderlichen Unterlagen für einen Zeitraum von sechs Jahren aufzubewahren. Die Landkreise sind berechtigt, bei kreisangehörigen Gemeinden als Leistungsempfänger nach Ziffer III Nummer 1 Buchstabe a die Daten nach Satz 1 und den Einsatz der Zuweisung durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Die Landesdirektion Sachsen ist berechtigt, bei Kreisfreien Städten als Leistungsempfänger nach Ziffer III Nummer 1 Buchstabe a, bei Schulträgern als Leistungsempfänger nach Ziffer III Nummer 1 Buchstabe b und bei Trägern von Kindertageseinrichtungen als Leistungsempfänger nach Ziffer III Nummer 2 die Daten nach Satz 1 und den Einsatz der Zuweisungen und Zuschüsse durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Leistungsempfänger nach Ziffer III Nummer 2 stimmen einem Prüfungsrecht des Sächsischen Rechnungshofs nach § 104 Absatz 1 Nummer 3 der Sächsischen Haushaltsordnung zu.

VIII.

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft. Sie tritt am 30. Juni 2022 außer Kraft.

Dresden, den 24. Juni 2021

Der Staatsminister für Kultus
Christian Piwarz

Anlagen

Anlage 1 a
(zu Ziffer V Nummer 2 Buchstabe a)

Kreisangehörige Gemeinde

Ort _____

Datum _____

An den Landkreis _____

**Antrag auf Leistungen für kreisangehörige Gemeinden als Empfänger nach
Ziffer III Nummer 1 Buchstabe a der VwV Ausgleich entgangene Elternbeiträge 2021
im Schließzeitraum 14.12.2020 bis 14.02.2021 (Ziffer V Nummer 2 Buchstabe a)**

1. Antragsteller

Gemeinde	
Anschrift (Str., PLZ, Ort)	
Auskunft erteilt (Name)	Telefon
E-Mail	

Bankverbindung:

Kontoinhaber	Haushaltsbuchungsstelle
IBAN	

2. Voraussetzungen für die Gewährung der Leistung

Die Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen, für die die Leistung beantragt wird, sind in den Bedarfsplan des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe aufgenommen.	ja	nein
In der Gemeinde wurden/werden im Schließzeitraum oder für einen entsprechenden Zeitraum danach für Kinder ohne Notbetreuung Elternbeiträge nicht erhoben.	ja	nein
An freie Träger von Kindertageseinrichtungen und an Kindertagespflegepersonen wurde/wird der Zuschuss im Rahmen der Finanzierungsleistungen entsprechend der dort abgeschlossenen Betreuungsverträge unverzüglich weitergereicht, soweit nicht bereits Vorleistungen erbracht wurden.	ja	nein

Durch Antragsteller auszufüllen, bitte „ja“ oder „nein“ ankreuzen.

3. Berechnung der Zuweisung Zeitraum 14.12.2020 – 14.02.2021

a) Elternbeitrag nach § 15 Abs. 2 SächsKitaG

Betreuungsart		1	2	3	4
		Anzahl rechnerische 9-h-Kinder, im Hort abweichend 6-h-Kinder, am 1. Januar 2021	geltender Elternbeitrag je Platz in Euro/Monat nach § 15 Abs. 2 SächsKitaG für 9 h, im Hort abweichend für 6 h, am 1. Januar 2021	Elternbeitrag für Anzahl Kinder am 1. Januar 2021 in Euro/Monat (Spalte 1 x Spalte 2)	zweifacher Monatsbetrag Elternbeitrag in Euro (Spalte 3 x 2)
1	Krippe				
2	Kindertagespflege				
3	Schulvorbereitungsjahr				
4	Kindergarten				
5	Hort				
6	gesamt				

Durch Antragsteller auszufüllen.

Eine rechnerische Anzahl von 9-h-Kindern im **Schulvorbereitungsjahr** in Zeile 3 ist nur dann anzugeben, wenn für Kinder im Schulvorbereitungsjahr ein anderer Elternbeitrag gilt als für Kinder in den übrigen Kindergartenjahrgängen. **In diesem Fall sind bei der Zahl der Kindergartenkinder in Zeile 4 die Kinder im Schulvorbereitungsjahr nicht mitanzugeben.**

b) Einnahmen aus Beitragszahlungen der Eltern für Notbetreuung

Einnahmen aus Beiträgen für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege im Gemeindegebiet für den Schließzeitraum in Euro	
--	--

Durch Antragsteller auszufüllen.

Sollten in diesem Zeitraum für nicht betreute Kinder Elternbeiträge erhoben worden sein, können sie nachträglich erlassen und verrechnet werden und sind dann hier nicht mit anzugeben.

Sollten in diesem Zeitraum für die Notbetreuung auf der Grundlage einer kommunalen Entscheidung keine Elternbeiträge erhoben worden sein, ist der nicht erhobene Elternbeitrag dennoch als Beitrags-einnahme anzusetzen. Als Verzicht auf Elternbeiträge auf der Grundlage einer kommunalen Entscheidung gilt der Fall, dass eine Gemeinde im Schließungszeitraum grundsätzlich keinen Elternbeitrag erhoben hat. Wurde der Elternbeitrag für Notbetreuung lediglich für Tage ausgesetzt, an denen Notbetreuung nicht besucht wurde, sind hier nur die Einnahmen aus Elternbeiträgen anzugeben für die Tage, an denen die Notbetreuung besucht wurde.

Erheben Gemeinden im Schulvorbereitungsjahr generell keinen Elternbeitrag, wird unter a) in Zeile 3 beim Elternbeitrag „Null“ eingetragen und es müssen dann unter b) auch keine „fiktiven“ Elternbeiträge angegeben werden.

Zu den hier relevanten Einnahmen aus Elternbeiträgen für betreute Kinder gehören nicht die Einnahmen aus Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 15 Abs. 5 SächsKitaG (sind unter c) erfasst).

c) Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe

Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 15 Abs. 5 SächsKitaG für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in der Gemeinde in Höhe des zweifachen Monatsbetrages Januar 2021 in Euro	
--	--

Durch die Bewilligungsbehörde auszufüllen.

Im Ergebnis der Gespräche zwischen Staatsregierung und Kommunalen Landesverbänden vom 21. Dezember 2020 übernehmen im Schließzeitraum die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe Leistungen **im Umfang der Leistungen bei regulärem, uneingeschränktem Betrieb** für die Betreuungsangebote in der betreffenden Gemeinde, um damit einen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Betreuungssystems zu leisten.

Einzubeziehen sind alle Beträge, die an die Kitaträger oder Eltern ausgezahlt wurden oder nachträglich ausgezahlt werden.

d) Zuweisungsbetrag

Zweifacher Monatsbetrag Elternbeitrag nach a) abzüglich Einnahmen aus Beiträgen der Eltern für Notbetreuung nach b) und abzüglich Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach c) = Zuweisungsbetrag 14.12.20 - 14.02.21 in Euro	
--	--

Durch die Bewilligungsbehörde auszufüllen.

4. Erklärung

Wir erklären die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben.

Unterschrift(en) des/der zeichnungsberechtigten Vertreter(s) der Gemeinde

Anlage 1 b
(zu Ziffer V Nummer 3 Buchstabe a)

Kreisangehörige Gemeinde <hr/>
--

Ort _____ Datum _____
--

An den Landkreis _____ <hr/> <hr/>

**Antrag auf Leistungen für kreisangehörige Gemeinden als Empfänger nach
Ziffer III Nummer 1 Buchstabe a der VwV Ausgleich entgangene Elternbeiträge 2021
für Schließzeiträume
ab 15.02.2021 bis zum 31.12.2021 (Ziffer V Nummer 3 Buchstabe a)**

1. Antragsteller

Gemeinde	
Anschrift (Str., PLZ, Ort)	
Auskunft erteilt (Name)	Telefon
E-Mail	

Bankverbindung:

Kontoinhaber	Haushaltsbuchungsstelle
IBAN	

2. Voraussetzungen für die Gewährung der Leistung

Die Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen, für die die Leistung beantragt wird, sind in den Bedarfsplan des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe aufgenommen.	ja	nein
In der Gemeinde wurden/werden im Schließzeitraum oder für einen entsprechenden Zeitraum danach für Kinder ohne Notbetreuung Elternbeiträge nicht erhoben.	ja	nein
An freie Träger von Kindertageseinrichtungen und an Kindertagespflegepersonen wurde/wird der Zuschuss im Rahmen der Finanzierungsleistungen entsprechend der dort abgeschlossenen Betreuungsverträge unverzüglich weitergereicht, soweit nicht bereits Vorleistungen erbracht wurden.	ja	nein

Durch Antragsteller auszufüllen, bitte „ja“ oder „nein“ ankreuzen.

3. Berechnung der Zuweisung für den Schließzeitraum/die Schließzeiträume*

_____ ; _____ ; _____ ; _____

* Bitte Datum des Beginns und der Beendigung des Schließzeitraums/der Schließzeiträume angeben.

a) Anzahl Schließtage im Schließzeitraum/in den Schließzeiträumen: _____**b) Elternbeitrag nach § 15 Abs. 2 SächsKitaG**

Betreuungsart		1	2	3	4
		Anzahl rechnerische 9-h-Kinder, im Hort abweichend 6-h-Kinder, am 1. April* 2021	geltender Elternbeitrag je Platz in Euro/Monat nach § 15 Abs. 2 SächsKitaG für 9 h, im Hort abweichend für 6 h, am 1. April 2021*	Elternbeitrag für Anzahl Kinder am 1. April 2021* in Euro/Tag (Spalte 1 x Spalte 2 : 20)	Elternbeitrag für Schließzeitraum/ Schließzeiträume in Euro (Spalte 3 x Anzahl Schließtage gemäß a)
1	Krippe				
2	Kindertagespflege				
3	Schulvorbereitungsjahr				
4	Kindergarten				
5	Hort				
6	gesamt				

Durch Antragsteller auszufüllen.

Die in Spalte 1 einzutragenden Kinderzahlen sind aus dem Antrag auf Landeszuschuss nach § 18 SächsKitaG für das Jahr 2022 zu übernehmen und bei Hortkindern auf rechnerische 6-h-Kinder umzurechnen.

Eine rechnerische Anzahl von 9-h-Kindern im **Schulvorbereitungsjahr** in Zeile 3 ist nur dann anzugeben, wenn für Kinder im Schulvorbereitungsjahr ein anderer Elternbeitrag gilt als für Kinder in den übrigen Kindergartenjahrgängen. **In diesem Fall sind bei der Zahl der Kindergartenkinder in Zeile 4 die Kinder im Schulvorbereitungsjahr nicht mitanzugeben.**

*** Für Schließzeiträume ab dem 1. September 2021 sind abweichend die Kinderzahlen und Elternbeiträge des 1. September 2021 einzutragen!**

Hat sich in der Gemeinde der geltende Elternbeitrag nach dem Stichtag 1. April (oder 1. September) verändert, gilt abweichend der neu festgelegte Elternbeitrag. Ist dies der Fall, hier bitte Datum des Inkrafttretens der Beitragsänderung angeben: _____

c) Einnahmen aus Beitragszahlungen der Eltern für Notbetreuung

Einnahmen aus Beiträgen für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für den Schließzeitraum/die Schließzeiträume in Euro	
---	--

Durch Antragsteller auszufüllen.

Sollten in diesem Zeitraum für nicht betreute Kinder Elternbeiträge erhoben worden sein, können sie nachträglich erlassen und verrechnet werden und sind dann hier nicht mit anzugeben.

Sollten in diesem Zeitraum für die Notbetreuung auf der Grundlage einer kommunalen Entscheidung keine Elternbeiträge erhoben worden sein, ist der nicht erhobene Elternbeitrag dennoch als Beitrags-

einnahme anzusetzen. Als Verzicht auf Elternbeiträge auf der Grundlage einer kommunalen Entscheidung gilt der Fall, dass eine Gemeinde grundsätzlich keinen Elternbeitrag erhoben hat. Wurde der Elternbeitrag für Notbetreuung lediglich für Tage ausgesetzt, an denen Notbetreuung nicht besucht wurde, sind hier nur die Einnahmen aus Elternbeiträgen anzugeben für die Tage, an denen die Notbetreuung besucht wurde.

Erheben Gemeinden im Schulvorbereitungsjahr generell keinen Elternbeitrag, wird unter b) in Zeile 3 beim Elternbeitrag „Null“ eingetragen und es müssen dann unter c) auch keine „fiktiven“ Elternbeiträge angegeben werden.

Zu den hier relevanten Einnahmen aus Elternbeiträgen für betreute Kinder gehören nicht die Einnahmen aus Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 15 Abs. 5 SächsKitaG (sind unter d) erfasst).

d) Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe

Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 15 Abs. 5 SächsKitaG für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in der Gemeinde für den Schließzeitraum/die Schließzeiträume	1	2	3
	Monatsbetrag April 2021* in Euro	Tagesbetrag April 2021* in Euro (Spalte 1 : 20)	Betrag für Schließzeitraum/ Schließzeiträume in Euro (Schließtage nach a) x Spalte 2)

Durch die Bewilligungsbehörde auszufüllen.

Im Ergebnis der Gespräche zwischen Staatsregierung und Kommunalen Landesverbänden vom 21. Dezember 2020 übernehmen im Schließzeitraum die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe Leistungen **im Umfang der Leistungen bei regulärem, uneingeschränktem Betrieb** für die Betreuungsangebote in der betreffenden Gemeinde, um damit einen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Betreuungssystems zu leisten.

Einzubeziehen sind alle Beträge, die an die Kitaträger oder Eltern ausgezahlt wurden oder nachträglich ausgezahlt werden.

*** Für Schließzeiträume ab dem 1. September 2021 ist abweichend der Monatsbeitrag für den September 2021 einzutragen!**

Hat sich in der Gemeinde der geltende Elternbeitrag nach dem Stichtag 1. April (oder 1. September) verändert (siehe Angabe der Gemeinde unter b), wird abweichend der neu festgelegte Elternbeitrag berücksichtigt. In diesem Fall sind die konkreten Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe im Schließzeitraum/in den Schließzeiträumen einzutragen.

e) Zuweisungsbetrag

Elternbeitrag nach b) abzüglich Einnahmen aus Beiträgen der Eltern für Notbetreuung nach c) und abzüglich Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach d) = Zuweisungsbetrag für den Schließzeitraum/die Schließzeiträume in Euro	
---	--

Durch die Bewilligungsbehörde auszufüllen.

4. Erklärung

Wir erklären die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben.

Unterschrift(en) des/der zeichnungsberechtigten Vertreter(s) der Gemeinde

Anlage 2 a
(zu Ziffer V Nummer 2 Buchstabe a)

Kreisfreie Stadt _____

Ort _____

Datum _____

**Landesdirektion Sachsen
Altchemnitzer Straße 41
09120 Chemnitz**

**Antrag auf Leistungen für Kreisfreie Städte als Empfänger nach
Ziffer III Nummer 1 Buchstabe a der VwV Ausgleich entgangene Elternbeiträge 2021
im Schließzeitraum 14.12.2020 bis 14.02.2021 (Ziffer V Nummer 2 Buchstabe a)**

1. Antragsteller

Kreisfreie Stadt	
Anschrift (Str., PLZ, Ort)	
Auskunft erteilt (Name)	Telefon
E-Mail	

Bankverbindung:

Kontoinhaber	Haushaltsbuchungsstelle
IBAN	

2. Voraussetzungen für die Gewährung der Leistung

Die Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen, für die die Leistung beantragt wird, sind in den Bedarfsplan des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe aufgenommen.	ja	nein
In der Gemeinde wurden/werden im Schließzeitraum oder für einen entsprechenden Zeitraum danach für Kinder ohne Notbetreuung Elternbeiträge nicht erhoben.	ja	nein
An freie Träger von Kindertageseinrichtungen und an Kindertagespflegepersonen wurde/wird der Zuschuss im Rahmen der Finanzierungsleistungen entsprechend der dort abgeschlossenen Betreuungsverträge unverzüglich weitergereicht, soweit nicht bereits Vorleistungen erbracht wurden.	ja	nein

Bitte „ja“ oder „nein“ ankreuzen.

3. Berechnung der Zuweisung Zeitraum 14.12.2020 – 14.02.2021

a) Elternbeitrag nach § 15 Abs. 2 SächsKitaG

Betreuungsart		1	2	3	4
		Anzahl rechnerische 9-h-Kinder , im Hort abweichend 6-h-Kinder , am 1. Januar 2021	geltender Elternbeitrag je Platz in Euro/Monat nach § 15 Abs. 2 SächsKitaG für 9 h , im Hort abweichend für 6 h , am 1. Januar 2021	Elternbeitrag für Anzahl Kinder am 1. Januar 2021 in Euro/Monat (Spalte 1 x Spalte 2)	zweifacher Monatsbetrag Elternbeitrag in Euro (Spalte 3 x 2)
1	Krippe				
2	Kindertagespflege				
3	Schulvorbereitungsjahr				
4	Kindergarten				
5	Hort				
6	gesamt				

Eine rechnerische Anzahl von 9-h-Kindern im **Schulvorbereitungsjahr** in Zeile 3 ist nur dann anzugeben, wenn für Kinder im Schulvorbereitungsjahr ein anderer Elternbeitrag gilt als für Kinder in den übrigen Kindergartenjahrgängen. **In diesem Fall sind bei der Zahl der Kindergartenkinder in Zeile 4 die Kinder im Schulvorbereitungsjahr nicht mitanzugeben.**

b) Einnahmen aus Beitragszahlungen der Eltern für Notbetreuung

Einnahmen aus Beiträgen für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege im Gemeindegebiet für den Schließzeitraum in Euro	
--	--

Sollten in diesem Zeitraum für nicht betreute Kinder Elternbeiträge erhoben worden sein, können sie nachträglich erlassen und verrechnet werden und sind dann hier nicht mit anzugeben.

Sollten in diesem Zeitraum für die Notbetreuung auf der Grundlage einer kommunalen Entscheidung keine Elternbeiträge erhoben worden sein, ist der nicht erhobene Elternbeitrag dennoch als Beitrags-einnahme anzusetzen. Als Verzicht auf Elternbeiträge auf der Grundlage einer kommunalen Entscheidung gilt der Fall, dass eine Gemeinde im Schließungszeitraum grundsätzlich keinen Elternbeitrag erhoben hat. Wurde der Elternbeitrag für Notbetreuung lediglich für Tage ausgesetzt, an denen Notbetreuung nicht besucht wurde, sind hier nur die Einnahmen aus Elternbeiträgen anzugeben für die Tage, an denen die Notbetreuung besucht wurde.

Erheben Gemeinden im Schulvorbereitungsjahr generell keinen Elternbeitrag, wird unter a) in Zeile 3 beim Elternbeitrag „Null“ eingetragen und es müssen dann unter b) auch keine „fiktiven“ Elternbeiträge angegeben werden.

Zu den hier relevanten Einnahmen aus Elternbeiträgen für betreute Kinder gehören nicht die Einnahmen aus Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 15 Abs. 5 SächsKitaG (sind unter c) erfasst).

c) Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe

Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 15 Abs. 5 SächsKitaG für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in der Gemeinde in Höhe des zweifachen Monatsbetrages Januar 2021 in Euro	
--	--

Im Ergebnis der Gespräche zwischen Staatsregierung und Kommunalen Landesverbänden vom 21. Dezember 2020 übernehmen im Schließzeitraum die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe Leistungen **im Umfang der Leistungen bei regulärem, uneingeschränktem Betrieb** für die Betreuungsangebote in der betreffenden Gemeinde, um damit einen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Betreuungssystems zu leisten.

Einzubeziehen sind alle Beträge, die an die Kitaträger oder Eltern ausgezahlt wurden oder nachträglich ausgezahlt werden.

d) Zuweisungsbetrag

Zweifacher Monatsbetrag Elternbeitrag nach a) abzüglich Einnahmen aus Beiträgen der Eltern für Notbetreuung nach b) und abzüglich Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach c) = Zuweisungsbetrag 14.12.20 - 14.02.21 in Euro	
--	--

4. Erklärung

Wir erklären die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben.

Unterschrift(en) des/der zeichnungsberechtigten Vertreter(s) der Gemeinde

Anlage 2 b
(zu Ziffer V Nummer 3 Buchstabe a)

Kreisfreie Stadt _____

Ort _____

Datum _____

**Landesdirektion Sachsen
Altchemnitzer Straße 41
09120 Chemnitz**

**Antrag auf Leistungen für Kreisfreie Städte als Empfänger nach
Ziffer III Nummer 1 Buchstabe a der VwV Ausgleich entgangene Elternbeiträge 2021
für Schließzeiträume
ab 15.02.2021 bis zum 31.12.2021 (Ziffer V Nummer 3 Buchstabe a)**

1. Antragsteller

Kreisfreie Stadt	
Anschrift (Str., PLZ, Ort)	
Auskunft erteilt (Name)	Telefon
E-Mail	

Bankverbindung:

Kontoinhaber	Haushaltsbuchungsstelle
IBAN	

2. Voraussetzungen für die Gewährung der Leistung

Die Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen, für die die Leistung beantragt wird, sind in den Bedarfsplan des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe aufgenommen.	ja	nein
In der Gemeinde wurden/werden im Schließzeitraum oder für einen entsprechenden Zeitraum danach für Kinder ohne Notbetreuung Elternbeiträge nicht erhoben.	ja	nein
An freie Träger von Kindertageseinrichtungen und an Kindertagespflegepersonen wurde/wird der Zuschuss im Rahmen der Finanzierungsleistungen entsprechend der dort abgeschlossenen Betreuungsverträge unverzüglich weitergereicht, soweit nicht bereits Vorleistungen erbracht wurden.	ja	nein

Bitte „ja“ oder „nein“ ankreuzen.

3. Berechnung der Zuweisung für den Schließzeitraum/die Schließzeiträume*

_____ ; _____ ; _____ ; _____

* Bitte Datum des Beginns und der Beendigung des Schließzeitraums/der Schließzeiträume angeben.

a) Anzahl Schließtage im Schließzeitraum/in den Schließzeiträumen: _____**b) Elternbeitrag nach § 15 Abs. 2 SächsKitaG**

Betreuungsart		1	2	3	4
		Anzahl rechnerische 9-h-Kinder, im Hort abweichend 6-h-Kinder, am 1. April 2021*	geltender Elternbeitrag je Platz in Euro/Monat nach § 15 Abs. 2 SächsKitaG für 9 h, im Hort abweichend für 6 h, am 1. April 2021*	Elternbeitrag für Anzahl Kinder am 1. April 2021* in Euro/Tag (Spalte 1 x Spalte 2 : 20)	Elternbeitrag für Schließzeitraum/ Schließzeiträume in Euro (Spalte 3 x Anzahl Schließtage gemäß a)
1	Krippe				
2	Kindertagespflege				
3	Schulvorbereitungsjahr				
4	Kindergarten				
5	Hort				
6	gesamt				

Die in Spalte 1 einzutragenden Kinderzahlen sind aus dem Antrag auf Landeszuschuss nach § 18 SächsKitaG für das Jahr 2022 zu übernehmen und bei Hortkindern auf rechnerische 6-h-Kinder umzurechnen.

Eine rechnerische Anzahl von 9-h-Kindern im **Schulvorbereitungsjahr** in Zeile 3 ist nur dann anzugeben, wenn für Kinder im Schulvorbereitungsjahr ein anderer Elternbeitrag gilt als für Kinder in den übrigen Kindergartenjahrgängen. **In diesem Fall sind bei der Zahl der Kindergartenkinder in Zeile 4 die Kinder im Schulvorbereitungsjahr nicht mitanzugeben.**

*** Für Schließzeiträume ab dem 1. September 2021 sind abweichend die Kinderzahlen und Elternbeiträge des 1. September 2021 einzutragen!**

Hat sich in der Gemeinde der geltende Elternbeitrag nach dem Stichtag 1. April (oder 1. September) verändert, gilt abweichend der neu festgelegte Elternbeitrag. Ist dies der Fall, hier bitte Datum des Inkrafttretens der Beitragsänderung angeben:

c) Einnahmen aus Beitragszahlungen der Eltern für Notbetreuung

Einnahmen aus Beiträgen für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für den Schließzeitraum/die Schließzeiträume in Euro	
---	--

Sollten in diesem Zeitraum für nicht betreute Kinder Elternbeiträge erhoben worden sein, können sie nachträglich erlassen und verrechnet werden und sind dann hier nicht mit anzugeben.

Sollten in diesem Zeitraum für die Notbetreuung auf der Grundlage einer kommunalen Entscheidung keine Elternbeiträge erhoben worden sein, ist der nicht erhobene Elternbeitrag dennoch als Beitrags-einnahme anzusetzen. Als Verzicht auf Elternbeiträge auf der Grundlage einer kommunalen Entscheidung gilt der Fall, dass eine Gemeinde grundsätzlich keinen Elternbeitrag erhoben hat. Wurde der

Elternbeitrag für Notbetreuung lediglich für Tage ausgesetzt, an denen Notbetreuung nicht besucht wurde, sind hier nur die Einnahmen aus Elternbeiträgen anzugeben für die Tage, an denen die Notbetreuung besucht wurde.

Erheben Gemeinden im Schulvorbereitungsjahr generell keinen Elternbeitrag, wird unter b) in Zeile 3 beim Elternbeitrag „Null“ eingetragen und es müssen dann unter c) auch keine „fiktiven“ Elternbeiträge angegeben werden.

Zu den hier relevanten Einnahmen aus Elternbeiträgen für betreute Kinder gehören nicht die Einnahmen aus Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 15 Abs. 5 SächsKitaG (sind unter d) erfasst).

d) Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe

Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 15 Abs. 5 SächsKitaG für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in der Gemeinde für den Schließzeitraum/die Schließzeiträume	1	2	3
	Monatsbetrag April 2021* in Euro	Tagesbetrag April 2021* in Euro (Spalte 1 : 20)	Betrag für Schließzeitraum/ Schließzeiträume in Euro (Schließtage nach a) x Spalte 2)

Im Ergebnis der Gespräche zwischen Staatsregierung und Kommunalen Landesverbänden vom 21. Dezember 2020 übernehmen im Schließzeitraum die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe Leistungen **im Umfang der Leistungen bei regulärem, uneingeschränktem Betrieb** für die Betreuungsangebote in der betreffenden Gemeinde, um damit einen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Betreuungssystems zu leisten.

Einzubeziehen sind alle Beträge, die an die Kitaträger oder Eltern ausgezahlt wurden oder nachträglich ausgezahlt werden.

*** Für Schließzeiträume ab dem 1. September 2021 ist abweichend der Monatsbeitrag für den September 2021 einzutragen!**

Hat sich in der Gemeinde der geltende Elternbeitrag nach dem Stichtag 1. April (oder 1. September) verändert (siehe Angabe der Gemeinde unter b), wird abweichend der neu festgelegte Elternbeitrag berücksichtigt. In diesem Fall sind die konkreten Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe im Schließzeitraum/in den Schließzeiträumen einzutragen.

e) Zuweisungsbetrag

Elternbeitrag nach b) abzüglich Einnahmen aus Beiträgen der Eltern für Notbetreuung nach c) und abzüglich Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach d) = Zuweisungsbetrag für den Schließzeitraum/die Schließzeiträume in Euro	
---	--

4. Erklärung

Wir erklären die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben.

Unterschrift(en) des/der zeichnungsberechtigten Vertreter(s) der Gemeinde

Anlage 3 a
(zu Ziffer V Nummer 2 Buchstabe b)

Öffentlicher Schulträger _____ _____
--

Ort _____ Datum _____
--

Landesdirektion Sachsen Altchemnitzer Straße 41 09120 Chemnitz

**Antrag auf Leistungen für Empfänger nach Ziffer III Nummer 1 Buchstabe b
der VwV Ausgleich entgangene Elternbeiträge 2021
im Schließzeitraum 14.12.2020 bis 14.02.2021 (Ziffer V Nummer 2 Buchstabe b)**

1. Antragsteller

Öffentlicher Schulträger	
Anschrift (Str., PLZ, Ort)	
Auskunft erteilt (Name)	Telefon
E-Mail	

Bankverbindung:

Kontoinhaber	Haushaltsbuchungsstelle
IBAN	

2. Voraussetzungen für die Gewährung der Leistung

In Einrichtungen in der Finanzierungsverantwortung des Schulträgers wurden/werden im Schließzeitraum oder für einen entsprechenden Zeitraum danach für Kinder ohne Notbetreuung Elternbeiträge nicht erhoben.	ja	nein
An Einrichtungen, die sich nicht in Trägerschaft des Schulträgers befinden, wurde/wird die Zuweisung im Rahmen der Finanzierungsleistungen entsprechend der dort abgeschlossenen Betreuungsverträge unverzüglich weitergereicht, soweit nicht bereits Vorleistungen erbracht wurden.	ja	nein

Bitte „ja“ oder „nein“ ankreuzen.

3. Berechnung der Zuweisung Zeitraum 14.12.2020 – 14.02.2021

a) Elternbeitrag nach § 9 Abs. 1 SächsFöSchülBetrVO

Betreuungsart		1	2	3	4
		Anzahl rechnerische 5-h- bzw. 6-h-Kinder am 10. September 2020 lt. Meldung nach § 12 Abs. 3 Sächs-FöSchülBetrVO	geltender Elternbeitrag je Platz in Euro/Monat nach § 9 Abs. 1 Sächs-FöSchülBetrVO am 1. Januar 2021	Elternbeitrag für Anzahl Kinder am 1. Januar 2021 in Euro/Monat (Spalte 1 x Spalte 2)	zweifacher Monatsbetrag Elternbeitrag in Euro (Spalte 3 x 2)
1	Hort 5 h				
2	Hort 6 h				
3	gesamt				

b) Einnahmen aus Beitragszahlungen der Eltern für Notbetreuung

Einnahmen aus Beiträgen für Kinder in Notbetreuung in Einrichtungen in Finanzierungsverantwortung des öffentlichen Schulträgers für den Schließzeitraum in Euro	
---	--

Sollten in diesem Zeitraum für nicht betreute Kinder Elternbeiträge erhoben worden sein, können sie nachträglich erlassen und verrechnet werden und sind dann hier nicht mit anzugeben.

Sollten in diesem Zeitraum für die Notbetreuung auf der Grundlage einer kommunalen Entscheidung keine Elternbeiträge erhoben worden sein, ist der nicht erhobene Elternbeitrag dennoch als Beitrags-einnahme anzusetzen. Als Verzicht auf Elternbeiträge auf der Grundlage einer kommunalen Entscheidung gilt der Fall, dass im Schließungszeitraum grundsätzlich kein Elternbeitrag erhoben wurde. Wurde der Elternbeitrag für Notbetreuung lediglich für Tage ausgesetzt, an denen Notbetreuung nicht besucht wurde, sind hier nur die Einnahmen aus Elternbeiträgen anzugeben für die Tage, an denen die Notbetreuung besucht wurde.

Zu den hier relevanten Einnahmen aus Elternbeiträgen für betreute Kinder gehören nicht die Einnahmen aus Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 9 Abs. 2 Sächs-FöSchülBetrVO (sind unter c) erfasst).

c) Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe

Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 9 Abs. 2 SächsFöSchülBetrVO in Höhe des zweifachen Monatsbetrages Januar 2021 in Euro	
--	--

Die Angabe ist vom Antragsteller beim zuständigen Träger der öffentlichen Jugendhilfe zu erfragen und einzutragen.

Im Ergebnis der Gespräche zwischen Staatsregierung und Kommunalen Landesverbänden vom 21. Dezember 2020 übernehmen im Schließzeitraum die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe Leistungen im **Umfang der Leistungen bei regulärem, uneingeschränktem Betrieb** für die Betreuungsangebote, um damit einen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Betreuungssystems zu leisten.

Einzubeziehen sind alle Beträge, die an die Einrichtungsträger oder Eltern ausgezahlt wurden oder nachträglich ausgezahlt werden.

d) Zuweisungsbetrag

Zweifacher Monatsbetrag Elternbeitrag nach a) abzüglich Einnahmen aus Beiträgen der Eltern für Notbetreuung nach b) und abzüglich Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach c) = Zuweisungsbetrag 14.12.20 - 14.02.21 in Euro	
--	--

4. Erklärung

Wir erklären die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben.

Unterschrift(en) des/der zeichnungsberechtigten Vertreter(s) des öffentlichen Schulträgers

Anlage 3 b
(zu Ziffer V Nummer 3 Buchstabe b)

Öffentlicher Schulträger _____ _____	Ort _____ Datum _____
--	--

Landesdirektion Sachsen
Altchemnitzer Straße 41
09120 Chemnitz

**Antrag auf Leistungen für Empfänger nach Ziffer III Nummer 1 Buchstabe b
der VwV Ausgleich entgangene Elternbeiträge 2021 für Schließzeiträume
ab 15.02.2021 bis zum 31.12.2021 (Ziffer V Nummer 3 Buchstabe b)**

1. Antragsteller

Öffentlicher Schulträger	
Anschrift (Str., PLZ, Ort)	
Auskunft erteilt (Name)	Telefon
E-Mail	

Bankverbindung:

Kontoinhaber	Haushaltsbuchungsstelle
IBAN	

2. Voraussetzungen für die Gewährung der Leistung

In Einrichtungen in der Finanzierungsverantwortung des Schulträgers wurden/werden im Schließzeitraum oder für einen entsprechenden Zeitraum danach für Kinder in Notbetreuung Elternbeiträge nicht erhoben.	ja	nein
An Einrichtungen, die sich nicht in Trägerschaft des Schulträgers befinden, wurde/wird die Zuweisung im Rahmen der Finanzierungsleistungen entsprechend der dort abgeschlossenen Betreuungsverträge unverzüglich weitergereicht, soweit nicht bereits Vorleistungen erbracht wurden.	ja	nein

Durch Antragsteller auszufüllen, bitte „ja“ oder „nein“ ankreuzen.

3. Berechnung der Zuweisung für den Schließzeitraum/die Schließzeiträume*

_____ ; _____ ; _____ ; _____

* Bitte Datum des Beginns und der Beendigung des Schließzeitraums/der Schließzeiträume angeben.

a) Anzahl Schließtage im Schließzeitraum/in den Schließzeiträumen: _____**b) Elternbeitrag nach § 9 Abs. 1 SächsFöSchülBetrVO**

Betreuungs- art		1	2	3	4
		Anzahl rechnerische 5-h- bzw. 6-h-Kinder am 10. September 2020* lt. Meldung nach § 12 Abs. 3 SächsFöSchül- BetrVO	geltender Eltern- beitrag je Platz in Euro/Monat nach § 9 Abs. 1 Sächs- FöSchülBetrVO am 1. April 2021*	Elternbeitrag für Anzahl Kinder am 1. April 2021* in Euro/Tag (Spalte 1 x Spalte 2 : 20)	Elternbeitrag für den Schließzeit- raum/die Schließ- zeiträume in Euro (Spalte 3 x Anzahl Schließ- tage gemäß a)
1	Hort 5 h				
2	Hort 6 h				
3	gesamt				

* Für Schließzeiträume ab dem 1. September 2021 sind abweichend die Kinderzahlen des 10. September 2021 und die Elternbeiträge des 1. September 2021 einzutragen!

Hat sich der geltende Elternbeitrag nach dem Stichtag 1. April (oder 1. September) verändert, gilt abweichend der neu festgelegte Elternbeitrag. Ist dies der Fall, hier bitte Datum des Inkrafttretens der Beitragsänderung angeben:

c) Einnahmen aus Beitragszahlungen der Eltern für Notbetreuung

Einnahmen aus Beiträgen für Kinder in Notbetreuung in Einrichtungen in Finanzierungsverantwortung des öffentlichen Schulträgers für den Schließzeitraum/die Schließzeiträume in Euro	
--	--

Durch Antragsteller auszufüllen.

Sollten in diesem Zeitraum für nicht betreute Kinder Elternbeiträge erhoben worden sein, können sie nachträglich erlassen und verrechnet werden und sind dann hier nicht mit anzugeben.Sollten in diesem Zeitraum für die Notbetreuung auf der Grundlage einer kommunalen Entscheidung keine Elternbeiträge erhoben worden sein, ist der nicht erhobene Elternbeitrag dennoch als Beitrags-einnahme anzusetzen. Als Verzicht auf Elternbeiträge auf der Grundlage einer kommunalen Entscheidung gilt der Fall, dass im Schließungszeitraum grundsätzlich kein Elternbeitrag erhoben wurde. Wurde der Elternbeitrag für Notbetreuung lediglich für Tage ausgesetzt, an denen Notbetreuung nicht besucht wurde, sind hier nur die Einnahmen aus Elternbeiträgen anzugeben für die Tage, an denen die Notbetreuung besucht wurde.Zu den hier relevanten Einnahmen aus Elternbeiträgen für betreute Kinder gehören nicht die Einnahmen aus Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 9 Abs. 2 Sächs-FöSchülBetrVO (sind unter d) erfasst).

d) Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe

	1	2	3
Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 9 Abs. 2 SächsFöSchulBetrVO für den Schließzeitraum/die Schließzeiträume	Monatsbetrag April 2021* in Euro	Tagesbetrag April 2021* in Euro (Spalte 1 : 20)	Betrag für Schließzeitraum/ Schließzeiträume in Euro (Schließtage nach a) x Spalte 2)

Die Angabe ist vom Antragsteller beim zuständigen Träger der öffentlichen Jugendhilfe zu erfragen und einzutragen.

Im Ergebnis der Gespräche zwischen Staatsregierung und Kommunalen Landesverbänden vom 21. Dezember 2020 übernehmen im Schließzeitraum die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe Leistungen **im Umfang der Leistungen bei regulärem, uneingeschränktem Betrieb** für die Betreuungsangebote, um damit einen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Betreuungssystems zu leisten.

Einzubeziehen sind alle Beträge, die an die Einrichtungsträger oder Eltern ausgezahlt wurden oder nachträglich ausgezahlt werden.

*** Für Schließzeiträume ab dem 1. September 2021 ist abweichend der Monatsbetrag für den September 2021 einzutragen!**

Hat sich der geltende Elternbeitrag nach dem Stichtag 1. April (oder 1. September) verändert, wird abweichend der neu festgelegte Elternbeitrag berücksichtigt. In diesem Fall sind die konkreten Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe im Schließzeitraum/in den Schließzeiträumen einzutragen.

e) Zuweisungsbetrag

Elternbeitrag nach b) abzüglich Einnahmen aus Beiträgen der Eltern für Notbetreuung nach c) und abzüglich Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach d) = Zuweisungsbetrag für den Schließzeitraum/die Schließzeiträume in Euro	
---	--

4. Erklärung

Wir erklären die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben.

Unterschrift(en) des/der zeichnungsberechtigten Vertreter(s) des öffentlichen Schulträgers

Anlage 4 a
(zu Ziffer V Nummer 2 Buchstabe c)

Träger _____
Kita _____

Ort _____
Datum _____

Landesdirektion Sachsen Altchemnitzer Straße 41 09120 Chemnitz

**Antrag auf Leistungen für Empfänger nach Ziffer III Nummer 2
der VwV Ausgleich entgangene Elternbeiträge 2021
im Schließzeitraum 14.12.2020 bis 14.02.2021 (Ziffer V Nummer 2 Buchstabe c)**

1. Antragsteller

Name	
Anschrift (Str., PLZ, Ort)	
Auskunft erteilt (Name)	Telefon
E-Mail	

Bankverbindung:

Kontoinhaber
IBAN

2. Voraussetzungen für die Gewährung der Billigkeitsleistung

Die Kindertageseinrichtung, für die die Leistung beantragt wird, ist in den Bedarfsplan des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe aufgenommen.	Ja	nein
In der Einrichtung wurden/werden im Umfang des gewährten Zuschusses im Schließzeitraum/nach dem Schließzeitraum, jedoch spätestens zwei Monate nach Auszahlung, für Kinder ohne Notbetreuung Elternbeiträge gemindert.	Ja	nein

Bitte „ja“ oder „nein“ ankreuzen.

3. Berechnung des Zuschusses für den Zeitraum 14.12.2020 – 14.02.2021

a) Elternbeitrag, bezogen auf Höhe in Standortgemeinde (§ 15 Abs. 2 SächsKitaG)

Betreuungsart		1	2	3	4
		Anzahl rechnerische 9-h-Kinder , im Hort abweichend 6-h-Kinder beim Antragsteller am 1. Januar 2021	geltender Elternbeitrag je Platz in Euro/Monat nach § 15 Abs. 2 SächsKitaG für 9 h , im Hort abweichend für 6 h , in der Standortgemeinde am 1. Januar 2021	Elternbeitrag für Anzahl Kinder am 1. Januar 2021 in Euro/Monat (Spalte 1 x Spalte 2)	zweifacher Monatsbetrag Elternbeitrag in Euro (Spalte 3 x 2)
1	Krippe				
2	Schulvorbereitungsjahr				
3	Kindergarten				
4	Hort				
5	gesamt				

Eine rechnerische Anzahl von 9-h-Kindern im **Schulvorbereitungsjahr** in Zeile 2 ist nur dann anzugeben, wenn für Kinder im Schulvorbereitungsjahr in der Standortgemeinde ein anderer Elternbeitrag gilt als für Kinder in den übrigen Kindergartenjahrgängen. **In diesem Fall sind bei der Zahl der Kindergartenkinder in Zeile 3 die Kinder im Schulvorbereitungsjahr nicht mitanzugeben.**

b) Einnahmen aus Beitragszahlungen der Eltern für Notbetreuung

Einnahmen aus Beiträgen für in der Einrichtung betreute Kinder, soweit sie nicht den Elternbeitrag in der Standortgemeinde übersteigen, für den Schließzeitraum in Euro	
---	--

Sollten in diesem Zeitraum für nicht betreute Kinder Elternbeiträge erhoben worden sein, können sie nachträglich erlassen und verrechnet werden (bis zur Höhe des in der Standortgemeinde geltenden Elternbeitrages) und sind dann hier nicht mit anzugeben.

Zu den hier relevanten Einnahmen aus Elternbeiträgen für betreute Kinder gehören nicht die Einnahmen aus Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 90 Abs. 4 SGB VIII (sind unter c) erfasst).

Sollten in der Standortgemeinde für das Schulvorbereitungsjahr oder den Hort grundsätzlich keine Elternbeiträge erhoben werden, sind hier Einnahmen des Antragstellers aus Elternbeiträgen für Kinder im Schulvorbereitungsjahr oder im Hort nicht mit anzugeben.

c) Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe

Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 90 Abs. 4 SGB VIII in Höhe des zweifachen Monatsbetrages Januar 2021 in Euro	
---	--

Durch den Antragsteller einzutragen, ggf. bei den Eltern zu erfragen. Relevant sind hier nur die Beträge bis zur Höhe des in der Standortgemeinde geltenden Elternbeitrages, die für Januar 2021 an die Kitaträger oder Eltern ausgezahlt wurden oder nachträglich ausgezahlt werden.

d) Zuschussbetrag

Zweifacher Monatsbetrag Elternbeitrag nach a) abzüglich Einnahmen aus Beiträgen der Eltern für Notbetreuung nach b) und abzüglich Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach c) = Zuschussbetrag 14.12.20 - 14.02.21 in Euro	
--	--

4. Erklärung

Wir erklären die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben.

Unterschrift(en) des/der Zeichnungsberechtigten des Trägers

Anlage 4 b
(zu Ziffer V Nummer 3 Buchstabe c)

Träger _____ Kita _____
--

Ort _____ Datum _____
--

Landesdirektion Sachsen Altchemnitzer Straße 41 09120 Chemnitz

**Antrag auf Leistungen für Empfänger nach Ziffer III Nummer 2
der VwV Ausgleich entgangene Elternbeiträge 2021 für Schließzeiträume
ab 15.02.2021 bis zum 31.12.2021 (Ziffer V Nummer 3 Buchstabe c)**

1. Antragsteller

Name	
Anschrift (Str., PLZ, Ort)	
Auskunft erteilt (Name)	Telefon
E-Mail	

Bankverbindung:

Kontoinhaber
IBAN

2. Voraussetzungen für die Gewährung der Billigkeitsleistung

Die Kindertageseinrichtung, für die die Leistung beantragt wird, ist in den Bedarfsplan des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe aufgenommen.	Ja	nein
In der Einrichtung wurden/werden im Umfang des gewährten Zuschusses im Schließzeitraum/nach dem Schließzeitraum, jedoch spätestens zwei Monate nach Auszahlung, für Kinder ohne Notbetreuung Elternbeiträge gemindert.	Ja	nein

Bitte „ja“ oder „nein“ ankreuzen.

3. Berechnung des Zuschusses für den Schließzeitraum/die Schließzeiträume*

_____ ; _____ ; _____ ; _____

* Bitte Datum des Beginns und der Beendigung des Schließzeitraums/der Schließzeiträume angeben.

a) Anzahl Schließtage im Schließzeitraum/in den Schließzeiträumen: _____**b) Elternbeitrag, bezogen auf Höhe in Standortgemeinde (§ 15 Abs. 2 SächsKitaG)**

Betreuungsart		1	2	3	4
		Anzahl rechnerische 9-h-Kinder, im Hort abweichend 6-h-Kinder beim Antragsteller am 1. April 2021*	geltender Elternbeitrag je Platz in Euro/Monat nach § 15 Abs. 2 SächsKitaG für 9 h, im Hort abweichend für 6 h, in der Standortgemeinde am 1. April 2021*	Elternbeitrag für Anzahl Kinder am 1. April 2021* in Euro/Tag (Spalte 1 x Spalte 2 : 20)	Elternbeitrag für Schließzeitraum/ Schließzeiträume in Euro (Spalte 3 x Anzahl Schließtage gemäß a)
1	Krippe				
2	Schulvorbereitungsjahr				
3	Kindergarten				
4	Hort				
5	gesamt				

Die in Spalte 1 einzutragenden Kinderzahlen sind aus dem Antrag auf Landeszuschuss nach § 14 Abs. 5 SächsKitaG in Verbindung mit § 2 SächsKitaFinVO für das Jahr 2022 zu übernehmen und bei Hortkindern auf rechnerische 6-h-Kinder umzurechnen.

Eine rechnerische Anzahl von 9-h-Kindern im **Schulvorbereitungsjahr** in Zeile 2 ist nur dann anzugeben, wenn für Kinder im Schulvorbereitungsjahr in der Standortgemeinde ein anderer Elternbeitrag gilt als für Kinder in den übrigen Kindergartenjahrgängen. **In diesem Fall sind bei der Zahl der Kindergartenkinder in Zeile 3 die Kinder im Schulvorbereitungsjahr nicht mitanzugeben.**

*** Für Schließzeiträume ab dem 1. September 2021 sind abweichend die Kinderzahlen und Elternbeiträge des 1. September 2021 einzutragen!**

Hat sich in der Standortgemeinde der geltende Elternbeitrag nach dem Stichtag 1. April (oder 1. September) verändert, gilt abweichend der neu festgelegte Elternbeitrag. Ist dies der Fall, hier bitte Datum des Inkrafttretens der Beitragsänderung angeben:

c) Einnahmen aus Beitragszahlungen der Eltern für Notbetreuung

Einnahmen aus Beiträgen für in der Einrichtung betreute Kinder, soweit sie nicht den Elternbeitrag in der Standortgemeinde übersteigen, für den Schließzeitraum/die Schließzeiträume in Euro	
--	--

Sollten in diesem Zeitraum für nicht betreute Kinder Elternbeiträge erhoben worden sein, können sie nachträglich erlassen und verrechnet werden (bis zur Höhe des in der Standortgemeinde geltenden Elternbeitrages) und sind dann hier nicht mit anzugeben.

Zu den hier relevanten Einnahmen aus Elternbeiträgen für betreute Kinder gehören nicht die Einnahmen aus Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 90 Abs. 4 SGB VIII (sind unter d) erfasst).

Sollten in der Standortgemeinde für das Schulvorbereitungsjahr oder den Hort grundsätzlich keine Elternbeiträge erhoben werden, sind hier Einnahmen des Antragstellers aus Elternbeiträgen für Kinder im Schulvorbereitungsjahr oder im Hort nicht mit anzugeben.

d) Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe

	1	2	3
Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 90 Abs. 4 SGB VIII für den Schließzeitraum/die Schließzeiträume	Monatsbetrag April 2021* in Euro	Tagesbetrag April 2021* in Euro (Spalte 1 : 20)	Betrag für Schließzeitraum/ Schließzeiträume in Euro (Schließstage nach a) x Spalte 2)

Durch den Antragsteller einzutragen, ggf. bei den Eltern zu erfragen. Relevant sind die Beträge bis zur Höhe des in der Standortgemeinde geltenden Elternbeitrages, die für den Schließzeitraum an den Kitaträger oder die Eltern ausgezahlt wurden oder nachträglich ausgezahlt werden.

*** Für Schließzeiträume ab dem 1. September 2021 ist abweichend der Monatsbeitrag für den September 2021 einzutragen!**

Hat sich in der Standortgemeinde der geltende Elternbeitrag nach dem Stichtag 1. April (oder 1. September) verändert, wird abweichend der neu festgelegte Elternbeitrag berücksichtigt. In diesem Fall sind die konkreten Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe im Schließzeitraum/in den Schließzeiträumen einzutragen.

e) Zuweisungsbetrag

Elternbeitrag nach b) abzüglich Einnahmen aus Beiträgen der Eltern für Notbetreuung nach c) und abzüglich Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach d) = Zuschussbetrag Schließzeitraum/Schließzeiträume in Euro	
---	--

4. Erklärung

Wir erklären die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben.

Unterschrift(en) des/der Zeichnungsberechtigten des Trägers

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über die Erteilung einer Erlaubnis für den Betrieb einer Jugendhilfeeinrichtung (VwVERlJugHiE)

Vom 18. Juni 2021

Zur Durchführung von § 45 des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder und Jugendhilfe – in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Juni 2021 (BGBl. I S. 1444) geändert worden ist, wird bestimmt:

Teil A Einweisung in die Anwendung

I. Geltungsbereich

Diese Verwaltungsvorschrift gilt für Einrichtungen und Wohnformen, in denen Kinder und Jugendliche ganztägig oder für einen Teil des Tages betreut werden oder Unterkunft erhalten und die nach § 45 und § 48 a des Achten Buches Sozialgesetzbuch einer Erlaubnis bedürfen.

Dazu gehören insbesondere

1. sozialpädagogisch begleitete Wohnformen (§ 13 Absatz 3 des Achten Buches Sozialgesetzbuch),
2. gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder (§ 19 des Achten Buches Sozialgesetzbuch),
3. Tagesgruppen (§ 32 des Achten Buches Sozialgesetzbuch),
4. Einrichtungen der Hilfe zur Erziehung über Tag und Nacht und sonstige betreute Wohnformen (§ 34 des Achten Buches Sozialgesetzbuch),
5. Wohnformen zur intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung (§ 35 des Achten Buches Sozialgesetzbuch),
6. Wohnformen zur Leistungsgewährung nach § 35a Absatz 2 Nummer 2 und 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch) und
7. Formen der Unterbringung zur Inobhutnahme (§§ 42, 42a des Achten Buches Sozialgesetzbuch).

II. Ausschluss der Anwendung

Diese Verwaltungsvorschrift gilt nicht für Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege gemäß § 22 des Achten Buches Sozialgesetzbuch. Sie gilt nicht für Einrichtungen für behinderte Kinder und Jugendliche gemäß Nummer 1.2 der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Jugend und Familie für den Betrieb von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen vom 16. Juni 2000 (SächsABl. S. 517), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 26. November 2019 (SächsABl. SDR. S. S 404).

Teil B Allgemeine Grundsätze

I. Erteilung der Betriebserlaubnis

Die Erlaubnis für den Betrieb der Einrichtung nach § 45 des Achten Buches Sozialgesetzbuch oder der sonstigen betreuten Wohnform nach § 48a des Achten Buches Sozialgesetzbuch ist gemäß § 45 Absatz 2 Satz 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch zu erteilen, wenn das Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung oder der Wohnform gewährleistet ist.

II. Wohl der Kinder und Jugendlichen

1. Ziel der pädagogischen Arbeit in den Einrichtungen ist es, die individuelle und soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu fördern. Dies beinhaltet die stetige Weiterentwicklung der Konzeption entsprechend des Bedarfs.
2. Das Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung oder der Wohnform ist in der Regel dann gewährleistet, wenn die dem Zweck und der Konzeption der Einrichtung entsprechenden
 - a) räumlichen (vergleiche Teil C, § 45 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 Alternative 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch),
 - b) fachlichen (vergleiche Teil D, § 45 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 Alternative 2 des Achten Buches Sozialgesetzbuch),
 - c) personellen (vergleiche Teil E, § 45 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 Alternative 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch) Voraussetzungen für den Betrieb erfüllt und
 - d) die in § 45 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 und Nummer 3 des Achten Buches Sozialgesetzbuch gestellten Anforderungen eingehalten sind.
3. Die räumlichen, fachlichen, wirtschaftlichen und personellen Voraussetzungen sind vom Zweck und der Konzeption der jeweiligen Einrichtungen abhängige Mindestanforderungen. Diese können insbesondere nach Alter und Entwicklungsstand der Kinder und Jugendlichen differieren. Erfüllt oder übertrifft der Einrichtungsträger in der jeweiligen Einrichtung die Mindeststandards, welche das Wohl der Kinder und Jugendlichen gewährleisten, sind die Voraussetzungen an die Betriebserlaubnis

erteilung nach § 45 Absatz 2 Satz 2 des Achten Buches Sozialgesetzbuch unter Bezugnahme auf die vom Antragsteller nach § 45 Absatz 3 Nummer 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch vorgelegte Einrichtungskonzeption als erfüllt zu erachten. In der Betriebserlaubnis sind die in der jeweiligen Einrichtung erforderlichen Mindeststandards auszuweisen, die für die Gewährleistung des Kindeswohls erforderlich sind.

4. Besondere Vorkommnisse, die das Wohl der Kinder und Jugendlichen, den Betrieb der Einrichtung und die Sicherheitsbestimmungen in der Einrichtung betreffen, sind unverzüglich dem Landesjugendamt und dem zuständigen Jugendamt mitzuteilen.
5. Der Träger ist im Bescheid zu verpflichten, das Landesjugendamt und den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe unverzüglich über wirtschaftliche Schwierigkeiten der Einrichtung zu unterrichten, die die Versorgung der jungen Menschen oder den Bestand der Einrichtung gefährden können.

Teil C Räumliche Voraussetzungen

I. Sicherheit

1. Räume, Anlagen und sonstige Einrichtungen müssen so beschaffen sein, dass sie dem Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung gerecht werden.
2. Für die Einhaltung der Vorschriften des Baurechts, der Bestimmungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes und der Regelungen zum Schutz vor Unfällen und Bränden sowie für die Durchführung notwendiger sicherheitstechnischer Prüfungen von Anlagen und Einrichtungen ist der Einrichtungsträger verantwortlich. Dem Landesjugendamt sind auf Verlangen einschlägige Stellungnahmen und Nachweise der für die Prüfung zuständigen Behörden und Stellen vorzulegen.
3. Alter und Entwicklungsstand der Kinder oder Jugendlichen sowie die Art der Einrichtung können besondere Sicherungsmaßnahmen erfordern.
Zu nennen sind insbesondere:
 - a) Heizkörper- und Steckdosensicherung,
 - b) Absicherung von Mischbatterien in Duschen und Bädern zur Vermeidung von Verbrühungsgefahr,
 - c) Verzicht auf Schwing- und Pendeltüren,
 - d) Verzicht auf Verglasungen von Fenstern, Wänden und Türen, die bis zum Boden reichen, beziehungsweise Verwendung von Sicherheitsglas,
 - e) Schutzvorrichtungen an Fenstern, Glastüren, Treppengeländern, Balkonen und Kellerschächten,
 - f) Zäune am Freigelände.

II. Lage, Bau und Ausstattung

1. Der Einrichtungsträger hat nachzuweisen, dass er bei der Wahl des Standortes die sich aus Zweck, Aufgabe und Konzeption der Einrichtung ergebenden Anforderungen an das soziale Integrationspotential der Wohnumgebung, die Nähe zu Schulen und Ausbildungsstätten, die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr, sowie eine gesunde Wohnumwelt beachtet und mit dem

Wohl der Kinder und Jugendlichen in Einklang gebracht hat. Einrichtungen sind nicht zulässig in Gebäuden, in denen sich eine Gaststätte, eine Spielhalle oder ein ähnlicher Betrieb befindet.

2. Der Einrichtungsträger hat nachzuweisen, dass dem Bedürfnis von Kindern und Jugendlichen nach Spiel und Bewegung in der Freizeit durch die Gestaltung der Einrichtung (zum Beispiel Zugang zu einem Freigelände), die Einbettung in die Umgebung oder Angebote zur Freizeitbetreuung entsprochen wird.
3. In Einrichtungen über Tag und Nacht sollen Kinder und Jugendliche in Gruppen betreut werden, denen jeweils ein eigenständiger Wohnbereich zugeordnet ist. Die Gestaltung der Wohnbereiche soll eine der pädagogischen Konzeption entsprechende räumliche Begrenzung des Alltagslebens der Gruppen voneinander erlauben. Küche und Aufenthaltsräume sind in der Regel der Gruppe zuzuordnen. Eine gemeinschaftliche Nutzung von weiteren Funktionsräumen durch mehrere Gruppen ist in der Regel zulässig.
4. Für die bauliche Gestaltung und die Ausstattung gilt:
 - a) Einrichtungen zur Unterbringung über Tag und Nacht sind mit Ein- oder Zweibettzimmern auszustatten, wobei Einbettzimmer eine Mindestfläche von 8 m² und Doppelzimmer eine Mindestfläche von 14 m² haben müssen. Der Einrichtungsträger hat dafür Sorge zu tragen, dass im Bedarfsfall Einzelunterbringungen ermöglicht werden können. Bei Einrichtungen nach § 19 des Achten Buches Sozialgesetzbuch muss das Zimmer für Mutter/Vater und Kind mindestens 14 m² groß sein.
 - b) Bei Tagesgruppen beträgt die Mindestfläche 10 m² pro Kind oder Jugendlichen bezogen auf die Einrichtung.
 - c) Fenster sind bei direkter Sonneneinstrahlung mit Sonnen- oder Blendschutzvorrichtungen zu versehen.
 - d) Fußböden müssen trittsicher und splitterfrei sein.
 - e) Bei mehr als sechs Bewohnern sind mehrere, für Bewohner ab dem siebten Lebensjahr auch nach Geschlechtern getrennte, Toiletten, Wasch- und Duschmöglichkeiten vorzusehen.
 - f) Für Personal ist eine separate Toilette mit Handwaschmöglichkeit sowie ein Raum für Bereitschaftszeiten und Beratungen vorzuhalten.
 - g) Durchgangs- und „gefangene“ Zimmer sind als Bewohnerzimmer nicht zulässig.
5. Dem Schutzraumcharakter von Inobhutnahmestellen muss Rechnung getragen werden. Es muss eine erkennbare räumliche Trennung zwischen Plätzen nach § 42 des Achten Buches Sozialgesetzbuch und anderen Einrichtungen beziehungsweise Einrichtungsteilen bestehen (zum Beispiel abgegrenzter Bereich, eigene Zugänge et cetera).

Teil D Fachliche Voraussetzungen

Die Einrichtung bedarf einer schlüssigen Konzeption in Bezug auf ihren Zweck und ihre Ziele. Dabei ist die Selbstständigkeit der Träger der freien Jugendhilfe zu achten. Die Erlaubnis ist zu versagen, wenn die angewandten Methoden und Prinzipien der Erziehung eine Gefährdung des Wohls der Kinder oder Jugendlichen darstellen.

Teil E Personelle Voraussetzungen

I. Allgemeines

Die Prüfung der Eignung des Personals obliegt dem Einrichtungsträger. Dieser hat vor der Aufnahme des Betriebs der Einrichtung und vor dem Einsatz weiteren oder anderen Personals nachzuweisen, dass aufgabenspezifische Ausbildungsnachweise und erweiterte Führungszeugnisse nach § 30a Absatz 1 des Bundeszentralregistergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1984 (BGBl. I S. 1229, 1985 I S. 195), das zuletzt durch das zuletzt durch Artikel 15 Absatz 7 des Gesetzes vom 4. Mai 2021 (BGBl. I S. 882) geändert worden ist, beim Einrichtungsträger vorliegen sowie Behördenführungszeugnisse nach § 30 Absatz 5 des Bundeszentralregistergesetzes zur Vorlage beim Landesjugendamt abgefordert sind. Durch Nebenbestimmung ist zu gewährleisten, dass der Einrichtungsträger im Abstand von höchstens fünf Jahren Führungszeugnisse erneut anfordert und prüft. § 47 des Achten Buches Sozialgesetzbuch bleibt unberührt.

II. Qualifikation

1. **Leitung**
Erforderlich ist eine Fachkraft, die eine mindestens zweijährige berufliche Tätigkeit im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe nachweisen kann und über ausreichende Kenntnisse in Sozialpädagogik und Sozialmanagement verfügt. Größe und Aufgabenstellung der Einrichtung können eine wissenschaftlich ausgebildete Fachkraft (Studium der Sozialpädagogik oder des Sozialmanagements, postgradualer Studiengang oder Weiterbildung in Sozialmanagement) erfordern.
2. **Fachkräfte**
Pädagogische Fachkräfte im Sinne von § 29 Absatz 1 Satz 1 des Landesjugendhilfegesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. September 2008 (SächsGVBl. S. 578), das zuletzt durch Artikel 23 des Gesetzes vom 11. Mai 2019 (SächsGVBl. S. 358) geändert worden ist, sind:
 - a) staatlich anerkannte Erzieher, Sozialarbeiter, Sozialpädagogen;
 - b) Personen mit abgeschlossenem Studium der Sozialpädagogik, Sozialarbeit, soziale Arbeit oder Erziehungswissenschaften mit Schwerpunkt/Hauptfach Sozialpädagogik;
 - c) Heilpädagogen mit Fachschul- und Hochschulabschluss;
 - d) Personen mit abgeschlossener Weiterbildung zur Fachkraft für soziale Arbeit;
 - e) Kindheitspädagogen in Abhängigkeit des Tätigkeitsfeldes.Andere nach Vorbildung und Erfahrung geeignet erscheinende Personen dürfen im Einzelfall auf Antrag des Trägers der Einrichtung mit Zustimmung des Landesjugendamtes eingesetzt werden; die Zustimmung kann unter Auflagen erfolgen. Auf § 29 des Landesjugendhilfegesetzes wird verwiesen. Personen in Ausbildung dürfen unter Anleitung der pädagogischen Fachkräfte mit Zustimmung der Erlaubnis-

behörde als Zusatzpersonal eingesetzt werden. Ab dem letzten Ausbildungsjahr können diese im Mindestpersonalbestand berücksichtigt werden.

III. Personelle Besetzung

1. Der Einrichtungsträger hat vor der Erteilung der Betriebserlaubnis die Leitungs- und Betreuungskräfte und deren Beschäftigungsumfang anzugeben. Die Betriebserlaubnis darf nur erteilt werden, wenn durch die geplante personelle Besetzung der Personalmindestbedarf gedeckt ist.
2. Der Einrichtungsträger ist zur Einhaltung des Personalmindestbedarfs und zur unverzüglichen Anzeige von Änderungen der Angaben nach Nummer 1 und der Konzeption zu verpflichten. Die Betriebserlaubnis ist mit dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall zu versehen, dass der Personalmindestbedarf bezogen auf die Belegung der Einrichtung nicht eingehalten ist oder Änderungen nicht mitgeteilt werden.
3. Zur Bestimmung des Personalmindestbedarfs gilt für Angebote nach § 13 Absatz 3 und § 32 des Achten Buches Sozialgesetzbuch Folgendes:
 - a) sozialpädagogisch begleitete Wohnformen (§ 13 Absatz 3 des Achten Buches Sozialgesetzbuch): eine Fachkraft für acht junge Menschen;
 - b) Tagesgruppen (§ 32 des Achten Buches Sozialgesetzbuch): eine Fachkraft für vier Kinder oder Jugendliche bei einer Gruppenstärke von maximal zehn Kindern oder Jugendlichen.
4. Zur Bestimmung des Personalmindestbedarfs gilt für Angebote nach §§ 19, 34, 42 und 42a des Achten Buches Sozialgesetzbuch Folgendes:
 - a) Gruppenstärke: maximal zehn Kinder/Jugendliche;
 - b) Personalbemessung
Die personelle Mindestbesetzung muss entsprechend der Anzahl der Gruppen und der Gruppenstärke, dem Alter der zu betreuenden Kinder und Jugendlichen und der festgelegten Platzkapazität gewährleistet sein.
 - c) Einrichtungen nach §§ 19, 34 und insbesondere 35a des Achten Buches Sozialgesetzbuch haben zur Umsetzung des fachlichen Auftrags und zur Erfüllung der Aufsichtspflicht die Tages- und Nachtbetreuung zu gewährleisten. Bei der Berechnung des Personalmindestbedarfes soll die Konzeption, welche Bestandteil der Betriebserlaubnis ist, berücksichtigt werden. Räumliche Besonderheiten, die Aufnahmebereitschaft, das Alter der zu Betreuenden sowie ein besonderer Betreuungsbedarf können zusätzliches Personal und Ausstattung erfordern.
 - d) Einrichtungen der Inobhutnahme nach §§ 42, 42a des Achten Buches Sozialgesetzbuch haben die Aufnahmebereitschaft und Betreuung über Tag und Nacht sicherzustellen.
5. Jede Einrichtung hat eine pädagogische Leitung. Die gruppenfreie Zeit für die pädagogische Leitung ist mit einem Sechzehntel Vollzeitäquivalent je Vollzeitäquivalent an Fachkräften zu bemessen.

Teil F
Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt mit Wirkung vom 18. Juni 2021 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verwaltungsvor-

schrift des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales für den Betrieb von Jugendhilfeeinrichtungen vom 31. März 2006 (SächsABl. S. 414), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 26. November 2019 (SächsABl. SDR. S. S 404), außer Kraft.

Dresden, den 18. Juni 2021

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Petra Köpping

**Gemeinsame Förderrichtlinie
des Sächsischen Staatsministeriums
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
und des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz
und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
zur Förderung von Maßnahmen zum Aufbau von Sozialen Orten
und Orten der Demokratie als Orte des Gemeinwesens
(Förderrichtlinie Orte des Gemeinwesens – FRL Orte)**

Vom 22. Juni 2021

**Teil 1
Allgemeine Bestimmungen**

I.

Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

1. Der Freistaat Sachsen gewährt nach den §§ 23, 44 und 44a der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, den Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDR. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 16. April 2021 (SächsABl. S. 434) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDR. S. S 352), in den jeweils geltenden Fassungen und nach Maßgabe dieser Richtlinie Zuwendungen zur Förderung des sozialen Miteinanders im Freistaat Sachsen und der demokratischen Kultur im lokalen Gemeinwesen.
2. Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.
3. Nach Maßgabe dieser Förderrichtlinie können nur Maßnahmen gefördert werden, für die keine Förderung nach anderen Programmen des Freistaates Sachsen beantragt werden kann.

II.

Gegenstand der Förderung

Gefördert werden folgende Maßnahmen:

- A. Landesprogramm „Soziale Orte“,
- B. Landesprogramm „Orte der Demokratie“

III.

Verfahren

1. Die jeweilige Bewilligungsbehörde ist in Teil 2 „Besondere Bestimmungen“ benannt.
2. Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die Verwaltungs-

vorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.

3. Der Verwendungsnachweis ist innerhalb von vier Monaten nach Ablauf des Bewilligungszeitraums bei der jeweiligen Bewilligungsbehörde vorzulegen. Bei überjährigen Bewilligungen hat der Zuwendungsempfänger innerhalb von vier Monaten nach Ablauf eines Haushaltsjahres über die in diesem Jahr erhaltenen Beträge einen Zwischennachweis bei der jeweiligen Bewilligungsbehörde vorzulegen. Die Vordrucke der jeweiligen Bewilligungsbehörde sind dabei zu verwenden.

IV.

Besondere Zuwendungsbestimmung

Die Träger aller geförderten Maßnahmen müssen auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen und haben eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit zu gewährleisten. Der Zuwendungsempfänger darf nach seiner Satzung oder seinem tatsächlichen Verhalten keine Bestrebungen im Sinne des § 3 Absatz 1 des Sächsischen Verfassungsschutzgesetzes vom 16. Oktober 1992 (SächsGVBl. S. 459), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Mai 2019 (SächsGVBl. S. 312) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, unterhalten oder fördern. Diese Formulierung ist auch in den Zuwendungsbescheid aufzunehmen. Der Zuwendungsempfänger hat diese Bestimmung während des gesamten Bewilligungszeitraums zu erfüllen. Ein Verstoß hat den Widerruf und die Rückforderung der Zuwendung zur Folge.

Teil 2

Besondere Bestimmungen

A.

Landesprogramm „Soziale Orte“

I.

Zuwendungszweck

Zweck der Zuwendung ist die Stärkung des lokalen Gemeinwesens, insbesondere im ländlichen Raum. Durch die Zuwendung sollen vornehmlich lokale Gruppen darin unterstützt werden, Orte der Begegnung und des Austausches zu schaffen, fortzuführen oder auszubauen. Hierdurch sollen Strukturen vor Ort gefestigt, erneuert oder neu geschaffen werden, in denen soziale Angebote von lokalem Nutzen erbracht werden können. Insbesondere soll der gesellschaftli-

che Zusammenhalt in benachteiligten Quartieren oder in von Abwanderung geprägten Gemeinden gefördert werden.

II.

Gegenstand der Förderung

Gefördert werden Maßnahmen, die die Gestaltung und den Ausbau von Sozialen Orten zum Ziel haben. Soziale Orte werden insbesondere durch die folgenden Merkmale charakterisiert:

- a) Sie dienen der Begegnung und dem Austausch unterschiedlicher Zielgruppen untereinander und miteinander.
- b) Sie sind zielgruppen- und themenübergreifend ausgerichtet und gemeinwesenorientiert. Sie dienen der Verfolgung gemeinnütziger Ziele.
- c) Es werden durch sie Menschen vor Ort zur gemeinschaftlichen Beteiligung am lokalen Gemeinwesen aktiviert.
- d) Sie stehen als Orte für gemeinnützige soziale Dienstleistungen zur Verfügung. Die geschaffenen Räume stehen nach Möglichkeit auch anderen Nutzerinnen, Nutzern und Nutzergruppen zur selbstorganisierten Nutzung offen.
- e) Sie sind an den lokalen und gemeinwesenorientierten Erfordernissen ausgerichtet und in lokale oder regionale Netzwerke eingebunden.

III.

Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger können sein

1. gemeinnützige Vereine, Verbände und gemeinnützige Gesellschaften, die juristische Personen des Privatrechts sind,
2. juristische Personen des öffentlichen Rechts außerhalb der Staatsverwaltung des Freistaates.

IV.

Zuwendungsvoraussetzungen

1. Förderfähig sind Maßnahmen, die im Freistaat Sachsen durchgeführt werden. Der Träger muss im Freistaat ansässig sein und seine lokale Verankerung darstellen.
2. Die Maßnahmen werden grundsätzlich in Gemeinden mit weniger als 40 000 Einwohnerinnen und Einwohnern durchgeführt oder weisen einen konkreten bedarfsorientierten Stadtteilbezug auf.
3. Besteht für die zu fördernden Maßnahmen auch eine Förderung durch Programme des Bundes oder der Europäischen Union (EU), erfolgt die Förderung nach dieser Richtlinie grundsätzlich nachrangig.

V.

Art und Umfang, Höhe der Förderung

1. Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilsfinanzierung in Form eines Zuschusses gewährt. Maßnahmen können mit einer maximalen Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt werden. Eine einmalige Verlängerung um bis zu maximal zwei Jahre bis längstens 31. Dezember 2024 ist auf Antrag möglich.
2. Der Fördersatz beträgt bis zu 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben, in begründeten Ausnahmefäl-

len bis zu 100 Prozent. Bezüglich der Vollfinanzierung hat der Zuwendungsempfänger nachzuweisen, dass die Erbringung des Eigenanteils wegen fehlender Eigenmittel unmöglich und die Erbringung von unbaren Leistungen unzumutbar ist.

3. Zuwendungsfähig sind projektbezogene Personal- und Sachausgaben.
4. Investitionen können gefördert werden, wenn sie zur Gestaltung des Sozialen Ortes zwingend notwendig sind. Darüber entscheidet die Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit dem zuständigen Ministerium. Zuwendungsfähig sind grundsätzlich Instandsetzung, Modernisierung und Erneuerung (Umbau beziehungsweise Ausbau) von Gebäuden sowie notwendige Ausstattung für den Sozialen Ort bis zu einer Höhe von 50 000 Euro je Maßnahme.
5. Der Eigenanteil im Projekt kann durch projektbezogene unbare Leistungen des Zuwendungsempfängers erbracht werden. Diese können als Arbeitsleistungen in Form von unbezahlten freiwilligen Arbeitsstunden erfolgen; die Stundenbewertung entspricht der Höhe des jeweils gültigen Mindestlohns gemäß § 1 Absatz 2 des Mindestlohngesetzes vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 10. Juli 2020 (BGBl. I S. 1657) geändert worden ist. Der Wert der unbaren Leistungen darf 5 000 Euro pro Maßnahme nicht übersteigen. Der Wert der unbaren Leistungen muss im Einzelnen in der Antragstellung und im Verwendungsnachweisverfahren dargestellt werden.

VI.

Verfahren

1. Bewilligungsbehörde ist die Sächsische Aufbaubank – Förderbank (SAB).
2. Im Vorfeld der Antragstellung ist ein Interessenbekundungsverfahren durchzuführen. Für die Interessenbekundung haben interessierte Träger bei der Bewilligungsbehörde ein Konzept zur Ausgestaltung eines Sozialen Ortes unter Berücksichtigung der jeweiligen lokalen Situation vorzulegen. Das Konzept muss die Gesamtzielsetzung und die vorgesehenen einzelnen Bestandteile der Maßnahme beschreiben sowie einen vorläufigen Zeitplan und eine vorläufige Ausgabenplanung enthalten.
3. Die Interessenbekundung muss zu einem bestimmten Stichtag erfolgen, auf den mindestens einen Monat zuvor im Sächsischen Amtsblatt hingewiesen wurde. Die Auswahlkriterien werden mit dem Aufruf zur Interessenbekundung bekannt gemacht.
4. Die Bewilligungsbehörde überprüft sowohl die Eignung der interessierten Träger als auch die Eignung der von ihnen vorgelegten Konzepte im Hinblick auf den Zuwendungszweck. Hält sie die Eignung eines Trägers und seines Konzeptes für gegeben, fordert sie ihn auf, einen Förderantrag zu stellen.
5. Die Bewilligungsbehörde kann nur im Einvernehmen mit dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (SMS) zur Antragstellung auffordern. Das SMS hat vor Erteilung seines Einvernehmens die Stellungnahme eines von der Staatsministerin berufenen unabhängigen Beirates einzuholen.

6. Der Beirat hat ausschließlich beratende Funktion. Seine Mitglieder sind persönlich und fachlich unabhängig. Sie werden nicht als Repräsentantinnen oder Repräsentanten von bestimmten Institutionen berufen, sondern allein wegen ihrer Sachkunde. Gleichwohl soll der Beirat in seiner Zusammensetzung eine große Bandbreite von Bereichen widerspiegeln, die für den Fördergegenstand relevant sind. Es sollen insbesondere Fachleute aus der Kommunalverwaltung, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft berufen werden.
7. Die Bewilligungsbehörde erteilt denjenigen Trägern, die sie nicht zur Antragstellung aufgefordert hat, einen ablehnenden Bescheid.

B.

Landesprogramm „Orte der Demokratie“

I.

Zuwendungszweck

Zweck der Zuwendung ist die Stärkung des lokalen Gemeinwesens insbesondere im ländlichen Raum. Durch die Zuwendung sollen vornehmlich lokale Gruppen darin unterstützt werden, Orte der Demokratie und des demokratischen Austausches zu schaffen, fortzuführen oder auszubauen. Hierdurch sollen Strukturen in Quartieren und Gemeinden vor Ort gefördert, gefestigt, erneuert oder neu geschaffen werden, in denen demokratiestärkende Angebote von lokalem Nutzen erbracht werden können. Insbesondere sollen an diesen Orten Methoden und Praktiken politischer Debatte und Meinungsbildung Anwendung finden, die die Demokratie stärken.

II.

Gegenstand der Förderung

Gefördert werden Maßnahmen, die der Gestaltung und dem Ausbau von Orten der Demokratie dienen. Orte der Demokratie werden insbesondere durch die folgenden Merkmale charakterisiert:

- a) Sie dienen der Begegnung, dem Austausch und der Vernetzung gemischter Zielgruppen untereinander und miteinander. Gemischte Zielgruppen zeichnen sich durch hohe Heterogenität aus und bilden die Gesellschaft vor Ort in möglichst großer Breite ab.
- b) Sie ermöglichen Diskussionen, Debatten und Meinungsbildung zu den vor Ort relevanten Themen.
- c) Es werden gemischte Zielgruppen begleitet und unterstützt, um Methoden und Praktiken der politischen Debatte und Meinungsbildung zu erproben, anzuwenden und zu vertiefen, um so demokratische Kompetenzen zu erweitern.
- d) Sie stehen als Orte für demokratiebezogene Maßnahmen zur Verfügung. Die geschaffenen Räume stehen nach Möglichkeit auch anderen auch anderen Nutzerinnen, Nutzern und Nutzergruppen für deren selbstorganisierte Prozesse demokratischer Praxis zur Verfügung.
- e) Sie sind an den lokalen und gemeinwesenorientierten Erfordernissen ausgerichtet und in lokale oder regionale Netzwerke eingebunden.

III.

Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger können sein

1. gemeinnützige Vereine, Verbände und gemeinnützige Gesellschaften, die juristische Personen des Privatrechts sind,
2. juristische Personen des öffentlichen Rechts außerhalb der Staatsverwaltung des Freistaates.

IV.

Zuwendungsvoraussetzungen

1. Förderfähig sind Maßnahmen, die im Freistaat Sachsen durchgeführt werden. Der Träger muss im Freistaat ansässig sein und seine lokale Verankerung darstellen.
2. Ein Träger erhält Zuwendungen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
 - a) Die Maßnahme findet grundsätzlich in Gemeinden mit weniger als 40 000 Einwohnerinnen und Einwohnern statt oder weist einen konkreten bedarfsorientierten Stadtteilbezug auf.
 - b) Für die Durchführung des Projektes steht ein konkreter Ort (Raum, Immobilie, Grundstück) zur Verfügung oder in Aussicht.
 - c) Der Träger ist bereit, mit einer durch die Bewilligungsbehörde beauftragten externen wissenschaftlichen Begleitung zusammenzuarbeiten und am Wissenstransfer mitzuwirken. Im Bewilligungsbescheid wird der vom Zuwendungsempfänger erwartete Umfang der Zusammenarbeit mit der externen wissenschaftlichen Begleitung und der Mitwirkung am Wissenstransfer konkretisiert.
3. Besteht für die zu fördernden Maßnahmen auch eine Förderung durch Programme des Bundes oder der Europäischen Union (EU), erfolgt die Förderung nach dieser Richtlinie grundsätzlich nachrangig.

V.

Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

1. Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilsfinanzierung in Form eines Zuschusses gewährt. Maßnahmen können mit einer maximalen Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt werden. Eine einmalige Verlängerung um bis zu maximal zwei Jahre bis längstens 31. Dezember 2024 ist auf Antrag möglich.
2. Die maximale Zuwendungshöhe beträgt grundsätzlich 100 000 Euro pro Jahr. Der Fördersatz beträgt bis zu 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben, in begründeten Ausnahmefällen bis zu 100 Prozent. Bezüglich der Vollfinanzierung hat der Zuwendungsempfänger nachzuweisen, dass die Erbringung des Eigenanteils wegen fehlender Eigenmittel unmöglich und die Erbringung von unbaren Leistungen unzumutbar ist.
3. Zuwendungsfähig sind projektbezogene Personal- und Sachausgaben.
4. Investitionen können gefördert werden, wenn sie zur Gestaltung eines Ortes der Demokratie zwingend notwendig sind. Darüber entscheidet die Bewilligungsbehörde. Zuwendungsfähig sind grundsätzlich Instandsetzung, Modernisierung und Erneuerung (Umbau beziehungsweise Ausbau) von Gebäuden sowie notwendige Ausstattung für den Ort der Demokratie, insbesondere die

für Digitalisierungsprozesse notwendige technische Ausstattung bis zu einer Höhe von 100 000 Euro je Maßnahme, jedoch nicht mehr als 35 Prozent der Gesamtzuswendung.

5. Der Eigenanteil im Projekt kann durch projektbezogene unbare Leistungen des Zuwendungsempfängers erbracht werden. Diese können als Arbeitsleistungen in Form von unbezahlten freiwilligen Arbeitsstunden erfolgen; die Stundenbewertung entspricht der Höhe des jeweils gültigen Mindestlohns gemäß § 1 Absatz 2 des Mindestlohngesetzes vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 10. Juli 2020 (BGBl. I S. 1657) geändert worden ist. Der Wert der unbaren Leistungen darf 5 000 Euro pro Maßnahme und Zuwendungsempfänger nicht übersteigen. Der Wert der unbaren Leistungen muss im Einzelnen in der Antragsstellung und im Verwendungsnachweisverfahren dargestellt werden.

VI. Verfahren

1. Bewilligungsbehörde ist das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung.
2. Im Vorfeld der Antragstellung ist ein Interessenbekundungsverfahren durchzuführen. Für die Interessenbekundung haben interessierte Träger bei der Bewilligungsbehörde ein Konzept zur Ausgestaltung eines Ortes der Demokratie unter Berücksichtigung der jeweiligen lokalen Situation vorzulegen. Das Konzept muss die Gesamtzielsetzung und die vorgesehenen einzelnen Bestandteile der Maßnahme beschreiben sowie einen vorläufigen Zeitplan und eine vorläufige Ausgabenplanung enthalten.

3. Die Interessenbekundung muss zu einem bestimmten Stichtag erfolgen, auf den mindestens einen Monat zuvor im Sächsischen Amtsblatt hingewiesen wurde. Die Auswahlkriterien werden mit dem Aufruf zur Interessenbekundung bekannt gemacht.
4. Die Bewilligungsbehörde überprüft sowohl die Eignung der interessierten Träger als auch die Eignung der von ihnen vorgelegten Konzepte im Hinblick auf den Verwendungszweck. Hält sie die Eignung eines Trägers und seines Konzeptes für gegeben, fordert sie ihn auf, einen Förderantrag zu stellen.
5. Die Bewilligungsbehörde hat vor Aufforderung zur Antragstellung die Stellungnahme eines Beirates einzuholen.
6. Der Beirat wird von der Bewilligungsbehörde berufen und hat ausschließlich beratende Funktion. Seine Mitglieder sind persönlich und fachlich unabhängig tätig. Sie werden nicht als Repräsentantinnen oder Repräsentanten von bestimmten Institutionen berufen, sondern allein wegen ihrer Sachkunde. Gleichwohl soll der Beirat in seiner Zusammensetzung eine große Bandbreite von Bereichen widerspiegeln, die für den Fördergegenstand relevant sind. Es sollen insbesondere Fachleute aus Landesbehörden oder Kommunalverwaltungen, der politischen Bildung, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft berufen werden.
7. Die Bewilligungsbehörde erteilt denjenigen Trägern, die sie nicht zur Antragstellung aufgefordert hat, einen ablehnenden Bescheid.

Teil 3 Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 22. Juni 2021

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Petra Köpping

Die Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
Katja Meier

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über einen Aufruf zur Interessenbekundung zur Förderung von Sozialen Orten nach der FRL Orte

Vom 22. Juni 2021

1. Vorbemerkung

Im Koalitionsvertrag 2019 bis 2024 „Gemeinsam für Sachsen“ wurde vereinbart, Soziale Orte und Orte der Demokratie zu etablieren.

Ziele sind vor allem die Stärkung des Gemeinwesens und der Demokratiearbeit sowie die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Wegen des Sachzusammenhangs und der gemeinsamen Zielrichtung erschien es sinnvoll, die beiden Vorhaben in einer gemeinsamen Richtlinie zu bündeln.

Soziale Orte sollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, indem sie im öffentlichen kommunalen Raum Orte der Begegnung, der Kommunikation und der sozialen Dienstleistung etablieren (vergleiche Koalitionsvertrag S. 92).

Das Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt ruft mit dieser Bekanntmachung zur Interessenbekundung nur für den Richtlinienenteil 2, Teil A: Landesprogramm Soziale Orte, der FRL Orte vom 22. Juni 2021, (SächsABl. S. 874) auf.

Für den Teil B: Landesprogramm Orte der Demokratie erfolgt eine Bekanntmachung durch das Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung.

2. Anlass der Förderung

Der demografische Wandel zeigt in Sachsen massive Auswirkungen, insbesondere im ländlichen Raum. Demgegenüber zeigt sich in den städtischen Zentren Sachsens, insbesondere in Leipzig und Dresden, eine zunehmende urbane Segregation zwischen begehrten Wohnlagen und benachteiligten Quartieren.

In der Fläche sorgen Abwanderung und demografische Entwicklung zu einer stetigen Verringerung sowohl der öffentlichen als auch der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur. Zurück bleiben überwiegend ältere Menschen, es fehlen die Familien und die aktiven jungen Erwachsenen.

Zentrale Orte des sozialen Miteinanders im ländlichen Raum, wie Geschäfte, Gaststätten oder Kirchen, sind verwaist. Ohne Orte der (zufälligen) Begegnung nimmt kurzfristig der Austausch innerhalb der Dorfgemeinschaft ab. Langfristig wird damit der innere Zusammenhalt und die Vitalität der Gemeinde geschwächt. Damit kann das vorhandene Potenzial für bürgerschaftliches Engagement nicht ausgeschöpft werden.

Zivilgesellschaftliche Strukturen wie Vereine oder Kirchengemeinden verlieren Nachwuchs und engagierte Mitglieder, auch, weil Berufstätige durch lange Pendelwege zu ihren

Arbeitsplätzen zeitlich stark gefordert sind. Die Menschen verlieren das Gefühl, etwas ausrichten zu können.

In städtischen benachteiligten Quartieren belasten soziale Problemlagen den Zusammenhalt und lassen den Bewohnerinnen und Bewohnern zu wenig Ressourcen für lebendiges bürgerschaftliches Engagement.

Die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch Förderung von Orten der sozialen Begegnung und des Engagements, das heißt von sogenannten „Sozialen Orten“, ist deshalb dringend geboten.

3. Ziele der Förderung

Ziel der Zuwendung ist die Stärkung des lokalen Gemeinwesens. Der Schwerpunkt liegt auf entwicklungsbedürftigen Räumen, vor allem im ländlichen Bereich, aber auch benachteiligte¹ Quartiere in Städten werden gefördert. Durch die Zuwendung können vornehmlich lokale Gruppen darin unterstützt werden, Orte der Begegnung und des Austausches zu etablieren. Mit der Schaffung von Sozialen Orten soll vorhandenes bürgerschaftliches Engagement gestärkt und stabilisiert werden.

Es wird der Aufbau Sozialer Orte, aber auch die Erweiterung bereits bestehender Orte angestrebt, zum Beispiel die Nutzung eines Dorfgemeinschaftshauses als Ort des Gemeinwesens.

Soziale Orte werten vor allem den ländlichen Raum mit all seinen Facetten auf und dienen damit dem Bemühen um gleichwertige Lebensverhältnisse. Durch vernetzte, integriert angebotene Leistungen der Daseinsfürsorge soll die Lebensqualität verbessert werden.

In benachteiligten städtischen Gebieten sollen durch Soziale Orte die Menschen unterstützt werden, sich mit ihren Ressourcen für das Gemeinwesen einzubringen.

Diese Orte sollen in möglichst zentraler öffentlicher Lage und möglichst barrierefrei geschaffen werden. Für alle Bevölkerungsgruppen soll der Zugang niedrigschwellig sein.

4. Gegenstand der Förderung

4.1 Die Förderung erfolgt nach Teil 2, Landesprogramm A „Soziale Orte“ der FRL Orte vom 22. Juni 2021. Ausschlaggebend für die Förderung sind die Regelungen der FRL Orte. Für weitere Einzelheiten zur Förderung siehe die gleichzeitig veröffentlichte FRL Orte.

¹ Der Begriff der Benachteiligung bezieht sich vor allem auf soziale Indikatoren wie zum Beispiel den Anteil der Bezieher von Leistungen nach SGB II.

- 4.2 Die Förderung kann den Aufbau, die Sicherung, Erweiterung oder Fortführung bestehender oder neuer Sozialer Orte beinhalten. Darüber hinaus ist der Betrieb der Orte zu finanzieren. Dabei werden vorrangig Personal- und Sachkosten übernommen, siehe Nummer 8.
- 4.3 Die Förderung von Investitionen mittels dieser Richtlinie soll nur dazu dienen, vorhandene Gebäude so zu ertüchtigen, dass der Betrieb eines Sozialen Ortes ermöglicht wird. Investitionskosten sind nur insoweit förderfähig, wie sie für die Maßnahme unbedingt erforderlich sind, siehe Nummer 8.
- 4.4 Mit den Orten der Demokratie soll eine enge Vernetzung und Kooperation sichergestellt werden, wo immer dies möglich ist.

5. Inhaltliche Kriterien für Soziale Orte

Unter ihrem Dach vereinen Soziale Orte verschiedene Funktionen. Da Soziale Orte möglichst breit aufgestellt sein sollten, ist es anzustreben, möglichst viele dieser Funktionen abzudecken. Je umfassender ein Sozialer Ort diesen Merkmalskatalog umsetzen kann, desto stärker wird die Priorisierung für diesen Ort ausfallen.

- Soziale Orte entstehen vorrangig im ländlichen öffentlichen Raum oder weisen einen konkreten Stadtteilbezug auf.
- Soziale Orte entstehen in Räumlichkeiten, die möglichst zentral liegen, leicht zugänglich sind und in denen sich alle Bevölkerungsgruppen wohl fühlen können. Sie sind möglichst barrierefrei.
- Soziale Orte beruhen nach Möglichkeit auf lokalen Initiativen der Zivilgesellschaft.
- Soziale Orte ermöglichen Austausch und Begegnung von:
 - o Menschen unterschiedlichen Alters
 - o Menschen unterschiedlicher Herkunft
 - o Menschen unterschiedlicher sozialer und familiärer Hintergründe.
- Soziale Orte arbeiten vernetzt, zielgruppen- und themenübergreifend, sie arbeiten mit einem integrierten Ansatz in der Gemeinde bzw. im Quartier.
- Soziale Orte sind an den lokalen, gemeinwesenorientierten Erfordernissen ausgerichtet.
- Soziale Orte fungieren als Plattform für bürgerschaftliches Engagement. Sie aktivieren Bürgerinnen und Bürger für gemeinschaftliche Beteiligung am lokalen Gemeinwesen. Sie fördern einen partizipativen Ansatz und stoßen Prozesse an, um gemeinsam mit Netzwerken und Kooperationen die Attraktivität des lokalen Raums zu steigern.
- Soziale Orte aktivieren Bürgerinnen und Bürger durch gezieltes und professionelles Ehrenamtsmanagement, Öffentlichkeitsarbeit oder auch direkte Ansprache im Gemeinwesen.
- Soziale Orte sind in lokale oder auch regionale Netzwerke und Kooperationen eingebunden und/oder erneuern, festigen bestehende, oder schaffen neue Netzwerke und stabilisieren diese.

- Soziale Orte binden lokale Partner aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung ein. Dies eröffnet Möglichkeiten für neuartige Akteurskonstellationen.
- Soziale Orte werden von der lokalen Verwaltung der Kommune unterstützt und kooperieren mit ihr.
- Soziale Orte nehmen für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements auch die sozialen Medien in den Blick.
- Soziale Orte stellen ihre Räumlichkeiten nach Möglichkeit auch anderen Nutzergruppen, lokalen Vereinen oder Initiativen zur selbstorganisierten Nutzung zur Verfügung. Sie stehen auch als Orte für soziale Dienstleistungen zur Verfügung.

6. Zuwendungsempfänger und Zuwendungsvoraussetzungen

- 6.1 Zuwendungsempfänger können gemeinnützige Vereine, Verbände und gemeinnützige Gesellschaften, die juristische Personen des Privatrechts sind, oder juristische Personen des öffentlichen Rechts, zum Beispiel Kommunen, sein.
- 6.2 Förderfähig sind Maßnahmen, die im Freistaat Sachsen durchgeführt werden. Der Träger muss im Freistaat ansässig sein und seine lokale Verankerung darstellen.
- 6.3 Es sollen vornehmlich lokale Gruppen gefördert werden. Dies hat der Träger in seinem Projektkonzept darzulegen.
- 6.4 Die Maßnahmen werden grundsätzlich in Gemeinden mit weniger als 40 000 Einwohnerinnen und Einwohnern durchgeführt oder weisen einen konkreten bedarfsorientierten Stadtteilbezug auf. Dieser Stadtteilbezug ist im Projektkonzept zu beschreiben. Die Förderung erfolgt schwerpunktmäßig in entwicklungsbedürftigen Bereichen, das heißt Räumen, die durch sozialstrukturelle Belastungen, infrastrukturelle oder städtebauliche Defizite gekennzeichnet sind.
- 6.5 Es können nur Maßnahmen gefördert werden, für die keine Förderung nach anderen Programmen des Freistaates Sachsen beantragt werden kann. Besteht für die zu fördernden Maßnahmen auch eine Förderung durch Programme des Bundes oder der Europäischen Union (EU), erfolgt die Förderung nach dieser Richtlinie grundsätzlich nachrangig.
- 6.6 Die Träger aller geförderten Maßnahmen müssen auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen und haben eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit zu gewährleisten, siehe FRL Orte, Teil 1, Ziffer IV.

7. Laufzeit

Maßnahmen können mit einer maximalen Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt werden. Eine einmalige Verlängerung um bis zu zwei Jahre bis längstens 31. Dezember 2024 ist auf Antrag möglich.

8. Art, Höhe und Umfang der Förderung

8.1 Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilsfinanzierung in Form eines Zuschusses gewährt.

8.2 Zuwendungsfähig sind projektbezogene Personal- und Sachausgaben sowie Investitionen, siehe 8.4.

8.3 Der Fördersatz beträgt bis zu 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. In der Regel soll ein Eigenanteil eingebracht werden.

In detailliert begründeten Ausnahmefällen ist eine Förderung bis zu 100 Prozent möglich. Hierfür hat der Zuwendungsempfänger nachzuweisen, dass die Erbringung des Eigenanteils wegen fehlender Eigenmittel unmöglich und die Erbringung von unbaren Leistungen unzumutbar ist.

Der Eigenanteil im Projekt kann durch projektbezogene unbare Leistungen des Zuwendungsempfängers erbracht werden. Diese können als Arbeitsleistungen in Form von unbezahlten freiwilligen Arbeitsstunden erfolgen; die Stundenbewertung entspricht der Höhe des jeweils gültigen Mindestlohns, vergleiche FRL Orte Teil 2, Buchstabe A, Ziffer V Absatz 5. Der Wert der unbaren Leistungen darf 5 000 Euro pro Projekt nicht übersteigen.

Die unbaren Leistungen müssen in der späteren Antragstellung im zweiten Verfahrensschritt konkret geplant werden, so dass bereits bei Antragstellung ersichtlich wird, welche Leistungen im Rahmen des Projektes konkret erbracht werden sollen.

Ziel der Sozialen Orte ist die Aktivierung der lokalen Bevölkerung, so dass gerade der Beitrag der lokalen Gemeinschaft durch Eigenleistungen das Engagement für den Ort zeigt. Die Träger können im Hinblick auf die Akquise von möglichen Kofinanzierungen von der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank (SAB) beraten werden.

8.4 Investitionen können gefördert werden, wenn sie zur Gestaltung des Sozialen Ortes zwingend notwendig sind. Darüber entscheidet die Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zuwendungsfähig sind grundsätzlich Instandsetzung, Modernisierung und Erneuerung (Umbau beziehungsweise Ausbau) von vorhandenen, gegebenenfalls vorher un- oder untergenutzten Bestandsgebäuden. Die notwendige Ausstattung der Gebäude, soweit sie für den Betrieb eines Sozialen Ortes erforderlich ist, ist ebenfalls zuwendungsfähig. Investitionen sind nachrangig zu den Personal- und Sachkosten und nur bis zu einer Höhe von maximal 50 000 Euro je Maßnahme zuwendungsfähig.

9. Evaluation und Erfolgskontrolle

Sozialer Zusammenhalt ist ein komplexes Phänomen, das sich einer rein quantifizierenden Beurteilung entzieht. Ziel des Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt ist es, die mittel- und langfristige Wirkung der Förderung zu erheben. Dafür wird die Entwicklung der geförderten Maßnahmen dokumentiert („Wirkungsdokumentation“) und hinsichtlich ihrer Potentiale auf Basis der durch die Träger vorgelegten Dokumentationen evaluiert.

9.1 Die Träger der Projekte legen der Bewilligungsbehörde jährlich einen Zwischenverwendungsnachweis vor, der einen wirkungsorientierten Sachbericht enthalten soll. In den Sachberichten ist auf die oben genannten Funk-

tionen der Sozialen Orte einzugehen und zu beschreiben, welche Funktionen mit welchem Ergebnis erfüllt und welche Funktionen aus welchen Gründen weniger umfassend erfüllt werden können. Es ist die Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhalts vor Ort zu beschreiben, insbesondere im Hinblick auf qualitative Veränderungen, die sich aus dem Wirken der neu geschaffenen Sozialen Orte ergeben haben.

9.2 Diese qualitativen Angaben sollen durch quantitative Daten unterlegt werden. Dafür sind Zahlen zu Nutzerinnen und Nutzern, durchgeführten Aktivitäten (Kurse, regelmäßige Angebote, Veranstaltungen), bestehenden beziehungsweise durch die Sozialen Orte aufgebauten Kooperationen und Netzwerken sowie deren jeweiligen Reichweiten (lokal, landkreisweit, überregional) aufzuführen. Außerdem soll die Größe der genutzten Räumlichkeiten, die Anzahl der neu geschaffenen Stellen sowie die Anzahl der kurzfristig wie auch der regelmäßig ehrenamtlich Engagierten angegeben werden.

Seitens des Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt wird ein landesweiter Erfahrungsaustausch der Träger der Sozialen Orte zur Qualitätssicherung der Arbeit in den Projekten und zum gegenseitigen Austausch angestrebt.

10. Verfahren

Das Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt fordert Initiativen, Gruppen oder Träger auf, ihr Interesse an einer Förderung nach der FRL Orte für den Programmteil 2, Landesprogramm A: Soziale Orte mittels eines Projektkonzeptes zu bekunden.

10.1 Die Interessenbekundung auf der Grundlage dieser Bekanntmachung ist bei der SAB als Bewilligungsbehörde

bis zum 9. August 2021

vollständig und von der zeichnungsbefugten Person unterschrieben elektronisch (bevorzugt) an folgende Mail-Adresse: soziales@sab.sachsen.de oder per Post an:

Sächsische Aufbaubank – Förderbank
Pirnaische Straße 9
01069 Dresden, einzureichen.

Ein verspäteter Eingang der Interessenbekundung führt zum Ausschluss aus dem Interessenbekundungsverfahren. Eine Beteiligung an späteren erneuten Aufrufen zu einer Interessenbekundung bleibt möglich. Individuelle Fristverlängerungen oder das Nachreichen von Unterlagen (Ausnahme: Unterstützungsschreiben der Kommune, siehe Nummer 10.5.6.4) sind ausgeschlossen.

Als Ansprechpartnerin für Rückfragen steht Ihnen bei der SAB Frau Winkler unter der oben genannten Mailadresse oder folgender Telefonnummer zur Verfügung: 0351 4910 5457.

10.2 Die Interessenbekundung ist formlos einzureichen. Es sind ein Projektkonzept sowie ein grober Ausgaben- und Finanzierungsplan als Anlage beizufügen.

10.3 Es besteht kein Rechtsanspruch auf Gewährung von Zuwendungen. Die Auswahl der Projektträger erfolgt unter Berücksichtigung der vorhandenen Haushaltsmittel.

- 10.4 Die Auswahl der zu fördernden Projekte erfolgt in einem zweistufigen Auswahlverfahren. Die im ersten Schritt eingereichten Projektkonzepte werden bewertet. Auf Basis dieser Bewertung erfolgt eine Aufforderung an die ausgewählten Maßnahmen-träger, in einem zweiten Schritt einen formalen Antrag bei der SAB einzureichen. Mit Aufforderung zur Antragstellung wird eine Frist genannt, bis zu der der Antrag einzureichen ist. Sofern noch kein unterstützendes Schreiben der Kommune (siehe Nummer 10.5.6.4) vorliegt, ist den kommunalen Behörden vor der Entscheidung über den Antrag Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme zu geben.
- 10.5 Die Interessenbekundung inklusive Projektkonzept, zuzüglich Ausgaben- und Finanzierungsplan sowie Anlagen sollen nicht länger als zehn Seiten sein und sind übersichtlich anhand der nachfolgend genannten Punkte zu strukturieren. Es werden klare, aussagekräftige und konkrete Ausführungen zur geplanten Projektumsetzung erwartet.
- 10.5.1 Darstellung des Trägers
Kurzdarstellung des Trägers (unter anderem Name, Adresse, Rechtsform, Gründungsjahr, Arbeitsschwerpunkte)
- 10.5.2 Erfahrungen und Kompetenz des Trägers
- Erfahrungen im Bereich der Gemeinwesenarbeit, der generationenübergreifenden Arbeit oder im Bereich der Bürgerbeteiligung und Partizipation
 - Bisherige Erfahrungen des Trägers bei der Umsetzung von Förderprojekten
 - Darstellung der in der Richtlinie genannten lokalen Verankerung
- 10.5.3 Beschreibung der lokalen Gegebenheiten
Kurze Situationsanalyse mit Beschreibung der vorhandenen Defizite, aber auch der lokalen Ressourcen sowie der aussagekräftigen Analyse des Bedarfes an einem Sozialen Ort.
- 10.5.4 Angaben zum Projektort
- Ist-Zustand in der Gemeinde sowie der geplante Standort
 - Beschreibung der vorgesehenen Räumlichkeiten (Alt-/Neubau, Bestandsgebäude, Größe, Anzahl Räume) im Hinblick auf die vorgesehene Nutzung
 - Beschreibung des Ist- sowie des Soll-Zustandes des Gebäudes und der daraus abgeleitete Investitionsbedarf
 - Erläuterung der geplanten Baumaßnahmen
 - Eigentumsverhältnisse der vorgesehenen Räumlichkeiten/Gebäude
- 10.5.5 Gesamtzielsetzung des Projektes
Die Ziele, die der Träger mit dem Aufbau eines Sozialen Ortes erreichen möchte, sind darzulegen. Daraus soll die Gemeinwesenorientierung der Zielsetzung und die Ausrichtung an den lokalen Bedarfen deutlich werden.
- 10.5.6 Projekthalt
Beschreibung der geplanten Aktivitäten und Darstellung, welche der unter Nummer 5 genannten Kriterien Sozialer Orte in welcher Art und Weise umgesetzt werden sollen. Darunter sind insbesondere die folgenden Mindestanforderungen (Nummer 10.5.6.1. bis 10.5.6.4.) darzustellen:
- 10.5.6.1 Austausch, Begegnung und Angebote
Die angedachten Angebote des Ortes, wie Freizeitkurse oder Veranstaltungen sowie die Formen und Aktivitäten für Begegnung und Austausch der Menschen unterschiedlichen Alters, Herkunft oder familiärer oder sozialer Hintergründe sind zu beschreiben.
- 10.5.6.2 Aktivierung, Engagement und Partizipation
Anknüpfend an eventuell bereits vorhandene Initiativen ist darzulegen, wie die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde durch den Sozialen Ort zu aktivieren sind, welche partizipativen Prozesse innerhalb des Projektes, aber auch für das Gemeinwesen geplant sind. Die angestrebte Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist auszuführen. Die Ausgangslage des bürgerschaftlichen Engagements vor Ort sollte beschrieben werden.
- 10.5.6.3 Ehrenamtsmanagement und Ansprache der Bürgerinnen und Bürger
Der Träger hat die Methoden der Ansprache der Bürgerinnen und Bürger sowie das Ehrenamtsmanagement zu beschreiben. Hierbei sind auch kurze Angaben zur Öffentlichkeitsarbeit des Sozialen Ortes anzufügen.
- 10.5.6.4 Netzwerke, Kooperationen und Unterstützung durch die Kommune
Im Projektkonzept ist eine Situationsanalyse der bisher vorhandenen Träger und Netzwerke sowie die bisherige lokale Einbettung des Trägers darzustellen. Ergänzend sind die Kooperationen mit bestehenden Regelangeboten zu erläutern. Die geplanten, gegebenenfalls neu aufzubauenden Netzwerkstrukturen oder Kooperationen sollen aussagekräftig beschrieben werden. Um die Unterstützung durch die Kommune darzulegen, sollte ein unterstützendes Schreiben der Kommune mit eingereicht werden, beziehungsweise kann nachgereicht werden.
- 10.5.7 Personal
Anzahl sowie Qualifikation und Kompetenzen des für den Einsatz im Projekt geplanten Personals sind zu beschreiben.
- 10.5.8 Zeitplan
Ein grober Zeitplan mit geplanten Etappenzielen ist zu erstellen.
- 10.5.9 Nachhaltigkeit
Erläuterung, wie die Nachhaltigkeit, das heißt eine mögliche Finanzierung nach Auslaufen der Förderung, gesichert werden kann.
- 10.5.10 Ausgaben- und Finanzierungsplan
Grobe Darstellung der Gesamtausgaben gegliedert nach geplanten Personal-, Sach- sowie Investitionskosten je Jahr. Gegebenenfalls geplante Investitionskosten sind zu untergliedern, so dass erkennbar ist, welche Baumaßnahmen anfallen, siehe Nummer 8.4. Der Eigenanteil ist inklusive gegebenenfalls geplanter unbarer Leistungen (Art und Höhe) darzustellen.

- 10.6 Kriterien der Gewichtung
Für eine bessere Vergleichbarkeit werden Kriterien zur Gewichtung festgelegt. Diese sind wie folgt bemessen:
- Fachliche Qualität des Projektes entsprechend Nummer 10.5.5., 10.5.6. 10.5.9. beziehungsweise Bezug nehmend auf die in Nummer 5 genannten Kriterien 60 Prozent
 - Aussagen zum Ort entsprechend Nummer 10.5.3 und 10.5.4. 10 Prozent
 - Eignung Träger sowie Personal und Angemessenheit Finanzierungskonzept entsprechend Nummer 10.5.2., 10.5.7., 10.5.8. und 10.5.10. 30 Prozent
- Für die Förderentscheidung wird darüber hinaus auch die regionale Verteilung der Projekte sowie die angestrebte Trägervielfalt berücksichtigt.

Dresden, den 22. Juni 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Sebastian Vogel
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
des Sächsischen Staatsministeriums
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
zum Modell-Förderprogramm
„Koordination der beruflichen Anerkennung
von ausländischen Gesundheitsfachkräften im Freistaat Sachsen“**

Vom 18. Juni 2021

**I.
Grundlage**

Die Umsetzung des Modell-Förderprogrammes „Koordination der beruflichen Anerkennung von ausländischen Gesundheitsfachkräften im Freistaat Sachsen“ erfolgt innerhalb der Richtlinie Heilberufe vom 12. März 2020 (Sächs-ABl. S. 305). Nach Teil 2 Großbuchstabe E der Richtlinie Heilberufe wird die Koordination der erforderlichen Maßnahmen für die berufliche Anerkennung der ausländischen Gesundheitsfachkräfte im Rahmen der notwendigen Erteilung einer Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung in einem Gesundheitsfachberuf entsprechend der jeweiligen Berufsgesetze für Gesundheitsfachberufe nach § 2 Absatz 2 des Weiterbildungsgesetzes Gesundheitsfachberufe vom 4. November 2002 (SächsGVBl. S. 266), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. Mai 2019 (SächsGVBl. S. 434) geändert worden ist, gefördert.

**II.
Ziel**

Der Gesundheitssektor im Freistaat Sachsen ist zunehmend von einem Fachkräftemangel bei Gesundheitsfachberufen geprägt. Mittelfristig wird der Freistaat Sachsen daher in diesem Bereich auch zwingend auf ausländische Fachkräfte angewiesen sein. In Zusammenhang mit der dafür erforderlichen Anerkennung der ausländischen Berufsabschlüsse fehlt es aktuell im Freistaat Sachsen noch an den erforderlichen Strukturen für gegebenenfalls notwendige Nachqualifizierungen inklusive Prüfungen. Im Rahmen des Modell-Förderprogrammes „Koordination der beruflichen Anerkennung von ausländischen Gesundheitsfachkräften im Freistaat Sachsen“ ist daher beabsichtigt, bestehende Potenziale bei öffentlichen Schulen, privaten Bildungsträgern, Arbeitgebern, Praxiseinrichtungen, beteiligten Behörden und Sozialleistungsträgern zu vernetzen beziehungsweise deren Auf- und Ausbau zu unterstützen. Durch eine Optimierung von Angebot und Nachfrage soll den ausländischen Gesundheitsfachkräften eine zeitnahe Anerkennungsperspektive ermöglicht werden, um diese für den sächsischen Arbeitsmarkt zu gewinnen beziehungsweise auf diesem zu halten und so einen Beitrag zur Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung im Freistaat Sachsen zu leisten.

Die Fördermittel sollen für Personal- und Sachausgaben für einen zentralen Koordinator bereitgestellt werden.

**III.
Verfahren**

Das zuwendungsrechtliche Antrags- und Bewilligungsverfahren ergibt sich aus der Richtlinie Heilberufe Teil 1 Ziffer IV sowie Teil 2 Großbuchstabe E.

Ansprechpartner für die Antragstellung und Bewilligungsstelle ist

Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Abteilung Bildung
Pirnaische Straße 9
01069 Dresden
www.sab.sachsen.de

**IV.
Eckpunkte der Förderung**

Hinsichtlich der fachlichen und zuwendungsrechtlichen Umsetzung des Modell-Förderprogrammes werden folgende Eckpunkte festgelegt:

- Die Förderung erfolgt in Höhe von bis zu 70 000,00 Euro pro anno für maximal 1,5 Jahre.
- Der Bewilligungszeitraum endet am 31. Dezember 2022.
- Mit der Antragstellung sind der Bewilligungsstelle bis vier Wochen ab dem Tag der Veröffentlichung dieser Förderbekanntmachung ein Konzept, welches die Aufgaben und insbesondere die überregionale Bündelfunktion des Koordinators zum Aufbau einer vernetzten Struktur von den, für die berufliche Anerkennung notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen darstellt, vorzulegen.
- Die als Koordinator eingesetzte Fachkraft hat über die für die Wahrnehmung der Aufgaben geeigneten Qualifikationen zu verfügen. Diese sind ein Berufsabschluss in einem Gesundheitsfachberuf mit einschlägiger Berufserfahrung von mindestens einem Jahr. Wünschenswert ist darüber hinaus ein Studium Gesundheitsmanagement, Sozialwissenschaften oder internationale Beziehungen mit Anteilen Interkultureller Kommunikation.
- Zuwendungsfähig sind vorhabenbezogene Personal- und Sachausgaben.
- Als zuwendungsfähige Personalausgaben des Koordinators werden pro Jahr für eine ganzjährig beim Zuwendungsempfänger angestellte Vollzeitkraft Pauschalsätze gemäß der Anlage B (Arbeitnehmerbrutto) zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) vom 12. Oktober 2006 in der Fassung des Änderungstarifvertrages Nummer 11 vom 2. März 2019, in der jeweils geltenden Fassung, maximal in Höhe des tatsächlichen Gehalts, der Entgeltgruppe 11 angesetzt. Bei einer Teilzeitkraft sowie keiner ganzjährigen Beschäftigung vermindern sich die Pauschalsätze entsprechend. Als Berechnungsgrundlage bei einer stundenweisen Beschäftigung im Projekt ist als Bezugsgröße eine Jahresarbeitszeit von 1.624 Stunden für eine Vollzeitkraft anzusetzen. Die Pauschalsätze erhöhen sich um die zuwendungsfähigen Personalnebenausgaben des Arbeitgebers. Zuwendungsfähige Personalnebenausgaben sind die gesetzlichen und tarifvertraglichen Arbeitgeberanteile (zum Beispiel Beiträge zur Sozialversicherung und betrieblichen Altersversorgung) sowie tarifvertragliche Jahressonderzahlungen.

- Die Eigenmittel des Zuwendungsempfängers können reduziert werden, sofern die Aufbringung der Eigenmittel in der Höhe von zehn Prozent nicht möglich ist. Eine entsprechende Begründung ist dem Zuwendungsantrag beizufügen. Eine Vollfinanzierung ist ausgeschlossen.
- Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt abweichend von Nummer 1.4 ANBest-P in drei Raten; im Jahr 2021 spätestens bis zum 1. Oktober, im Jahr 2022 spätestens bis zum 1. Februar und bis zum 1. August.
- Bis zum 31. Januar 2022 und mit Verwendungsnachweis bis zum 30. Juni 2023 ist ein Tätigkeitsbericht zum Stand 30. Dezember des Vorjahres vorzulegen. Der Tätigkeitsbericht orientiert sich an den Aufgaben des Koordinators.

Dresden, den 18. Juni 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Michael Bockting
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
des Sächsischen Staatsministeriums
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
über die Berechnungswerte für das Jahr 2021 gemäß
§ 8 der Pauschalförderungsverordnung**

Vom 30. März 2021

1. Der Sockelwert nach § 3 Absatz 2 Satz 1 der Pauschalförderungsverordnung vom 15. Juli 1998 (SächsGVBl. S. 480), die durch Artikel 6 der Verordnung vom 7. Dezember 2001 (SächsGVBl. S. 732, 734) geändert worden ist, beträgt 701,00 Euro.
2. Der Fachrichtungswert nach § 4 Absatz 2 Satz 1 der Pauschalförderungsverordnung beträgt 64.250,00 Euro.
3. Der Fallwert nach § 5 Absatz 2 Satz 1 der Pauschalförderungsverordnung beträgt 23,00 Euro.

Dresden, den 30. März 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Dr. Claudia Eberhard
Abteilungsleiterin

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der Satzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal zur vierten Änderung der Verbandssatzung

Gz.: 20-2217/9/2

Vom 24. Juni 2021

Die Landesdirektion Sachsen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 26. Mai 2021 auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) die von der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal am 24. März 2021 beschlossene Satzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal zur vierten Änderung der Verbandssatzung genehmigt.

Die Satzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal zur vierten Änderung der Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 24. Juni 2021

Landesdirektion Sachsen
Bauschke
stellv. Referatsleiter

Satzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal zur 4. Änderung der Verbandssatzung

Auf der Grundlage der §§ 61 Abs. 1, 26 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) und § 3 Abs. 1 Satz 1 des Sächsischen Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetzes (SächsKrW-BodSchG) vom 22. Februar 2019 (SächsGVBl. S. 187) hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE) in ihrer Sitzung am 24. März 2021 folgende Änderung der Anlage der Verbandssatzung des ZAOE vom 10. Dezember 2014 in der Fassung der 3. Änderung vom 9. Mai 2019, genehmigt mit Bescheid der Landesdirektion Sachsen vom 13. August 2019 beschlossen:

Artikel 1

Die Verbandssatzung des ZAOE wird wie folgt geändert:

1. In der Anlage zur Satzung wird durch die folgende ersetzt:

„Anlage

Aufstellung der Verbandsdeponien

- a) ehemals vom Verband betriebene Hausmülldeponien:

	Bezeichnung	SALKA	Gemeinde
1	Deponie Waldhaus	87137204	Große Kreisstadt Sebnitz
2	Deponie Rennersdorf	87139501	Stadt Stolpen
3	Deponie Kleincotta	87109302	Dohma
4	Deponie Langebrücker Straße	92100210	Landeshauptstadt Dresden
5	Deponie Freital Saugrund, ST 2	90100202	Große Kreisstadt Freital
6	Deponie Cunnersdorf	90100023	Stadt Glashütte
7	Deponie Gröbern (Alt + Neuteil)	80100123	Niederau
8	Deponie Gropitz	85100313	Stauchitz
9	Deponie Baßlitz	85100001	Priestewitz

b) Anlagen gemäß § 3 Absatz 6 SächsABG

Landkreis Meißen, Gebiet des ehemaligen Landkreises Meißen:

	Bezeichnung	SALKA	Gemeinde
1	AD Leuben	80100074	Stadt Nossen/ Stadt Lommatzsch
2	AD Wolkau	80100063	Stadt Nossen
3	AD Constappel	80100016	Klipphausen
4	AD Schönnewitz	80100061	Käbschütztal
5	AD „Marx“	80100320	Moritzburg
6	AD „Spitzgrund- straße“	80100105	Weinböhla
7	AD „Gävernitz“	80100028	Klipphausen
8	AD „Kroatengrund“	80100278	Große Kreisstadt Radebeul
9	AD Kettewitz	80100042	Klipphausen
10	AD Ehem. Lehm- grube Taubenheim	80100039	Klipphausen
11	AD Ehem. Sandgrube Garsebach	80100057	Klipphausen
12	AD Kellerberg	80100081	Stadt Lommatzsch
13	AD Hungerberg	80100033	Klipphausen
14	AD Tännichtgrund Klipphausen	80100019	Klipphausen
15	AD Sachsdorf/Klipp- hausen	80100023	Klipphausen
16	AD Blauer Bruch Klipphausen	80100041	Klipphausen
17	AD an der B101	80100059	Käbschütztal
18	AD Am Ketzerbach Nossen	80100062	Stadt Nossen
19	AD Str. nach Priesen, Rüsseina	80100066	Stadt Nossen
20	AD Tiefes Loch Käbschütztal	80100069	Käbschütztal/ Stadt Lommatzsch
21	AD Tiefes Loch Lommatzsch	80100070	Käbschütztal/ Stadt Lommatzsch
22	AD Die Löcher, Diera-Zehren	80100085	Diera-Zehren
23	AD Ehem. Kiesgrube Zadel	80100101	Diera-Zehren
24	AD Paulich's Stein- bruch	80100274	Stadt Radeburg
25	AD Am Dorfplatz	80100043	Klipphausen
26	AD Lumpengrund Boxdorf	80100321	Moritzburg
27	AD Str. nach Heynitz	80100048	Klipphausen
28	AD Haselnussberg Steinbach	80100254	Moritzburg
29	Am Zellsteig	80100007	Stadt Nossen
30	Ehemalige Lehmgrube Heynitz	80100025	Stadt Nossen
31	AD Ullendorf	80100032	Klipphausen
32	Deponie Menzel	92100189	Arnsdorf
33	Großerkmannsdorf	92100193	Stadt Radeberg
34	Bastwiesen Wachau	92100226	Wachau
35	Ottendorf-Okrilla Wachberg	92100234	Ottendorf-Okrilla
36	Kamenzer Straße Radeberg	92100267	Stadt Radeberg

	Bezeichnung	SALKA	Gemeinde
37	Oststraße/Glashüt- tenweg (Südteil)	92100272	Stadt Radeberg
38	Wachau/Seifersdorf	92100294	Wachau
39	Sportplatz Wachau	92100298	Wachau
40	Arnsdorf Wallroda	92100314	Arnsdorf
41	Klingerloch	80100088	Diera-Zehren
42	Dombrowe	80100279	Große Kreisstadt Radebeul
43	Eichholzgasse Nossen	80100009	Stadt Nossen

Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Gebiet des ehemaligen Landkreises Sächsische Schweiz:

	Bezeichnung	SALKA	Gemeinde
1	Am Jagdstein	87104101	Bahretal
2	Am Kahlbusch	87110102	Stadt Dohna
3	Steinbruchrestloch Schelle	87116401	Stadt Hohnstein
4	Alter Steinbruch im Grund	87101301	Bad Gottleuba- Berggießhübel
5	Deponie hinter Gara- genhof	87119103	Stadt Königstein
6	ehemalige Deponie an der Straße Rich- tung Börnersdorf, Liebstadt	87123101	Stadt Liebstadt
7	Ziegeleigrube Raum	87135001	Rosenthal-Bielatal
8	ehemalige Deponie am Sportplatz	87138101	Stadt Wehlen
9	Wehlener Kohlberg	87138205	Stadt Wehlen
10	ehemalige Orts- deponie (Sandgrube) Thürmsdorf	87140302	Struppen
11	ehemalige Deponie Dohma	87109101	Dohma
12	Alter Steinbruch, Gohrisch-Klein- hennersdorf	87112301	Gohrisch
13	Am Sportplatz Hinterhermsdorf	87115001	Stadt Sebnitz
14	oberhalb Sorge, Müllers Grube	87116303	Stadt Hohnstein
15	ehemalige Deponie am Weg nach Lungk- witz, Maxen	87126306	Müglitztal
16	Deponie Krumherms- dorf	87127014	Stadt Neustadt/Sa.
17	Steinbruch Kamerun	87133004	Reinhardtsdorf/ Schöna
18	Silbersee	87139101	Stadt Stolpen
19	Lehmgrube Helms- dorf, kommunaler Teil	87139201	Stadt Stolpen

Landkreis Meißen, Gebiet des ehemaligen Landkreises Riesa-Großenhain:

	Bezeichnung	SALKA	Gemeinde
1	Neue Deponie Villastraße	85100064	Große Kreisstadt Großenhain
2	Kottewitz-Moh	85100120	Priestewitz
3	Görzig	85100058	Große Kreisstadt Großenhain

	Bezeichnung	SALKA	Gemeinde
4	Strießen	85100161	Priestewitz
5	Treugeböhla	85100185	Große Kreisstadt Großenhain
6	Wülknitz	85100332	Wülknitz
7	Dobra	85100022	Thiendorf
8	Zottewitz	85100192	Priestewitz
9	Mautitz	85100255	Große Kreisstadt Riesa
10	Kobeln	85100276	Hirschstein
11	Bauda	85100006	Große Kreisstadt Großenhain
12	Uebigau	85100157	Große Kreisstadt Großenhain
13	Strauch	85100160	Große Kreisstadt Großenhain
14	Brößnitz	85100016	Lampertswalde
15	Blochwitz	85100013	Lampertswalde
16	Zabeltitz	85100188	Große Kreisstadt Großenhain
17	Raden	85100129	Röderaue
18	Porschütz	85100011	Priestewitz
19	Thiendorf	85100171	Thiendorf
20	Tauscha-Anbau	85100163	Thiendorf
21	Schönfeld	85100147	Schönfeld
22	Schönborn	85100144	Lampertswalde
23	Ponickau	85100117	Thiendorf
24	Göhra	85100175	Ebersbach
25	Ebersbach	85100049	Ebersbach
26	Kraußnitz	85100089	Schönfeld
27	Gröditz	85100361	Stadt Gröditz
28	Alter Steinbruch Wildenhain	85100184	Große Kreisstadt Großenhain

	Bezeichnung	SALKA	Gemeinde
5	Deponie Kleinopitz	90100163	Stadt Wilsdruff
6	Steinbruchrestloch Rehefeld	90100103	Stadt Altenberg
7	Am Böhmfelsen	90100074	Stadt Altenberg
8	Deponie Rabenau-Karsdorf	90100269	Stadt Rabenau
9	Mühle Seifersdorf	90100131	Stadt Dippoldiswalde
10	Schwarzwasserweg Altenberg	90100001	Stadt Altenberg
11	Deponie Elend	90100025	Stadt Dippoldiswalde
12	Waltersdorfer Straße, Geising	90100078	Stadt Altenberg
13	Oberfrauendorf	90100086	Stadt Glashütte
14	Hochbehälter	90100094	Klingenberg
15	Ortseingang Schellerhau	90100123	Stadt Altenberg
16	Schlammteich 3 m. ESW-H.	90100203	Große Kreisstadt Freital
17	Roter Bruch, Lungkwitz	90100254	Kreischa
18	Am Galgenberg	90100260	Stadt Wilsdruff
19	Am Kirchweg	90100261	Stadt Wilsdruff
20	Rabenauer Weg Oelsa	90100271	Stadt Rabenau
21	Deponie Pesterwitz	90100274	Große Kreisstadt Freital
22	Landbergweg Porsdorf	90100275	Stadt Rabenau
23	Deponie Obernauendorf	90100287	Stadt Rabenau
24	Lehmloch	90100329	Stadt Wilsdruff
25	Binge Blankenstein	90100337	Stadt Wilsdruff

Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Gebiet des ehemaligen Landkreises Weißeritzkreis:

	Bezeichnung	SALKA	Gemeinde
1	Reichenau an der B 171	90100104	Hartmannsdorf-Reichenau
2	Eckersdorfer Weg	90100284	Stadt Rabenau
3	An der Spitze Dorfhain	90100172	Stadt Tharandt
4	Wiesengang Reinhardtsgrimma	90100111	Stadt Glashütte

Artikel 2

Die Änderung der Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung der Satzung und der öffentlichen Bekanntmachung dieser Satzung durch die Rechtsaufsichtsbehörde im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Radebeul, den 24. März 2021

Michael Geisler
Landrat und Verbandsvorsitzender

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Sächsischen Oberbergamtes über die Feststellung des Nichtbestehens der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben „Planänderung für den Kiessandtagebau Zschepplin“ nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung

Vom 24. Juni 2021

Die Rösl Rohstoffe GmbH & Co. KG, Kieswerk Zschepplin Rödgener Straße 1, 04838 Zschepplin hat am 6. Juli 2020 die Allgemeine Vorprüfung im Rahmen der Feststellung der UVP-Pflicht gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit Anlage 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung für die Verlängerung des Geltungszeitraums und Änderung des Vorhabens „Kiessandtagebau Zschepplin“ beantragt. Das ursprüngliche Vorhaben wurde durch Planfeststellungsbeschluss vom 29. Juli 2003, geändert durch Planänderungsbeschluss vom 3. November 2014, bereits zugelassen.

Gegenstand dieser Planänderung ist maßgeblich eine zeitliche Verlängerung des Vorhabens, da sich das unternehmerische Konzept für das Kieswerk mit der Betriebsübernahme durch die Rösl Rohstoffe GmbH & Co. KG geändert hat. Das Vorhaben mit der Kiessandgewinnung und -aufbereitung einschließlich der Wiedernutzbarmachung soll um weitere 40 Jahre bis zum 31. Dezember 2061 verlängert werden. Im beantragten Geltungszeitraum sollen die bereits mit dem Planfeststellungsbeschluss genehmigten Tätigkeiten fortgeführt werden. Gegenstand ist des Weiteren die Konkretisierung des im Rahmen der Wiedernutzbarmachung entstehenden Gewässers im Westfeld hinsichtlich Größe, Kontur und Tiefe. Auf die Teilverfüllung in diesem Bereich wird nunmehr verzichtet. Das Restgewässer im Westfeld soll als Natursee mit einer Größe von circa 30 ha gestaltet werden. Das Restgewässer des Ostfeldes soll entgegen den ursprünglichen Planungen ebenfalls als Natursee gestaltet werden. Im Südwestteil ist weiterhin die Nebengewinnung von Geschiebelehm und -mergel im Trocken- und Nassschnitt vorgesehen. Die Wiedernutzbarmachung im Südwestbereich wird geändert. Nach Auffüllung dieses Gewinnungsbereiches soll eine Aufforstung mit circa 6,24 ha Wald erfolgen.

In Verbindung mit dem am 24. Juni 2020 eingereichten Leseexemplar der Planänderung des obligatorischen Rahmenbetriebsplan für den Kiessandtagebau Zschepplin beantragte die Rösl Rohstoffe GmbH & Co. KG am 6. Juli 2020 die Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung der UVP-Pflicht. Das Verfahren zur Feststellung der UVP-Pflicht wurde nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306) eingeleitet. Nach einer weiteren Anpassung der Planunterlagen bezüglich der Folgenutzung wurden aktualisierte Unterlagen für die Planänderung und die Allgemeine Vorprüfung jeweils mit Datum vom 10. Mai 2021 zur Prüfung vorgelegt.

Das Sächsische Oberbergamt hat in der Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles festgestellt, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umwelt-

verträglichkeitsprüfung besteht, da die Vorprüfung der UVP-Pflicht gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 2 und § 7 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung zu dem Ergebnis kam, dass die Änderung keine zusätzlichen erheblich nachteiligen oder andere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann. Gemäß § 3 Absatz 1 Nummer 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung wurden bei der Prüfung frühere Änderungen oder Erweiterungen, für die keine UVP durchgeführt wurde, berücksichtigt.

Der durchgeführten Vorprüfung des Einzelfalles lagen folgende Informationen zugrunde:

- Beratung am 10. Juni 2019 im Sächsischen Oberbergamt (OBA) zur geplanten Änderung des Vorhabens und der geplanten Verlängerung der Geltungsdauer des obligatorischen Rahmenbetriebsplanes (derzeit befristet bis 31. Dezember 2021)
- Antrag auf Überprüfung der UVP-Pflicht und Feststellung des Genehmigungsverfahrens für die Planänderung des obligatorischen Rahmenbetriebsplan für den Kiessandtagebau Zschepplin vom 6. Juli 2020
- Unterlage zur Allgemeinen Vorprüfung gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit Anlage 3 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 23. Juni 2020 zur Abänderung/Verlängerung Rahmenbetriebsplan Kiessandtagebau Zschepplin
- Antragsexemplar (Leseexemplar) des obligatorischen Rahmenbetriebsplanes „Planänderung des obligatorischen Rahmenbetriebsplan für den Kiessandtagebau Zschepplin“ vom 24. Juni 2020
- Antragsexemplar (aktualisiertes Leseexemplar vom 10. Mai 2021) des obligatorischen Rahmenbetriebsplanes „Planänderung des obligatorischen Rahmenbetriebsplan für den Kiessandtagebau Zschepplin“
- Aktualisierte Unterlage zur Allgemeinen Vorprüfung gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit Anlage 3 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 10. Mai 2021 zur Abänderung/Verlängerung Rahmenbetriebsplan Kiessandtagebau Zschepplin

Wesentliche Gründe für das Nichtbestehen der UVP-Pflicht sind:

Entsprechend § 52 Absatz 2c des Bundesberggesetzes gilt der Absatz 2a auch für wesentliche Änderungen von UVP-pflichtigen Vorhaben. Gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit Anlage 3 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung bedarf es zur Feststellung einer UVP-Pflicht für die Änderung eines Vorhabens einer Allgemeinen Vorprüfung.

Zu prüfen war, ob die geplante zeitliche Verlängerung des Vorhabens, die geänderte Lage und geänderte Größe der Restgewässer, die angepasste Wiedernutzbarmachung

und die Nebengewinnung von Geschiebelehm eine wesentliche Änderung darstellt, die erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben kann.

Mit den vorgesehenen Änderungen bleibt die Vorhabenidentität (Gesamtkonzept) gewahrt. Umfang und Zweck des Vorhabens bleiben dieselben.

Da sich das geplante Vorhaben innerhalb des bereits mit PFB von 2003 genehmigten Rahmens bewegt, sind durch die Verlängerung der Laufzeit des Vorhabens und die geplanten Änderungen keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt (Schutzgüter Luft, Klima, Boden, Fläche, Wasser, Landschaft, Kultur- und sonstige Güter, menschliche Gesundheit sowie Flora, Fauna und die biologische Vielfalt) zu erwarten. Die beantragte Verlängerung der Laufzeit des Vorhabens bewirkt hauptsächlich insgesamt eine Verlängerung der vom Vorhaben bereits ausgehenden Wirkungen. Vom beantragten Geltungsraum des Rahmenbetriebsplans sind rund 75 Prozent der Fläche bereits durch die bisherige Kiessandgewinnung inklusive der vorbereitenden Abraum-/Geschiebelehmgewinnung bergbaulich in Anspruch genommen worden. Die Planänderung stellt zwar geringfügige Eingriffe in den Boden dar, welche jedoch nicht wesentlich sind beziehungsweise ausgeglichen werden können. Die geänderte Größe und Lage der nach dem Kiesabbau verbleibenden Gewässerflächen führt nicht zu so großen Auswirkungen, dass daraus wesentliche Umweltauswirkungen entstehen können.

Das Ausmaß, die Schwere und Komplexität, die Wahrscheinlichkeit sowie die Dauer, Häufigkeit und Reversibilität der Auswirkungen können mit den vorliegenden Unterlagen als nicht erheblich bewertet werden. Die Auswirkungen haben auch keinen grenzüberschreitenden Charakter.

Keine der möglichen Auswirkungen wird als erheblich nachteilig im Sinne von § 7 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung angesehen, die nach § 25 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zu berücksichtigen wären.

Die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht auch nicht dadurch, dass mehrere Vorhaben derselben Art gleichzeitig beziehungsweise zeitnah verwirklicht werden sollen (kumulierende Vorhaben). Derartiges ist nicht bekannt, die maßgeblichen Schwellenwerte werden nicht überschritten.

Im Weiteren besteht auch keine Verpflichtung zur Prüfung der Umweltverträglichkeit aufgrund der Lage des Vorhabens in einem ausgewiesenen Naturschutzgebiet sowie in gemäß RL 79/409/EWG oder 92/43/EWG ausgewiesenen besonderen Schutzgebieten.

Die Feststellung des Nichtbestehens der UVP-Pflicht ist nach § 5 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht selbstständig anfechtbar.

Die entscheidungsrelevanten Unterlagen sind der Öffentlichkeit gemäß den Bestimmungen des Sächsischen Umweltinformationsgesetzes vom 1. Juni 2006 (SächsGVBl. S. 146), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, im Sächsischen Oberbergamt, Kirchgasse 11, 09599 Freiberg, zugänglich.

Die Bekanntmachung ist auf der Internetseite des Sächsischen Oberbergamts unter

<http://www.oba.sachsen.de/692.htm>
einsehbar.

Freiberg, den 24. Juni 2021

Sächsisches Oberbergamt
Dr. Falk Ebersbach
Referatsleiter

**Bekanntmachung
des Landratsamtes Bautzen
über die Genehmigung der Zweckvereinbarung
zwischen der Gemeinde Malschwitz und der Gemeinde Hochkirch
über die zeitweilige Übertragung von Aufgaben
des Personenstandswesens**

Vom 8. Juni 2021

Das Landratsamt Bautzen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde für die Gemeinden Malschwitz und Hochkirch hat mit Bescheid vom 8. Juni 2021 (Az.: 15.2-030.019:21-Mal-Hok) auf der Grundlage des § 72 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fas-

sung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) wie folgt entschieden:

„Die zwischen der Gemeinde Malschwitz und der Gemeinde Hochkirch abgeschlossene Zweckvereinbarung vom 27. April 2021 über die zeitweilige Übertragung von Aufgaben gemäß Personenstandsgesetz (PStG) wird genehmigt.“

Die Zweckvereinbarung wird hiermit bekannt gemacht.

Bautzen, den 8. Juni 2021

Landratsamt Bautzen
Michael Harig
Landrat

**Zweckvereinbarung
über die zeitweilige Übertragung von Aufgaben
gemäß Personenstandsgesetz (PStG)**

zwischen der Gemeinde Malschwitz, Dorfplatz 26, 02694 Malschwitz, vertreten durch den Bürgermeister Matthias Seidel

und

der Gemeindeverwaltung Hochkirch, Karl-Marx-Straße 16–17, 02627 Hochkirch, vertreten durch den Bürgermeister Norbert Wolf

sonenstandswesens an die Standesbeamten der Gemeinde Hochkirch.

(2) Die Gemeinde Hochkirch überträgt für den Vertretungsfall die ihr obliegenden Aufgaben im Bereich des Personenstandswesens an die Standesbeamten der Gemeinde Malschwitz.

Präambel

Die Gemeinde Malschwitz und die Gemeinde Hochkirch beabsichtigen die Aufgaben im Bereich des Personenstandswesens in gegenseitiger Hilfeleistung zu erfüllen. Die Wahrnehmung der Aufgaben beschränkt sich auf die Zeit der Abwesenheit bei Lehrgängen, Krankheit oder Urlaub von Bediensteten der jeweils anderen Gemeinde. Dazu wird auf der Grundlage der §§71ff. des Sächsischen Gesetzes über Kommunale Zusammenarbeit (SächsKommZG) nachstehende Zweckvereinbarung getroffen:

§1

Gegenstand der Zweckvereinbarung

(1) Die Gemeinde Malschwitz überträgt für den Vertretungsfall die ihr obliegenden Aufgaben im Bereich des Per-

**§ 2
Durchführung**

(1) Während einer längeren Abwesenheit (1 Woche) der Standesbeamten der Gemeinde Malschwitz wird ein Standesbeamter der Gemeinde Hochkirch im Rahmen der Amtshilfe auf Grundlage des § 5 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (AGPStG) die Aufgaben des Standesamtes Malschwitz an einem Tag pro Woche für 3 Stunden in den Räumen des Standesamtes Malschwitz übernehmen. Die Sprechzeiten werden separat festgelegt. Die Inanspruchnahme kann je nach Arbeitsaufwand in Abstimmung mit den beiden Bürgermeistern angepasst werden.

(2) Es erfolgt hierzu über das Rechenzentrum der KISA für die Standesamtssoftware „Autista“ eine Freigabe für die Standesbeamten der Gemeinde Hochkirch, welche durch die Gemeinde Malschwitz veranlasst wird.

(3) Während einer längeren Abwesenheit (1 Woche) der Standesbeamten der Gemeinde Hochkirch wird ein Standesbeamter der Gemeinde Malschwitz im Rahmen der Amtshilfe auf Grundlage des § 5 AGPStG an einem Tag pro Woche für 3 Stunden die Aufgaben des Standesamtes Hochkirch in den Räumen des Standesamtes Hochkirch übernehmen. Die Sprechzeiten werden separat festgelegt. Die Inanspruchnahme kann je nach Arbeitsaufwand in Abstimmung mit den beiden Bürgermeistern angepasst werden.

(4) Es erfolgt hierzu über das Rechenzentrum der KISA für die Standesamtssoftware „Autista“ eine Freigabe für die Standesbeamten der Gemeinde Malschwitz, welche durch die Gemeinde Hochkirch veranlasst wird.

(5) Der Einsatz der Standesbeamten der Gemeinde Malschwitz im Standesamt Hochkirch und umgekehrt ist nur unter der Maßgabe möglich, dass in der entsendenden Gemeinde das Standesamt durch die jeweilige Vertretung abgesichert ist.

(6) Das Arbeitsverhältnis zwischen der Gemeinde Malschwitz und ihren Standesbeamten bleibt von der Zweckvereinbarung unberührt.

(7) Das Arbeitsverhältnis zwischen der Gemeinde Hochkirch und ihren Standesbeamten bleibt von der Zweckvereinbarung unberührt.

§ 3 Vergütung

(1) Für die Inanspruchnahme der Leistung werden Personalkosten gem. Ziffer II. 2 Laufbahngruppe/Einstiegsebene 2.1 (ehemals gehobener Dienst) der VwV Kostenfestlegung, in der jeweils geltenden Fassung, vereinbart.

(2) Die entstandenen Reisekosten werden entsprechend § 5 Abs. 2 des Sächsischen Reisekostengesetzes (Sächs-RKG), in der jeweils geltenden Fassung, vorverauslagt.

(3) Die Abrechnung gemäß Abs. 1 erfolgt zu Beginn eines neuen Kalenderjahres für das vergangene Kalenderjahr.

(4) Die Kosten gemäß Abs. 2 werden zusätzlich zu der in Abs. 1 vereinbarten Stundenvergütung erstattet.

§ 4 Siegeföhrung

(1) Für die im § 1 Abs. 1 genannte Aufgabenerfüllung im Bereich des Personenstandswesens berechtigt die Gemeinde Malschwitz die Standesbeamten der Gemeinde Hochkirch zur Siegeföhrung für das Standesamt Malschwitz.

(2) Für die im § 1 Abs. 2 genannte Aufgabenerfüllung berechtigt die Gemeinde Hochkirch die Standesbeamten der Gemeinde Malschwitz zur Siegeföhrung für das Standesamt Hochkirch.

(3) Die Siegelordnung der Gemeinde Malschwitz und der Gemeinde Hochkirch werden entsprechend ergänzt.

§ 5 Elektronische Signaturen

(1) Für die im § 1 Abs. 1 genannte Aufgabenerfüllung im Bereich des Personenstandswesens berechtigt die Gemeinde Malschwitz die Standesbeamten der Gemeinde Hochkirch zum Signieren entsprechender Dokumente.

(2) Für die im § 1 Abs. 2 genannte Aufgabenerfüllung berechtigt die Gemeinde Hochkirch die Standesbeamten der Gemeinde Malschwitz zum Signieren entsprechender Dokumente.

§ 6 Sonstiges

(1) Das Einverständnis der Standesbeamten der Gemeinde Malschwitz und der Gemeinde Hochkirch zur Änderung ihrer Arbeitszeit bzw. des Arbeitsortes liegt den betreffenden Gemeinden vor.

(2) Die Fahrten zwischen Malschwitz und Hochkirch und umgekehrt sind Dienstzeiten, welche gemäß § 3 vergütet werden.

§ 7 Beendigung

(1) Eine Aufhebung der Zweckvereinbarung ist mit einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende von beiden Seiten möglich. Die Aufhebung bedarf der Zustimmung der Rechtsaufsichtsbehörde.

(2) Die Aufhebung der Zweckvereinbarung hat in schriftlicher Form zu erfolgen.

(3) Ändern sich nur einzelne Punkte der Zweckvereinbarung, gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.

§ 8 In-Kraft-Treten

Diese Zweckvereinbarung tritt nach Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde und der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Malschwitz, den 27. April 2021

Seidel
Bürgermeister

Hochkirch, den 22. April 2021

Wolf
Bürgermeister

Bekanntmachung des Landratsamtes Mittelsachsen über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Gewerbe- und Industriegebiet Freiberg Ost

Vom 20. Mai 2021

Das Landratsamt Mittelsachsen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 20. Mai 2021, Aktenzeichen: 03.111.502/2/Be/2021, auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 in Verbindung mit § 26 Absatz 1 und 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), über die Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Gewerbe- und Industriegebiet Freiberg Ost wie folgt entschieden:

Die Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Gewerbe- und Industriegebiet Freiberg Ost in der Form der Neufassung, beschlossen durch die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Gewerbe- und Industriegebiet Freiberg Ost am 27. April 2021, wird rechtsaufsichtlich genehmigt.

Sie tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Verbandssatzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Freiberg, den 20. Mai 2021

Landratsamt Mittelsachsen
Matthias Damm
Landrat

Verbandssatzung des Zweckverbandes Gewerbe- und Industriegebiet Freiberg Ost

Aufgrund von § 61 Absatz 1 und § 26 Absatz 1 und 3 des Sächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), § 4 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Gewerbe- und Industriegebiet Freiberg Ost“ in ihrer 51. Sitzung am 27.04.2021 folgende Neufassung der Verbandssatzung beschlossen:

I. Teil:

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Name, Sitz und Rechtsstellung

(1) Der Verband führt den Namen „Zweckverband Gewerbe- und Industriegebiet Freiberg Ost“.

(2) Der Zweckverband hat seinen Sitz in 09627 Bobritzsch-Hilbersdorf.

§ 2

Verbandsmitglieder

Mitglieder des Zweckverbandes, nachfolgend Verbandsmitglieder genannt, sind:

- die Universitätsstadt Freiberg und
- die Gemeinde Bobritzsch-Hilbersdorf.

§ 3

Aufgaben des Zweckverbandes

(1) Die Universitätsstadt Freiberg sowie die Gemeinde Bobritzsch-Hilbersdorf übertragen zum Zweck der gemeinsamen partnerschaftlichen Gewerbe- und Industrieansiedlung und -entwicklung für bestimmte Teile Ihres Gemeindegebietes die Aufgaben der verbindlichen Bauleitplanung und der Erschließung nach dem BauGB auf den Zweckverband. Das betreffende Gebiet besteht aus 3 Teilabschnitten aus Flurstücken der Gemarkungen Hilbersdorf, Halsbach, Naundorf und Zug. Die Lage des Gebietes ist mit seinen einzelnen Teilabschnitten durch die Anlagen „Darstellungen des Gebiets als Flurkarte“ und das „Verzeichnis der Flurstücke“ als Bestandteil dieser Satzung dargestellt.

(2) Der Zweckverband ist damit Planungsverband im Sinne von § 205 BauGB und somit u. a. für den Erlass von Bebauungsplänen nach §§ 8 ff. BauGB und vorhabenbezogenen Bebauungsplänen nach § 12 BauGB zuständig.

Er nimmt dazu die folgenden öffentlichen Aufgaben wahr:

- a) Abschluss von Durchführungsverträgen zu vorhabenbezogenen Bebauungsplänen,
- b) Erlass von Veränderungssperren und Zurückstellung von Baugesuchen (§§ 14 ff. BauGB),
- c) Ausübung von gesetzlichen Vorkaufsrechten (§§ 24 ff. BauGB),
- d) Erlass von Erschließungsbeitragsbescheiden (§§ 123 ff. BauGB) sowie den Abschluss von Erschließungs- und Erschließungskostenablösungsverträgen sowie
- e) den Erwerb der Grundstücke und deren Erschließung im Verbandsgebiet und darüber hinaus den Erwerb von

Grundstücken, die für die Gewährleistung oder Erhöhung der Funktionsfähigkeit des Gewerbe- und Industriegebietes erforderlich sind.

(3) Dem Zweckverband werden für das oben genannte Gebiet folgende weiteren Aufgaben übertragen:

- a) Pflege- und Wartung der verbandseigenen Flächen sowie Wartung der Straßenbeleuchtungsanlage und
- b) die Förderung der Ansiedlung geeigneter Betriebe durch Bodenordnungsmaßnahmen, Mithilfe bei der Geländebeschaffung und alle sonstigen geeigneten Maßnahmen zur Vermarktung der erschlossenen Grundstücke.

(4) Der Zweckverband übernimmt die Aufgabenerledigung für Dritte nach Vertrag.

(5) Dem Zweckverband wird darüber hinaus die Errichtung (Planung und Bau) eines Geh- und Radweges für die Stadt Freiberg entlang der S 190 zwischen der Ortslage Hilbersdorf und der Universitätsstadt Freiberg aufgrund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages übertragen.

(6) Durch geeignete Geländebeschaffungs- und Bodenvorratsmaßnahmen, Grundstücksveräußerungen und Grundstückstausch der im Eigentum des Verbandes befindlichen Grundstücke trägt der Verband dazu bei, dass eine sinnvolle Betriebsansiedlung und wirtschaftliche Erschließungsweise möglich wird.

(7) Die Gemeinde Bobritzsch-Hilbersdorf verpflichtet sich keine neuen Gewerbe- und Industrieansiedlungen außerhalb der bestehenden Gewerbegebiete in ihrem eigenen Wirkungsbereich zu betreiben oder zu fördern und alle Maßnahmen zu unterlassen, die mit der Erfüllung der Verbandsaufgaben konkurrieren würden. Sie hat sich gegenüber Betrieben, die ihr Interesse an einer Neuansiedlung im Gewerbe- und Industriegebiet bekundet haben oder für eine solche gewonnen werden sollen, jeder Einwirkung zu enthalten, die dem Verbandszweck zuwiderlaufen würden. Ausgenommen sind bestehende Gewerbegebiete.

II. Teil:

Verfassung und Verwaltung

§ 4

Verbandsorgane

(1) Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsitzende.

§ 5

Zusammensetzung der Verbandsversammlung, Stimmenverteilung

(1) Die Verbandsversammlung ist das Hauptorgan des Zweckverbandes und besteht aus den Bürgermeistern und weiteren Vertretern der Mitgliedsgemeinden.

(2) Die Bürgermeister vertreten die Mitgliedsgemeinden kraft ihrer gesetzlichen Vertretungsmacht in der Verbandsversammlung.

(3) Die weiteren Vertreter werden durch den Gemeinderat oder Stadtrat aus dessen Mitte gewählt.

Die Mitgliedsgemeinden entsenden folgende Anzahl weiterer Vertreter in die Verbandsversammlung:

Universitätsstadt Freiberg:	4 weitere Vertreter
Gemeinde Bobritzsch-Hilbersdorf:	4 weitere Vertreter

(4) Durch den Gemeinderat oder Stadtrat ist jeweils ein Stellvertreter für den Verhinderungsfall zu wählen.

(5) Die Mitgliedschaft der kraft Amtes der Verbandsversammlung angehörenden Vertreter endet mit dem Ablauf des kommunalen Wahlamtes. Die Mitgliedschaft der weiteren Vertreter endet mit dem Ablauf der Wahlperiode des jeweiligen Gemeinderats oder Stadtrats. Scheidet ein weiterer Vertreter vor Ablauf der Wahlperiode aus dem kommunalen Wahlamt aus, so endet auch seine Mitgliedschaft in der Verbandsversammlung. Die Vertreter in der Verbandsversammlung üben ihr Amt bis zum Antritt der neuen Vertreter weiter aus.

(6) Die Stimmen einer Mitgliedsgemeinde können nur einheitlich durch dessen gesetzliche Vertreter abgegeben werden.

Die weiteren Vertreter der Mitgliedsgemeinden sind nicht stimmberechtigt, sondern können nur beratend an der Sitzung teilnehmen.

Damit ergibt sich folgende satzungsmäßige Stimmenzahl:

Universitätsstadt Freiberg:	5 satzungsmäßige Stimmen,
Gemeinde Bobritzsch-Hilbersdorf:	5 satzungsmäßige Stimmen.

(7) Die Vertreter der Mitgliedsgemeinden dürfen weder beratend noch entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung eine Angelegenheit betrifft, die ihnen oder den in § 20 Abs. 1 SächsGemO aufgeführten Personenkreis einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann.

(8) Die Vertreter der Mitgliedsgemeinden in der Verbandsversammlung sind ehrenamtlich tätig. Für ihre Rechtsverhältnisse gelten die für Gemeinderäte maßgebenden Vorschriften entsprechend. Sie erhalten für jede Sitzung einen Ersatz ihrer Auslagen. Näheres regelt die Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit.

§ 6

Einberufung und Beschlussfassung der Verbandsversammlung

(1) Der Verbandsvorsitzende beruft die Verbandsversammlung schriftlich mit einer Frist von mindestens sieben Kalendertagen vor dem Sitzungstermin ein und teilt rechtzeitig die Verhandlungsgegenstände mit; dabei sind die für die Beratung erforderlichen Unterlagen beizufügen.

(2) Die Verbandsversammlung soll mindestens zweimal im Jahr einberufen werden. Die Verbandsversammlung ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert oder wenn es ein Verbandsmitglied unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes beantragt. In Eilfällen kann die Frist der Einberufung der Verbandsversammlung auf 24 Stunden verkürzt werden, formlos und nur unter Angabe der Verhandlungsgegenstände erfolgen.

(3) Zeit, Ort und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung sind 4 Tage vor Sitzungsbeginn ortsüblich bekanntzugeben. Dies gilt nicht bei der Einberufung der Verbandsversammlung in Eilfällen.

(4) Über Gegenstände einfacher Art und geringer Bedeutung kann im schriftlichen oder elektronischen Verfahren beschlossen werden; ein hierbei gestellter Antrag ist angenommen, wenn kein Mitglied widerspricht.

(5) Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind öffentlich, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen einzelner eine nichtöffentliche Verhandlung erfordern.

(6) Der Verbandsvorsitzende eröffnet und schließt die Sitzung und leitet die Verhandlung der Verbandsversammlung.

(7) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen wurde und wenn mindestens die Hälfte aller Verbandsmitglieder anwesend und stimmberechtigt ist und mindestens die Hälfte der satzungsgemäßen Stimmenzahl auf sich vereinen.

Beschlüsse werden, soweit durch Gesetz oder Satzung nicht anders bestimmt ist, mit einfacher Mehrheit der in der Sitzung anwesenden satzungsmäßigen Stimmen gefasst.

Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Ist die Verbandsversammlung nicht beschlussfähig, wird innerhalb von 6 Wochen eine neue Verbandsversammlung einberufen.

(8) Die Verbandsversammlung kann Vertreter von übergeordneten Behörden, Institutionen zu seinen Beratungen und sachkundige Einwohner der Verbandsmitglieder oder Sachverständige zur Beratung einzelner Angelegenheiten hinzuziehen.

(9) Im Übrigen gelten für den Geschäftsgang der Verbandsversammlung die Vorschriften der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen.

§ 7

Zuständigkeit und Beschlussfassung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung ist das oberste Willens- und Beschlussorgan des Verbandes. Sie legt die Grundsätze für die Tätigkeit des Verbandes fest, erlässt eine Geschäftsordnung und ist im Rahmen dieser Satzung für alle Angelegenheiten des Verbandes zuständig, soweit nicht dem Verbandsvorsitzenden durch Gesetz oder Beschluss der Verbandsversammlung bestimmte Angelegenheiten übertragen sind. Die Verbandsversammlung überwacht die Ausführung ihrer Beschlüsse.

(2) Der Verbandsversammlung ist insbesondere die Beschlussfassung vorbehalten über:

- a) die Verbandssatzung, die Änderung der Verbandssatzung und der Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Satzungen des Verbandes,
- b) das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern,
- c) die Auflösung des Verbandes,
- d) die Wahl und Abberufung des Verbandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter,
- e) die Anstellung und Entlassung von Bediensteten des Verbandes,
- f) die Änderung des Haushaltsplanes einschließlich der Festsetzung der zu erhebenden Umlagen, des Gesamtbetrages der Kredite, der Verpflichtungsermächtigungen und des Höchstbetrages der Kassenkredite,
- g) die Feststellung der Jahresrechnung,

- h) die mittel- und langfristigen Planungen des Verbandes,
- i) die Finanzierung von Vorhaben des Finanzhaushaltes (Darlehen, Kredite Fördermittel, Rücklagen und anderes mehr),
- j) die Stundung, wenn der Wert den Betrag von 10.000,00 € übersteigt, die Niederschlagung und den Erlass von Forderungen inklusive Nebenforderungen, wenn der Wert den Betrag von 5.000,00 € übersteigt,
- k) die Mitgliedschaft in Verbänden und die Wahl der Vertreter aus der Verbandsversammlung des Zweckverbandes zur Entsendung,
- l) die Aufstellung und Änderung von Bebauungsplänen im Verbandsgebiet,
- m) die Vergabe und den Bau von erschließungstechnischen Anlagen, einschließlich Planung,
- n) den Erwerb von Grundstücken innerhalb des Verbandsgebietes und der Grundstücke die für die Errichtung der Erschließungsanlagen und für die Gewährleistung und Erhöhung der Funktionsfähigkeit des Gewerbegebietes erforderlich sind,
- o) die Übereignung der erschließungstechnischen Anlagen an den Betreiber,
- p) die Veräußerung von Grundstücken an Investoren und
- q) die Genehmigung von außer- und überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen von mehr als 10.000 €.

§ 8

Wahl des Verbandsvorsitzenden und der Stellvertreter

(1) Die Verbandsversammlung wählt aus der Mitte der gesetzlichen Vertreter oder leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder den Verbandsvorsitzenden und einen Stellvertreter.

Die Wahlen sind getrennt und geheim mit Stimmzetteln vorzunehmen. Es kann offen gewählt werden, wenn kein Mitglied widerspricht. Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der anwesenden gesetzlichen Vertreter erhalten hat. Entfällt auf keinen Bewerber mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden gesetzlichen Vertreter, so findet ein zweiter Wahlgang statt.

Für den Fall, dass auch im zweiten Wahlgang niemand die erforderliche Mehrheit erhält, findet eine Stichwahl zwischen den Bewerbern statt, die im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen der anwesenden gesetzlichen Vertreter erhalten haben. Gewählt ist dann, wer die meisten Stimmen der anwesenden gesetzlichen Vertreter erhält. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

(2) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter werden für die Dauer von fünf Jahren, sind sie Inhaber eines kommunalen Wahlamtes eines Verbandsmitgliedes, für die Dauer des Amtes gewählt. Nach Ablauf ihrer Amtszeit führen sie die Geschäfte bis zum Amtsantritt des Nachfolgers weiter. Sie sind ehrenamtlich tätig. Durch Satzung können angemessene Aufwandsentschädigungen festgesetzt werden.

(3) Der Verbandsvorsitzende ist der gesetzliche Vertreter des Verbandes. Er ist Vorsitzender der Verbandsversammlung sowie der Leiter der Verbandsverwaltung.

§ 9

Stellung des Verbandsvorsitzenden in der Verbandsversammlung

(1) Der Verbandsvorsitzende bereitet die Sitzung der Verbandsversammlung vor, leitet sie und vollzieht die Beschlüsse.

(2) In dringenden Angelegenheiten, deren Erledigung auch nicht bis zu einer ohne Frist und formlos einberufenen Sitzung der Verbandsversammlung aufgeschoben werden kann, entscheidet der Verbandsvorsitzende, wenn möglich im Benehmen mit seinem Stellvertreter, an Stelle der Verbandsversammlung. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind der Verbandsversammlung unverzüglich mitzuteilen.

(3) Der Verbandsvorsitzende muss Beschlüssen der Verbandsversammlung widersprechen, wenn er der Auffassung ist, dass sie rechtswidrig sind; er kann ihnen widersprechen, wenn er der Auffassung ist, dass sie für den Zweckverband nachteilig sind. § 52 Abs. 2 Satz 2 bis 5 SächsGemO gilt entsprechend.

(4) Der Verbandsvorsitzende hat die Verbandsversammlung über alle wichtigen, den Zweckverband und seine Verwaltung betreffenden Angelegenheiten zu informieren; bei wichtigen Planungen und Vorhaben ist die Verbandsversammlung möglichst frühzeitig über die Absichten und Vorstellungen der Verbandsverwaltung und laufend über den Stand und den Inhalt der Planungsarbeiten zu informieren. § 52 Abs. 5 Satz 2 SächsGemO gilt entsprechend.

§ 10

Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden

(1) Der Verbandsvorsitzende erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Rechtsvorschriften oder von der Verbandsversammlung übertragenen Aufgaben. Bei Verhinderung wird der Verbandsvorsitzende durch seinen Stellvertreter vertreten.

(2) Soweit es sich nicht bereits um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt, werden dem Verbandsvorsitzenden zur Erledigung in eigener Zuständigkeit dauernd übertragen:

- a) die Entscheidung über die Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln und über die Ausführung von im Haushaltsplan aufgenommenen Bauvorhaben bei Gesamtkosten bis zu 25.000,00 € und die Verfügung über Verpflichtungsermächtigungen in gleicher Höhe, jeweils im Einzelfall,
- b) die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bis zu 10.000,00 € im Einzelfall,
- c) die Stundung von Forderungen bis zu sechs Monaten bis zu 10.000,00 € im Einzelfall,
- d) die Niederschlagung von Forderungen bis zu einem Betrag von 5.000,00 € und der Erlass von Forderungen, inklusive Nebenforderungen bis zu einem Betrag von 5.000,00 €, jeweils im Einzelfall,
- e) Erwerb und Veräußerung von Vermögensgegenständen bis zu 5.000,00 € im Einzelfall; ausgenommen sind Grundstücksgeschäfte und Erschließungs- sowie Erschließungskostenablösungsverträge,
- f) Anmietung und Pacht, Vermietung und Verpachtung von bebauten und unbebauten Grundstücken und Bestellung von grundstücksgleichen Rechten bei einem Jahreswert bis zu 5.000,00 € im Einzelfall,
- g) Miete und Pacht von beweglichem Vermögen bis zu einem jährlichen Betrag von 5.000,00 € im Einzelfall,
- h) die Durchführung von Rechtsstreitigkeiten und der Abschluss von Vergleichen, wenn im Einzelfall der Streitwert nicht mehr als 5.000,00 € oder bei Vergleichen das Zugeständnis des Zweckverbandes nicht mehr als 5.000,00 € beträgt, bei verwaltungsgerichtlichen Streitigkeiten unbegrenzt, wenn die Sache nicht grundsätzliche Bedeutung für den Zweckverband hat,

- i) Abschluss, Änderung und Aufhebung von Versicherungs- und Wartungsverträgen und sonstigen Verträgen, die Dauerschuldverhältnisse betreffend, wenn der Jahreswert 5.000,00 € im Einzelfall nicht übersteigt,
- j) die Stellungnahme des Zweckverbandes zu Vorhaben anderer Planungsträger, wenn die Sache nicht grundsätzliche Bedeutung für den Zweckverband hat,
- k) die Entscheidung über die Ausführung von Bauvorhaben und die Genehmigung von Bauunterlagen bis zu einem Wertumfang von 25.000,00 € und
- l) die Vergabe und Auslösung von Aufträgen über die Ausführung von Bauvorhaben bis zu einem Wertumfang von 25.000,00 €.

(3) Weisungsaufgaben erledigt der Verbandsvorsitzende in eigener Zuständigkeit, soweit gesetzlich nichts anderes geregelt ist; dies gilt nicht für den Erlass von Rechtsverordnungen und Satzungen.

§ 11

Bedienstete

(1) Der Zweckverband unterhält eine Verbandsgeschäftsstelle, die die Verwaltungsaufgaben des Zweckverbandes erledigt.

(2) Der Verband hat einen hauptamtlichen Bediensteten, dessen Dienstvorgesetzter der Verbandsvorsitzende ist.

(3) Für den Bediensteten gelten die gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen des öffentlichen Dienstes.

§ 12

Niederschrift

(1) Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen der Verbandsversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen.

(2) Die Niederschrift über die Verhandlungen der Verbandsversammlung ist vom Verbandsvorsitzenden, zwei weiteren Vertretern von Verbandsmitgliedern die an der Sitzung teilgenommen haben und dem Schriftführer zu unterzeichnen.

Sie ist den Verbandsmitgliedern innerhalb eines Monats, jedoch spätestens zur nächsten Sitzung schriftlich zur Kenntnis zu bringen.

(3) Einwendungen gegen die Niederschrift können nach Kenntnisnahme von jedem Vertreter in der Verbandsversammlung spätestens bis zur nächsten Sitzung erhoben werden.

Über vorgebrachten Einwendungen zur Niederschrift entscheidet die darauf folgende Verbandsversammlung. Sie ist von der Verbandsversammlung bei der nächsten Sitzung zu bestätigen.

III. Teil:

Wirtschaftsführung und Rechnungswesen

§ 13

Wirtschaftsführung

(1) Für die Wirtschaftsführung des Zweckverbandes gelten nach § 58 Abs.1 SächsKomZG die Vorschriften über die Gemeindevirtschaft entsprechend.

(2) Wirtschaftsjahr des Zweckverbandes ist das Kalenderjahr.

(3) Der Zweckverband erstrebt keinen Gewinn.

§ 14

Deckung des Finanzbedarfes, Umlageschlüssel

(1) Reichen die sonstigen Erträge/Einzahlungen nicht zur Deckung seines Finanzbedarfes aus, erhebt der Zweckverband eine Umlage. Diese wird getrennt für den Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt erhoben.

(2) Die Höhe der jährlichen Umlagen wird in der Haushaltssatzung des Zweckverbandes „Gewerbe- und Industriegebiet Freiberg Ost“ festgesetzt. Sie können im Laufe des Haushaltsjahres nur durch eine Nachtragssatzung geändert werden. Die Umlage für den Ergebnishaushalt ist zu je einem Viertel am 15. März, 15. Juni, 15. September und 15. Dezember eines jeden Jahres zur Zahlung fällig.

Die Umlage für den Finanzhaushalt wird bei Bedarf jährlich erhoben.

Sie kann aber auch zur Sicherung der Liquidität des Verbandes in mehreren Teilbeträgen im Laufe des Haushaltsjahres erhoben werden.

Die Umlagebeträge sind den einzelnen Verbandsmitgliedern durch schriftlichen Bescheid mitzuteilen (Umlagebescheid). Vor dem Inkrafttreten der Haushaltssatzung für das laufende Jahr kann der Verband vorläufige Umlagen in Höhe der Umlagen des vorangegangenen Haushaltsjahres erheben.

(3) An den Umlagen beteiligen sich mit folgenden Anteilen:

- | | |
|------------------------------------|-----------------|
| a) Universitätsstadt Freiberg | 50 von Hundert |
| b) Gemeinde Bobritzsch-Hilbersdorf | 50 von Hundert. |

(4) Bei Ausscheiden bzw. Aufnahme von Mitgliedern sind die Umlagen gemäß Absatz 3 neu festzulegen.

(5) Im Übrigen gilt für das Verhältnis der Verbandsgemeinden untereinander und zum Verband folgendes:

- Nr. 1 Die Verbandsgemeinden teilen die bei ihnen angefallene Gewerbesteuer von Betrieben im gemeinsamen Gewerbe- und Industriegebiet auf beide Verbandsgemeinden in demselben Verhältnis auf, nachdem sie den Finanzbedarf aufbringen. Die Anteile sind entsprechend den tatsächlichen Steuereingängen jeweils auf Vierteljahresende unmittelbar an die andere Gemeinde abzuführen.
- Nr. 2 Die Grundsteuer A von Grundstücken im Gewerbe- und Industriegebiet verbleibt den Belegenheitsgemeinden. Für die Grundsteuer B aus Grundstücken im Gewerbe- und Industriegebiet gilt Nummer 1 Satz 1 entsprechend; die Steueranteile sind jeweils auf Vierteljahresende abzuführen.
- Nr. 3 Die Verbandsgemeinden sind sich darüber einig, dass die Aufteilung des Realsteuereinkommens nach Nummer 1 und 2 bei der Ermittlung ihrer Steuerkraftmesszahl gemäß Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich berücksichtigt wird.

Nr. 4 Die Verbandsgemeinden sind sich weiter darüber einig, dass bei wesentlicher Änderung der gemeindlichen Finanzverfassung einschließlich des Finanzausgleiches die Nummern 1 bis 3 so an solche Änderungen angepasst werden müssen, das Ziel, Zweck und Inhalt der Zusammenarbeit nach dieser Satzung bewahrt bleiben. Dies gilt insbesondere für Verluste von Finanzausweisungen.

§ 15

Jahresabschluss, Rechnungsprüfung

Der Jahresabschluss ist vor der Feststellung durch die Verbandsversammlung durch das Rechnungsprüfungsamt der Universitätsstadt Freiberg entsprechend § 59 Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 3 SächsKomZG in Verbindung mit § 104 und § 106 Abs. 1 SächsGemO zu prüfen.

IV. Teil:

Änderung der Verbandssatzung und Auflösung

§ 16

Änderung der Verbandssatzung

(1) Die Änderung der Verbandssatzung ist insbesondere auf Antrag eines Verbandsmitgliedes möglich. Sie kann nur mit einer Mehrheit von zwei Drittel der satzungsmäßigen Stimmzahl der Verbandsversammlung beschlossen werden. Sie bedarf der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde.

§ 17

Austritt oder Wegfall eines Verbandsmitgliedes, Auflösung des Zweckverbandes

- (1) Der Austritt eines Verbandsmitgliedes bedarf
- einer mindestens ein Jahr vorausgehenden schriftlichen Kündigung zum Ende des Rechnungsjahres,
 - der Zustimmung der Verbandsversammlung, mit einer Mehrheit von zwei Drittel der satzungsmäßigen Stimmzahl durch Beschluss und der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde,
 - der Abgabe der Austrittserklärung verbunden mit dem Beschluss des Stadtrates/ Gemeinderates, dieser nachgewiesen durch beglaubigte Urkunde.

(2) Im Falle der Zustimmung und Genehmigung nach Abs.1 Buchstabe b) gilt § 62 Abs. 4 SächsKomZG.

(3) Der Zweckverband kann mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der satzungsmäßigen Stimmzahl der Verbandsmitglieder seine Auflösung beschließen (§ 62 Abs.1 Satz 1 SächsKomZG). Mit dem Auflösungsbeschluss ist ein Vermögensauseinandersetzungssplan zu beschließen. Die Auflösung bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

(4) Im Falle der Auflösung wird das nach Berichtigung der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen des Zweckverbandes veräußert und unter den Mitgliedern nach dem Verhältnis ihrer Anteile nach § 14 Abs. 3 dieser Satzung, aufgeteilt.

(5) Eventuell verbleibende Schulden gehen im selben Verhältnis ihrer Anteile auf die Verbandsmitglieder über. Die Einzelheiten der Liquidation beschließt die Verbandsversammlung.

(6) Im Falle der Auflösung des Zweckverbandes hat der Verbandsvorsitzende die Abwicklung vorzunehmen. Der Zweckverband gilt nach seiner Auflösung als fortbestehend, soweit der Zweck der Abwicklung es erfordert.

V. Teil:

Bekanntmachung, Aufsicht und Schlussbestimmungen

§ 18

Staatliche Aufsicht

Der Verband steht unter der Rechtsaufsicht des Landratsamtes Mittelsachsen.

§ 19

Öffentliche Bekanntmachung

(1) Öffentliche Bekanntmachungen des Verbandes erfolgen durch sämtliche Verbandsmitglieder in den von ihnen bestimmten Formen wie folgt:

- durch das Verbandsmitglied der Universitätsstadt Freiberg durch Abdruck im „Amtsblatt der Stadt Freiberg“ und
- durch das Verbandsmitglied der Gemeinde Bobritzsch-Hilbersdorf durch Abdruck im „Amts- und Mitteilungsblatt der Gemeinde Bobritzsch-Hilbersdorf“.

(2) Ortsübliche Bekanntgaben erfolgen in der Form des § 19 Absatz 1.

(3) Öffentliche Auslegungen erfolgen in der Geschäftsstelle am Sitz des Verbandes.

§ 20

Verhalten der Verbandsmitglieder gegenüber Betrieben im Gewerbegebiet

Die Verbandsmitglieder vereinbaren und verpflichten sich, sich gegenüber den an einer Ansiedlung im Gewerbe- und Industriegebiet interessierten oder bestehenden Unternehmen jeder Einwirkung zu enthalten, die dem Verbandszweck zuwiderläuft oder zuwiderlaufen kann.

§ 21

Schlussbestimmung

(1) Die Neufassung der Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung und der öffentlichen Bekanntmachung ihrer Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verbandssatzung vom 18.07.2012 (SächsABl. Nr. 36 vom 06. September 2012, Seite 1077) außer Kraft.

Bobritzsch-Hilbersdorf, den 28. April 2021

René Straßberger
Verbandsvorsitzender

Anlagen:

Anlage gemäß § 3 zur Verbandssatzung – Verzeichnis Flurkarte

Anlage gemäß § 3 zur Verbandssatzung – Darstellung Verbandsgebiet

Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung

Nach § 47 Abs. 2 und § 6 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

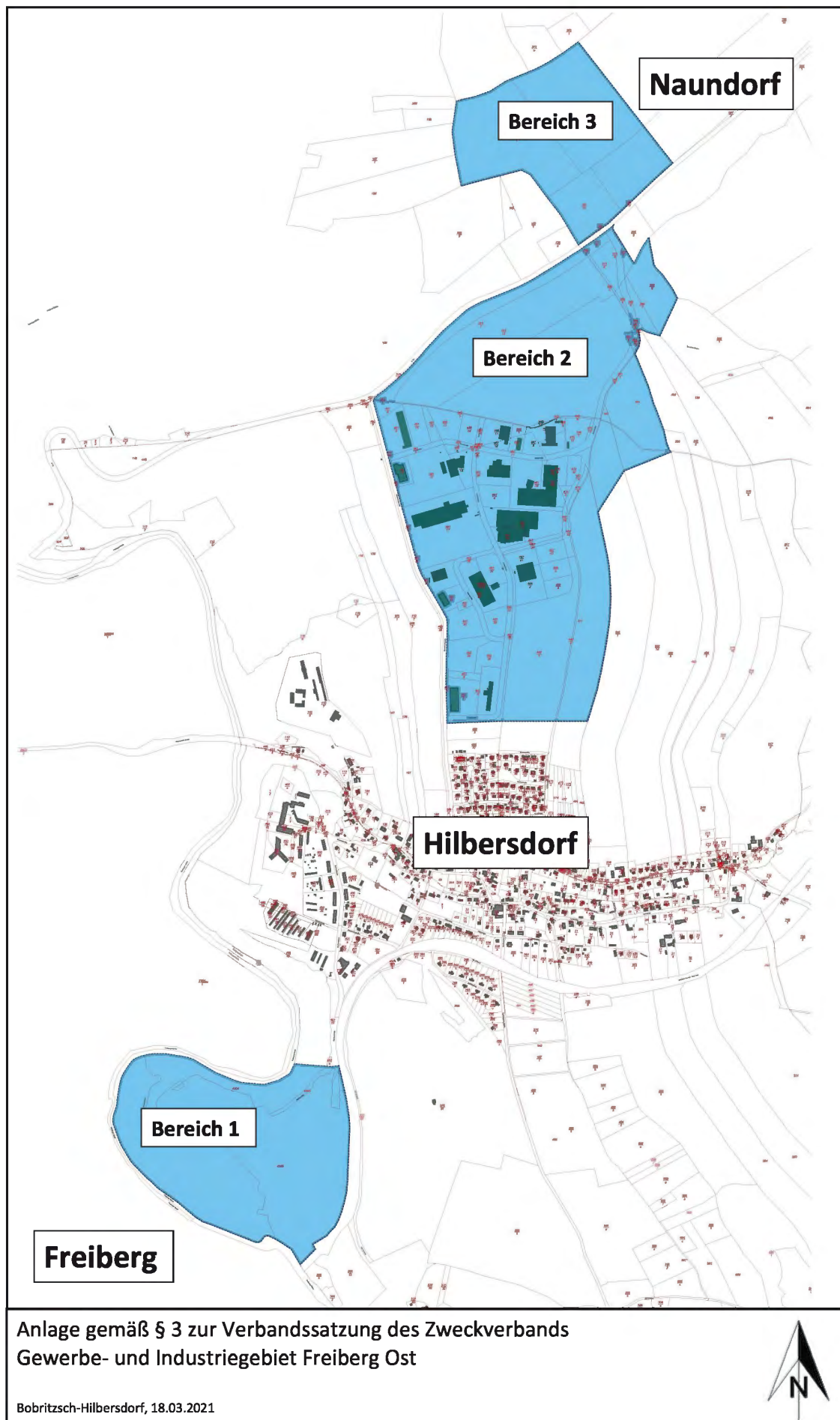
1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,

2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 56 Absatz 3 in Verbindung mit § 21 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber dem Verband unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach § 4 Absatz 4 Satz 2 Nummer 3 oder 4 der Sächsischen Gemeindeordnung geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Bobritzsch-Hilbersdorf, den 28. April 2021

René Straßberger
Verbandsvorsitzender



Anlage

gemäß § 3 zur Verbandssatzung des Zweckverbandes Gewerbe- und Industriegebiet Freiberg Ost – Verzeichnis der Flurstücke

Bereich 1

Flurstück	Gemarkung
4302	Freiberg
4303	Freiberg
4276	Freiberg
4277	Freiberg
4278	Freiberg
4279	Freiberg
4280	Freiberg
4281	Freiberg
4282	Freiberg
4283	Freiberg
4284	Freiberg
4285	Freiberg
4286	Freiberg
4287	Freiberg
4288	Freiberg
4289	Freiberg
4290	Freiberg
4305	Freiberg
4291	Freiberg
4292	Freiberg
4293	Freiberg
4294	Freiberg
4295	Freiberg
4296	Freiberg
4297	Freiberg
4298	Freiberg
4299	Freiberg
4304	Freiberg
4300	Freiberg
403	Zug

Bereich 2

Flurstück	Gemarkung
198/5	Hilbersdorf
198/7	Hilbersdorf
223/6	Naundorf
223/7	Naundorf
223/8	Naundorf
223/9	Naundorf
269/4	Naundorf
269/6	Naundorf
269/7	Naundorf
269/8	Naundorf
598/1	Naundorf
598/2	Naundorf
598/3	Naundorf
315/10	Halsbach
315/11	Halsbach
315/12	Halsbach
315/7	Halsbach
315/8	Halsbach
315/9	Halsbach

442/4	Hilbersdorf
442/5	Hilbersdorf
442/6	Hilbersdorf
442/7	Hilbersdorf
442/8	Hilbersdorf
461/1	Hilbersdorf
461/10	Hilbersdorf
461/11	Hilbersdorf
461/13	Hilbersdorf
461/14	Hilbersdorf
461/15	Hilbersdorf
461/16	Hilbersdorf
461/17	Hilbersdorf
461/2	Hilbersdorf
461/8	Hilbersdorf
461/9	Hilbersdorf
462/15	Hilbersdorf
462/21	Hilbersdorf
462/22	Hilbersdorf
462/25	Hilbersdorf
462/26	Hilbersdorf
462/27	Hilbersdorf
462/29	Hilbersdorf
462/30	Hilbersdorf
462/31	Hilbersdorf
462/35	Hilbersdorf
462/42	Hilbersdorf
462/43	Hilbersdorf
462/44	Hilbersdorf
462/45	Hilbersdorf
462/38	Hilbersdorf
462/39	Hilbersdorf
462/40	Hilbersdorf
463/1	Hilbersdorf
463/10	Hilbersdorf
463/4	Hilbersdorf
463/6	Hilbersdorf
463/8	Hilbersdorf
466/2	Hilbersdorf
466/3 (Teilfläche)	Hilbersdorf
466/4	Hilbersdorf
466/5	Hilbersdorf
467/1	Hilbersdorf
467/10	Hilbersdorf
467/11	Hilbersdorf
467/15	Hilbersdorf
467/16	Hilbersdorf
467/18	Hilbersdorf
467/22	Hilbersdorf
467/38	Hilbersdorf
467/39	Hilbersdorf
467/26	Hilbersdorf
467/27	Hilbersdorf
467/28	Hilbersdorf
467/40	Hilbersdorf

467/41	Hilbersdorf
467/42	Hilbersdorf
467/32	Hilbersdorf
467/33	Hilbersdorf
467/34	Hilbersdorf
467/35	Hilbersdorf
467/37	Hilbersdorf
467/4	Hilbersdorf
467/8	Hilbersdorf
468/1	Hilbersdorf
468/11	Hilbersdorf
468/13	Hilbersdorf
468/14	Hilbersdorf
468/16	Hilbersdorf
468/3	Hilbersdorf
468/5	Hilbersdorf
468/6	Hilbersdorf
468/7	Hilbersdorf
468/8	Hilbersdorf
470/10	Hilbersdorf
470/12	Hilbersdorf
470/13	Hilbersdorf
470/14	Hilbersdorf
470/4	Hilbersdorf

470/5	Hilbersdorf
470/8	Hilbersdorf
470/9	Hilbersdorf
483/2	Hilbersdorf
483/3	Hilbersdorf
483/4	Hilbersdorf
183	Hilbersdorf
197	Hilbersdorf
206/7 (Teilfläche)	Hilbersdorf
209/15 (Teilfläche)	Hilbersdorf
440/2 (Teilfläche)	Hilbersdorf
441/1 (Teilfläche)	Hilbersdorf
442/3 (Teilfläche)	Hilbersdorf
471 (Teilfläche)	Hilbersdorf

Bereich 3

Flurstück	Gemarkung
185/16	Naundorf
185/17	Naundorf
185/18 (Teilfläche)	Naundorf
185/19	Naundorf
198/2	Naundorf
198/3 (Teilfläche)	Naundorf

**Bekanntmachung
des Landratsamtes Zwickau
über die Genehmigung der Ersten Änderung vom 1. April 2021
der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft
Meerane-Schönberg vom 13. Oktober 2016**

Vom 16. Juni 2021

Das Landratsamt Zwickau hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 5. Mai 2021, Az.: 1080/093.19/V05-01/21/Ull, die Erste Änderung vom 1. April 2021 der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft Meerane-Schönberg vom 13. Oktober 2016 gemäß § 38 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über

kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) genehmigt.

Die genehmigte Gemeinschaftsvereinbarung wird nachstehend öffentlich bekannt gemacht.

Zwickau, den 16. Juni 2021

Landratsamt Zwickau
Dr. Scheurer
Landrat

**Erste Änderung vom 1. April 2021
der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft
Meerane-Schönberg vom 13. Oktober 2016**

Artikel 1

Geändert wird § 4 Absatz 1 Satz 3 wie folgt:

„Es entsenden:
die Stadt Meerane drei weitere Vertreter
die Gemeinde Schönberg zwei weitere Vertreter.“

Meerane, den 1. April 2021

Professor Dr. Ungerer
Bürgermeister

Schönberg, den 1. April 2021

Dietmar Öhler
Bürgermeister

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Lingnerallee 3
01069 Dresden
Telefon: 0351 485260
Telefax: 0351 4852661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

1. Juli 2021

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 209,89 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 42,03 Euro Postversand) bzw. 114,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 11,78 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 